



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Landkreistagspräsident Kreidl zieht Bilanz:

Große Sorge um Finanzen

„Die erfreuliche Entwicklung der Wirtschaft darf nicht davon ablenken, welche Sorgen auf die Landkreise 2011 zukommen werden: sinkende Umlagekraft, massive Erhöhung der Bezirksumlage, Schuldenanstieg durch rückläufige Steuereinnahmen und steigende Sozialausgaben sowie die Neuordnung der Gemeindefinanzen“, so der Präsident des Bayerischen Landkreistags Dr. Jakob Kreidl in München.

Er setzt daher hohe Erwartungen in das Spitzengespräch zum Finanzausgleich 2011: „Für die Finanzhoheit und die kommunale Selbstverwaltung ist eine angemessene Finanzausstattung notwendig, daher erwarte ich staatliche Unterstützung im Rahmen des nächsten Finanzausgleichs, damit die Kreisumlagesätze im Landesdurchschnitt von ca. 48 Prozent nicht deutlich über 50 Prozent ansteigen müssen.“ Im Einzelnen fordert der Präsident:

- ▶ Eine Anhebung des Kommunalanteils am allgemeinen Steuer- und von derzeit 12 Prozent auf 12,5 Prozent, verbunden mit einer kräftigen Erhöhung der Schlüsselzuweisungen für Landkreise und Gemeinden als Ausgleich für den Anstieg der Sozialausgaben der Kommunen in Bayern um rund 250 Mio. Euro.
- ▶ Eine Anhebung der Erstattungsquote für die Schülerbeförderung ab 2011 von 60 auf 80 Prozent als Ausgleich für die Mehrausgaben bei der Schülerbeförderung durch die laufenden Schulreformen.
- ▶ Eine Anhebung des kommunalen Anteils an der Kraftfahrzeugsteuer von derzeit 51 Prozent und Verteilung der GVFG-Mittel zugunsten des Straßenbaus und in gleich bleibender Höhe über das Jahr 2013 hinaus. Insbesondere die Kreisstraßenpauschalen bedürfen dringend einer Anhebung, um in Zeiten erhöhter Verkehrsbelastungen das Kreisstraßennetz mit einer Länge von 18.368 km erhalten zu können.
- ▶ Daneben muss der Freistaat

Bayern die Hochbaufördermittel von gegenwärtig 250 Mio. Euro halten, damit die Landkreise weiterhin in ihre Schulgebäude (energetische Sanierungen, Generalinstandsetzungen) investieren können. Das Gleiche gilt für die Krankenhausinvestitionsfördermittel, die auf dem bisherigen Stand von 500 Mio. Euro gehalten werden müssen, um die medizinische Versorgung der Bevölkerung zu sichern.

Brechen die Einnahmen weg, so müssen die Ausgaben begrenzt werden. Der Landkreistag hat daher zusammen mit den an-

deren Spitzenverbänden Vorschläge zur Überprüfung sozialer Standards erarbeitet. Dr. Kreidl stellt klar: „Ziel ist nicht der Abbau von sozialen Leistungen, sondern vielmehr eine klare Abgrenzung der nachrangig steuerfinanzierten kommunalen Sozialhilfe von anderen Sozialleistungen sowie eine Verbesserung der Heranziehungsmög-



Dr. Jakob Kreidl.

lichkeiten von leistungsfähigen Hilfebedürftigen.“

Der Präsident verlangt zudem, die Diskussion um die Abschaffung der Gewerbesteuer zu beenden: „Die Gewerbesteuer knüpft an den Betriebsbesitz einer Firma und den Sitz der Betriebsstätte (Fortsetzung auf Seite 4)

Zum 60. Geburtstag von Luitpold Braun:

Glücksfall für die kommunale Familie

Am 11. August feierte Luitpold Braun seinen 60. Geburtstag. Die Kommunen bestimmten das Wirken des ehemaligen Landrats von Weilheim-Schongau, KPVLandesvorsitzenden und GZ-Herausgebers. Nachdem er sich vor zwei Jahren umständelhalber aus der aktiven Politik zurückzog, widmet sich der Jubilar nunmehr mit großer Begeisterung dem Fernstudium der katholischen Theologie. Daneben ist er aber nach wie vor gern gesehener Gast bei den Sitzungen von KPVLandesvorstand und -Hauptausschuss.

In Schongau geboren, leitete Luitpold Braun nach seiner Ausbildung zum Diplom-Verwaltungswirt bis 1983 das Kreisrechnungsprüfungsamt, ehe er im selben Jahr zum Ersten Bürgermeister seiner Heimatstadt gewählt wurde. Dieses Amt füllte er äußerst erfolgreich bis 1996 aus. Braun, der erst 22-jährig über die Liste der CSU in den Schongauer Stadtrat einzog, war seit September 1995 als Stellvertreter des Landrats im Einsatz. So war es nur konsequent, dass er ein Jahr später zum Landrat von

Weilheim-Schongau gewählt wurde. Dieses Amt übte er bis Ende April 2008 aus. Bei den Landratswahlen 2008 unterlag Luitpold Braun in einer Stichwahl mit 46,3 Prozent der Stimmen dem SPD-Kandidaten Friedrich Zeller. Braun zog sich daraufhin aus der Politik zurück. Bereits seit 1994 war der Jubilar Landesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU und seit 1995 Mitglied des Parteivorstands. 11 Jahre fungierte er zudem als stellvertretender KPVLandesvorsitzender.

Gleichwertige Säule

Seinen ohne Frage richtigen Grundsatz, die Kommunalpolitik nicht als unterste Politikebene zu sehen, sondern als gleichwertige Säule neben Europa-, Bundes- und Landespolitik, hat der „60er“ stets mit großem Nachdruck vertreten. Die Attribute Fleiß, Zuverlässigkeit und Verantwortungsgefühl stehen für den Kommunalpolitiker und Menschen Luitpold Braun. Das christliche Menschenbild war stets sein wichtigster Kompass im politischen Alltag. Er, der immer „nahe am Menschen“ war, hat diese Bodenhaftung nie verloren. In diesem Sinne: Ad multos annos, Luitpold Braun! DK



Luitpold Braun.

2004 erhielt Braun, der auch KPVLandesvorsitzender ist, die Kommunale Verdienstmedaille in Silber, drei Jahre später den Bayerischen Verdienstorden.

36 Jahre in der Kommunalpolitik

Insgesamt war Luitpold Braun also 36 Jahre gewählter Kommunalpolitiker - „eine beeindruckende Bilanz und ein unermesslicher Dienst für unsere Demokratie und die kommunale Selbstverwaltung“, wie der aktuelle KPVLandesvorsitzende Stefan Rößle Luitpold Braun bei dessen Verabschiedung im oberbayerischen Aschheim bescheinigte. „Für die kommunale Fa-

Theo Zellner:

Das Profil der Sparkassen schärfen!

GZ-Interview mit dem Präsidenten des Sparkassenverbandes Bayern

Hinter Theo Zellner liegen arbeitsreiche Wochen und Monate. Eine erste Zwischenbilanz seiner neuen Tätigkeit als Präsident des Sparkassenverbandes Bayern zog der ehemalige Chamener Landrat nunmehr in einem Gespräch mit der Bayerischen Gemeindezeitung. Seit April im Amt, sieht Zellner es als seine vordringliche Aufgabe, die 73 bayerischen Sparkassen in ihrer Kernkompetenz als moderne regionale Dienstleister zu stärken. Die Sparkassen müssten für die Bürger vor Ort da sein, der Mensch stehe an erster Stelle.

Ein Sparkassen-Regionalverband sei keine Konzernzentrale, sondern ein Wirtschaftsfachverband für autonome regional tätige Kreditinstitute, erklärte der frischgebackene Präsident. Ihm liege sehr viel daran, „das Prinzip der kleinen Einheiten besonders zu betonen“. Dort werde Nähe sichtbar und spürbar. „Hier können Sparkassen punkten.“ Seine vielschichtige und langjährige Erfahrung als Verwaltungsratsvorsitzender der Sparkasse im Landkreis Cham und als Mitglied im Kommunalen Beirat des Sparkassenverbandes Bayern sowie seine Tätigkeit im Präsidium des Deutschen Landkreistages, die auch häufig von Sparkassenthemen geprägt gewesen sei, hätten ihm, Zellner, gezeigt, wie wichtig Kreditinstitute in kommunaler Trägerschaft sind. „Nun will ich die bayerischen Sparkassen in dieser Rolle stärken“, machte der Verbandschef deutlich.

Darüber hinaus legt der Präsident Wert darauf, das bewährte „Drei-Säulen-Modell“ aus Spar-

kassen, Genossenschaftsbanken und privaten Kreditbanken zu verteidigen. Wie Zellner berichtete, galt es zunächst auf Bundesebene bei der Gestaltung der so genannten Bankenabgabe grobe Benachteiligungen zu verhindern. Den Sparkassen sei es immerhin gelungen, bei der Be-

messungsgrundlage Änderungen zu erreichen.

Vorstandsverfassung statt Präsidialverfassung

Zudem habe er dafür gesorgt, in Bayern die bisherige Präsidialverfassung bei der Führung des Sparkassenverbandes durch eine Vorstandsverfassung abzulösen. „Der Verband hat seine Struktur der einer Sparkasse angenähert“, spricht: „Künftig setzt sich der Vorstand aus einem Kommunalvertreter und einem Sparkassenmann zusammen.“ Was wiederum bislang als Vorstand titulierte wurde, sei künftig der Verbandsverwaltungsrat. „Dieser erhält mehr Einfluss- (Fortsetzung auf Seite 4)



Theo Zellner im Gespräch mit GZ-Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel (l.) und GZ-Chefin vom Dienst Doris Kirchner. Foto: Sparkassenverband Bayern



Bei der Frage „Wie Identität stiftend sind Autokennzeichen?“ handelt es sich wohl nicht nur um eine typische Sommerlochgeschichte. Vielmehr könnte die Diskussion darüber bald auch Bayern erreichen. Der Bürgermeister jedenfalls greift schon mal frühzeitig ein - mit einem Gastbeitrag in der Heimatzeitung. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Plädoyer für Frauenquote	2
Regionale Energieoffensive	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Beste Bedingungen für die Schüler	3
vbw-Appell: Konstruktives Miteinander!	3
Unverzichtbare Werte	4
GZ-Fachthemen: Kommunale Finanzthemen	5-8
Kommunalfahrzeuge · Grünanlagen · GaLaBau	9-12
Abfall- und Umwelttechnik	12/13
Aus den bayerischen Kommunen	14-16

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Kindertagesstätten in reinen Wohngebieten

von MdB Dr. Andreas Scheuer, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Kinder weinen und schreien, singen und lachen – das ist so und macht auch noch Lärm: Kinderlärm. Kinderlärm ist Zukunftsmusik! Das müsst eigentlich jedem klar sein. Dennoch führt Kinderlärm vielfach zu teilweise jahrelangem Streit zwischen Kita-Betreibern und Anwohnern. Weil ein Nachbar klagte, mussten zum Beispiel in Hamburg die Kinder der Kita „Marienkäfer“ von Marienthal nach Wandsbek umziehen; auch die neuen Nachbarn beschwerten sich schon vor dem Einzug.

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern und dafür auch die Zahl der Kitas zu erhöhen. Für Eltern und Kinder gleichermaßen ist eine Kita in unmittelbarer Nähe zur Wohnung natürlich das angenehmste. Trotzdem sind in reinen Wohngebieten Ki-

Neuregelung auf geltende Bebauungspläne ausgeweitet, also auch in bestehenden reinen Wohngebieten angewendet werden kann. Für den Regelfall trifft es jedoch zu, dass Änderungen in der Baunutzungsverordnung nur für künftige Bebauungspläne gelten. Denn Bebauungspläne sind Satzungen der Gemeinden und Bestandteil der verfassungsrechtlich geschützten kommunalen Selbstverwaltung; sie können daher vom Bundesgesetzgeber nicht ohne Weiteres geändert werden.

Baunutzungsverordnung

Die Änderung der Baunutzungsverordnung wird im Kon-

text mit der anstehenden Bauplanungsrechtsnovelle erfolgen. Der Koalitionsvertrag sieht vor, den Klimaschutz im Baurecht zu verankern und die Innenentwicklung zu stärken. Es wäre für die Rechtsanwender schwer vermittelbar, Baugesetzbuch und Baunutzungsverordnung in kurzem Abstand in zwei verschiedenen Rechtssetzungsverfahren zu ändern. Nach derzeitigem Stand kommen zur Stärkung des Klimaschutzes z.B. die Einfügung einer Klimaschutzklausel zur Betonung der städtebaulichen Dimension sowohl des Klimaschutzes im engeren Sinn als auch der Anpassung an den Klimawandel, die Einführung einer städtebaulichen Maßnahme für eine klimagerechte Stadterneuerung und die Schaffung einer gezielten Festsetzungsmöglichkeit für erneuerbare Energien in Betracht. Zur Stärkung der Innenentwicklung werden derzeit u.a. eine Flexibilisierung beim Maß der baulichen Nutzung und eine

Erleichterung bei der Anpassung von Flächennutzungsplänen diskutiert.

Bauplanungsrechtsnovelle

Die Bauplanungsrechtsnovelle wird zur Zeit gründlich durch Expertengespräche mit ausgewiesenen Baurechtsexperten und Beteiligung der betroffenen Fachöffentlichkeit vorbereitet. Auch die Regelung zu Anlagen der Kinderbetreuung in reinen Wohngebieten wird in diesem Zusammenhang erörtert werden. Die Gespräche werden im November 2010 abgeschlossen. Im kommenden Jahr wird das förmliche Gesetzgebungsverfahren eingeleitet werden, so dass die Novellierung 2012 in Kraft treten kann.

Immissionsschutzrecht

Neben der Änderung des Baurechts ist zu einer Verbesserung der Rechtslage von Kitas das Immissionsschutzrecht anzupassen. Das zuständige Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) hat mehrere in Betracht kommende Optionen zur Änderung des Lärmschutzrechts erarbeitet, die derzeit im Ressortkreis erörtert und bewertet werden. Im Herbst, so kündigt das BMU an, wird ein Lösungskonzept vorgelegt. □

Gleichberechtigung:

Plädoyer für Frauenquote

Chancengleichheit laut Umfrage nur durch verbindliche Vorgaben zu erreichen

Um die berufliche Chancengleichheit von Frau und Mann ist es in Deutschland schlecht bestellt. Diese Auffassung vertreten zwei Drittel aller Bundesbürger, wie eine repräsentative Umfrage der Bertelsmann Stiftung jetzt ergeben hat. „Es ist an der Zeit, dass die Unternehmen handeln und ihre Strukturen verändern“, fordert daher Dr. Angelika Niebler, Landesvorsitzende der Frauen-Union in Bayern.

Sie nennt die Zahlen „deprimierend“, ist aber von dem Ergebnis der Umfrage nicht überrascht: „Wir wissen bereits, wie wenige Frauen in Deutschland Führungsetagen erklommen haben. Wenn 71 Prozent der Befragten der Meinung sind, männliche Führungskräfte grenzen Frauen aus, dann lässt das tief in unsere gesamte Unternehmenskultur blicken.“

„Gläserne Decke“

Dabei liege die Diskrepanz gar nicht an der vermeintlich mangelnden Durchsetzungsfähigkeit von Frauen im Beruf. 80 Prozent der Befragten halten sie für genauso durchsetzungsstark und 60 Prozent sogar für gleichermaßen machtbewusst wie Männer. „Es verwundert keinesfalls, dass die 50 bis 60-Jährigen bezweifeln, dass Frauen und Männer die gleichen Chancen haben, Karriere zu machen, während knapp die Hälfte der Unter-30-Jährigen das anders sieht“, kom-

mentiert Angelika Niebler ein weiteres Ergebnis der Umfrage. Jüngere Menschen stiegen noch mit gesundem Optimismus in das Berufsleben ein. Erst nach einiger Zeit offenbare sich ihnen die „gläserne Decke“ für Frauen.

Als Karrierebremse wird laut Umfrage die Doppelbelastung von Familie und Beruf gezählt. Hier müssten die Betriebe nachjustieren, fordert Angelika Niebler. Dass aber beinahe 80 Prozent die gezielte Förderung durch Vorgesetzte für geeignet halten, um Frauen in ihrer beruflichen Entwicklung voranzubringen, belegt nach Meinung der Landesvorsitzenden das derzeit in den Betrieben vorherrschende Missverhältnis. „Die Befragten haben sich nicht für weitere Teilzeitangebote oder flexiblere Arbeitszeiten in Betrieben ausgesprochen, sondern mehrheitlich für eine Quote. Die allermeisten Bürger sind also der Überzeugung, dass andere Maßnahmen mittlerweile keinen Erfolg mehr versprechen.“ □



Dr. Andreas Scheuer. □

tas oder andere Einrichtungen zur Kinderbetreuung bislang nur ausnahmsweise zulässig. Das kann nicht länger angehen. Deshalb wird das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung die entsprechende Regelung in § 3 der Baunutzungsverordnung ändern, so dass Anlagen der Kinderbetreuung in reinen Wohngebieten künftig generell zulässig sind.

Wir werden – entgegen anderslautenden Medienberichten – auch prüfen, wie mittels einer Änderung im Baugesetzbuch die

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Manfred Krä 94330 Aiterhofen am 18.9.

Bürgermeisterin Waltraud Epp 97508 Grettstadt am 27.9.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Helmut Praus 91486 Uehlfeld am 14.9.

Bürgermeister Erich Dollinger 93138 Lappersdorf am 23.9.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Manuela Vanni 82380 Peißenberg am 14.9.

Bürgermeister Hermann Baumann 94116 Huthurm am 17.9.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ernst Nickel 96160 Geiselwind am 18.9.

Bürgermeister Martin Umscheid 97285 Röttingen am 18.9.

Bürgermeister Rüdiger Stenger 63872 Heimbuchenthal am 23.9.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Oliver Kunz 87549 Rettenberg am 24.9.

Hinweis in eigener Sache: Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage. □

Regionale Energieoffensive

Freie Wähler wollen Kommunen vom Diktat der Stromkonzerne befreien

Im Vorfeld der Landesversammlung des Bayerischen Gemeindetags im November hat die Landtagsfraktion der Freien Wähler eine „regionale Energieoffensive“ gestartet. Ziel ist es, die Kommunen „aus den Fängen der Energieriesen“ zu befreien und bis etwa 2030 zu dezentralen und auf erneuerbaren Energien basierenden Stromversorgung zu kommen. Die Freien Wähler sehen dazu gute Ansätze, nachdem in 16 der 71 bayerischen Landkreise bereits Beschlüsse in diesem Sinne gefasst worden seien und örtlich auch schon mit dem Energieumstieg begonnen werde. Das Thema soll Schwerpunkt der Landesversammlung sein.

Das Ziel sei sehr ehrgeizig, räumte FW-Fraktionsvorsitzender Hubert Aiwanger vor der Landtagspresse ein. Aber Bürgermeister und Kommunen seien die Energieakteure der Zukunft. Dies ohne Abhängigkeit von den in Deutschland den Markt beherrschenden vier Konzernen und damit von der Atomenergie und von Restlaufzeiten ihrer Kernkraftwerke. Für die Gemeinden ergäben sich auch finanzielle Vorteile. Zum Beispiel würde bei der Photovoltaik eine 70:30 Prozent-Versteuerung am Standort der Anlage den Gemeindegeldern zufließen. Die Zukunft der Energieversorgung aus Wind und Sonnenlicht werde in starken Stadtwerken und regionalen Energieverbänden begründet.

Als Beispiel nannte der umweltpolitische Fraktionssprecher Dr. Hans Jürgen Fahn Fürstentfeldbruck. Allein aus diesem oberbayerischen Landkreis flösen pro Jahr 600 Mio. Euro an Energiekosten nach außen ab, davon 100 Mio. Euro für Heizöl. Sie könnten im Landkreis bleiben und würden der regionalen Wirtschaft zugute kommen. Fürstentfeldbruck gehört demnach zu den Vorreitern der kommunalen Energieautarkie; in gleichem Sinn die Stadt Neumarkt in der Oberpfalz. Sie versorge sich bereits zu 53% mit regenerativen Energien. Wichtig sei, die zu engen Rahmenbedingungen für die Einrichtung von Photovoltaikanlagen bei den Regierungen zu lockern und jeweils dem Standort und der Größe des zu versorgenden Gebietes anzupassen.

50 Veranstaltungen

Für ihre Energieoffensive haben die Freien Wähler zunächst 50 Veranstaltungen quer durch Bayern geplant. Auftakt war im Landkreis Landshut, also im Um-

feld des Atomreaktors Isar I in Ohu. Er soll nach dem unter der schwarz-gelben Bundesregierung zur Diskussion gestellten Beschluss ihrer rot-grünen Vorgängerin von 2002 nächstes Jahr abgeschaltet werden. Die Freien Wähler halten daran fest, alle derzeit laufenden 17 Kernkraftwerke in Deutschland, davon fünf in Bayern, bis 2022 aus dem Netz

Keine amerikanischen Verhältnisse in Bayern!

Bayerische Wirtschaft kritisiert Kabinettsentscheidung zum Landesentwicklungsprogramm

Die bayerische Wirtschaft hat keinerlei Verständnis für den Beschluss der Bayerischen Staatsregierung, das von Wirtschaftsminister Martin Zeil vorgelegte Eckpunktpapier zum Landesentwicklungsprogramm (LEP) erneut grundsätzlich zu überarbeiten.

In einem Brief an Zeil fordern die bayerischen IHKS, die Arbeitsgemeinschaft der Bayerischen Handwerkskammern sowie der Handelsverband Bayern – Der Einzelhandel e. V., Regelungen, die einen Wildwuchs von Einzelhandelsgroßprojekten auf der grünen Wiese verhindern. Andernfalls drohten in Bayern amerikanische Verhältnisse mit riesigen Einkaufszentren außerhalb der Innenstädte und Ortskerne. Dabei würden die wohnortnahe Versorgung der Verbraucher sowie der mittelständische, inhabergeführte Einzelhandel auf der Strecke bleiben.

Forderungen, das gesamte LEP „auf Null“ zu stellen, ist deshalb in der Wirtschaft auf große Verwunderung und Befremden gestoßen, heißt es in dem von den Präsidenten und Hauptgeschäftsführern unterschriebenen Brief. Ziel müsse es sein, „die Attraktivität und Lebendigkeit der Innenstädte und Ortskerne zu erhalten“. Die

zu nehmen. Ein Stromengpass werde dadurch nicht eintreten.

Streit um Isar I

Im Koalitionsstreit um längere Laufzeiten alter Reaktoren bei Nachrüstung auf moderne Sicherheitserfordernisse war Umweltminister Dr. Markus Söder (CSU) noch vor den entscheidenden Berliner Koalitionsverhandlungen für Isar I eingetreten. Der Landshuter Stadtrat hatte sich auch mit den CSU-Stimmen für die Abschaltung nächstes Jahr ausgesprochen. Der Reaktor in Ohu gehört zu den sieben ältesten in Deutschland. Das Energiekonzept der Bundesregierung soll bis Ende September beschlussfertig sein. **rm**

bayerische Wirtschaft fordert deshalb, den Flächenverbrauch auf das erforderliche Maß zu beschränken und überdimensionierte Verkaufsflächen zu begrenzen. □

Trauer um Sepp Daxenberger

Der bayerische Grünen-Politiker Sepp Daxenberger ist im Alter von 48 Jahren gestorben. Nur drei Tage nach dem Tod seiner Frau Gertraud erlag er im Krankenhaus von Traunstein seiner langjährigen Krebserkrankung. Über alle Parteigrenzen hinweg war die Bestürzung über den Tod des Kollegen groß, Politiker aller Richtungen drückten ihre Trauer und ihr Mitgefühl aus.

„Das gesamte Parlament hat ihn sehr geschätzt“, kondolierte Landtagspräsidentin Barbara Stamm (CSU). „Das ist eine Tragödie, die sprachlos macht“, sagte Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU). „Alle unsere Gedanken sind bei Sepps Kindern und seiner Familie“, erklärten der Fraktionsvorstand der Grünen, Ulrike Gote, Margarete Bause und Thomas Mütze und der grüne Landesvorstand Theresa Schopper und Dieter Janneck.

Das Ehepaar hinterlässt drei Söhne. **jd**

Interkommunale Zusammenarbeit

Antwort auf demographischen Wandel

Die Staatsregierung verstärkt ihre Unterstützung für die interkommunale Zusammenarbeit der bayerischen Gemeinden im ländlichen Raum. Innenstaatssekretär Gerhard Eck: „Die interkommunale Zusammenarbeit wird für unsere bayerischen Gemeinden immer wichtiger. Die demographische Entwicklung insbesondere in unseren ländlichen Regionen, knappe finanzielle Mittel und die veränderten Rahmenbedingungen durch die Globalisierung machen deutlich: Ein Mehr an Zusammenarbeit und damit eine Bündelung von Ressourcen ist unumgänglich.“

Mit verstärkter staatlicher Unterstützung setzen Gemeinden auf innovative Strategien in der Stadtentwicklung. Durch Kooperationen lässt sich der Einsatz technischer Einrichtungen ebenso optimieren wie das Dienstleistungsangebot der Verwaltungen. Eck: „Auch die Integrierte Ländliche Entwicklung, in der schon über 500 ländliche Gemeinden in rund 70 interkommunalen Zusammenschlüssen zusammenarbeiten, ist eine echte Kompetenzpartnerschaft zwischen staatlicher Verwaltung, Kommunen und anderen Organisationen.“

Außerordentlich bewährt hätten sich auch die im Rahmen eines Pilotprojekts seit Sommer 2008 bei den Regierungen eingerichteten Projektmanager. Ihre Aufgabe ist es, die Kommunen

bei der freiwilligen Zusammenarbeit durch Information und Beratung zu unterstützen.

Zukunftsfähigkeit

Die Vorsitzende des Staatssekretärsausschusses 'Ländlicher Raum in Bayern', Wirtschaftsstaatssekretärin Katja Hessel, unterstrich die Notwendigkeit verstärkter interkommunaler Zusammenarbeit als Antwort auf den demographischen Wandel: „Die Zukunftsfähigkeit der Kommunen im strukturschwachen ländlichen Raum wird maßgeblich davon abhängen, ob es gelingt, dem demographischen Wandel wirkungsvoll zu begegnen. Der interkommunale Zusammenarbeit kommt dabei eine Schlüsselfunktion zu. Sie ist ein zentraler Aspekt zur Sicherung der Handlungsfähigkeit unserer Kommunen. Insbesondere kleine Kommunen im ländlichen Raum bekommen dadurch neue Spielräume. Kirchurmdenken können wir uns in Bayern nicht mehr leisten. Der Staatssekretärsausschuss wird sich deshalb mit Nachdruck dafür einsetzen, dass eine Zusammenarbeit für Kommunen noch attraktiver wird.“ So könnten durch gemeinsame Projekte, etwa im Bereich Flächenmanagement oder bei der Planung von Wohn- und Verkehrsflächen, Ressourcen gebündelt, Verfahren aufeinander abgestimmt und Infrastrukturen gemeinsam genutzt werden.

Staatssekretärin Hessel kündigte einen Ausbau der Schwerpunktsetzung auf die Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit an. □

Appell der vbw:

Konstruktives Miteinander!

GZ-Gespräch mit Bertram Brossardt,
Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft

„Wirtschaft und Kommunen brauchen sich gegenseitig – und die Perspektiven für Städte und Gemeinden sind umso besser, je besser die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft gelingt!“ lautete das Fazit eines GZ-Interviews mit Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft vbw. Über die Attraktivität eines Standorts entscheide in erheblichem Maß der Gewerbesteuerhebesatz. Deshalb fordert die vbw von den Städten und Gemeinden seit Jahren eine moderate Hebesatzpolitik, um die Konkurrenzfähigkeit bayerischer Firmen nicht zu gefährden.

Langfristiges Ziel der vbw bleibt nach Brossardts Worten eine grundlegende Reform der Kommunalfinanzierung. An die Stelle der Gewerbesteuer sollte nach den Vorstellungen der Wirtschaft eine kommunale Beteiligung an Einkommen- und Körperschaftsteuer treten, ergänzt mit einem glättenden Element über die Umsatz- oder Lohnsteuer. Dadurch sei ein „gewisser Ausgleich über verschiedene Konjunkturzyklen hinweg“ gewährleistet. Die Kommunen erlangten eine stabilere Einnahmehbasis. Brossardt: „Seit Jahren plädieren wir für dieses Modell. Wenn auch der Meinungs-austausch mit den kommunalen Spitzenverbänden im Allgemeinen gut funktioniert, so kommen wir in dieser Frage doch immer wieder zu verschiedenen Ergebnissen.“

Volatilität

Die Gewerbesteuer beinhaltet Brossardt zufolge Elemente, „die wir aus Systemgründen ablehnen“. Die Volatilität der Gewerbesteuer habe sich in den vergangenen Jahren nachhaltig gezeigt. Sie sei eine Substanzsteuer, die Unternehmen an den Rand des Abgrunds bringen könne. Anhand verschiedener Unternehmenstypen habe die vbw hierzu detaillierte Berechnungen vorgelegt.

Einen fairen Wettbewerb

wünscht sich die bayerische Wirtschaft im Bereich der Daseinsvorsorge. Die Devise laute: „Mehr Markt, weniger Staat.“ Die wirtschaftliche Betätigung von Gemeinden sollte nach Auffassung der vbw auf das Notwendigste zurückgeführt werden. Ziel müsse es sein, für kommunale Aufgaben möglichst effiziente und kostengünstige Lösungen zu finden. Das Augenmerk sollte darauf gelegt werden, öffentlich-private Partnerschaften auszubauen. Grundsätzlich müssten Partnerschaften so genutzt werden, „dass Kommunen wie Unternehmen davon profitieren und auch der Bürger etwas davon hat“, so der Hauptgeschäftsführer.

Neben der Änderung der Steuerpolitik und der Suche nach wirtschaftsnahen Lösungen beinhaltet die Forderung nach „Mehr Markt, weniger Staat“ nach Brossardts Ausführungen auch die Reform der Kommunalen Haushaltsführung (Umstellung auf bilanzielle Rechnungsführung, um ihre Kostenstrukturen durchschaubar zu machen), die Neuordnung des Vergabewesens (Benechtigung von Privatfirmen aufheben, Sonderstellung der öffentlichen Hand beenden und kommunale Unternehmen und Beteiligungsgesellschaften an die VOB/A binden) sowie den Schutz gegen den Missbrauch der Marktstellung von Kommu-

nen und ihrer Unternehmen. Dies alles seien Pfeiler einer kommunalen Marktwirtschaft.

Inwieweit Kommunen heute effizient, transparent und nachhaltig arbeiten, hat die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft im vergangenen Jahr untersucht. Die Studie mit dem Titel „Stadt der Zukunft“ empfiehlt Strategien, anhand derer die Kommunen ihre Wirtschaftlichkeit und die Qualität ihrer Dienstleistungen steigern können. Was Kommunen schon heute erreichen, zeigen Beispiele aus sechs Spitzenstädten - Erlangen (Ankerstadt der Studie), Ingolstadt, Heilbronn, Karlsruhe, Regensburg und Ulm.

Für folgende Bereiche wurden Musterlösungen skizziert: eine Konzernbilanz Stadt, serviceorientierte Internetangebote für Bürger und Wirtschaft, modernes, effizientes Gebäudemanagement, Gebührentransparenz als Voraussetzung preiswerter Dienstleistungsangebote sowie allgemeine Wirtschaftsfreundlichkeit.

Hilfsmittel zur Planung der Daseinsvorsorge

Die Studie setzte sich schließlich mit der Daseinsvorsorge auseinander und entwickelte Hilfsmittel zur konstruktiven Aufgabenkritik in Kommunen. In diesem Zusammenhang stellt sie neben wenig bekannten Fakten um kommunales Unternehmertum ein Schema zur Verfügung, über das Kommunen entscheiden können, ob sie Leistungen selbst erbringen wollen oder dies besser dem Markt überlassen sollten.

Wie die Untersuchung ergab, „arbeiten viele Kommunen effizienter als oft vermutet“, so Brossardt. Freilich herrschten große Unterschiede. Selbst in Spitzenstädten finde sich viel Luft nach oben. Auffallend sei das unterschiedliche Auftreten der Kommunen bei der Frage gewesen, „wie sie ihre Tätigkeitsprofile definieren bzw. wie sie ihre Beteiligungen an wirtschaftlichem Tun handhaben“.

Städte, Kreise und Gemeinden müssten die aufgezeigten Spielräume zum Ausbau ihrer Qualitäten konsequent nutzen. Und nicht nur Kommunalparlamente, auch die Landes- und Bundespolitik müsse diesen Weg einfordern und - wo möglich - begleitend unterstützen. „Denn er ist ein wichtiger Baustein dessen, was unser Land braucht, um zu mehr Wachstum und Wohlstand zu finden und nicht zuletzt, um Wirtschaft und Bürger auch steuerlich zu entlasten“, erklärte der Hauptgeschäftsführer.

Bereits im Jahr 2008 legte die vbw ein Gutachten zum Thema „Vorsprung Bayern – Die Zukunft Bayerischer Regionen“ vor. Diese Expertise belegte, dass die gegenwärtigen Strategien zur Herstellung eines gleichmäßigen wirtschaftlichen Erfolges oder Wohlstands in allen Landesteilen an Grenzen stoßen.

Wie Brossardt erläuterte, ist es das erklärte Ziel der vbw, für die Wirtschaft Bedingungen zu definieren, unter denen diese auch in ländlichen Regionen prosperieren kann. „Verbesserungsnotwendigkeiten“ seien vorhanden. Die Analyse könne in die staatliche Gestaltung mit eingebracht werden. Mit der Untersuchung sei man in allen bayerischen Regionen bereits sehr gut vorangekommen. Die Situation in den einzelnen Regierungsbezirken werde permanent aktualisiert.

Das jüngste Regionalgutachten für Mittelfranken zeigt nach Brossardts Darstellung beispielsweise, dass Unternehmen, die intelligente, wissensorientierte

GZ

Kolumne
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen
und Leser,

nach den großen Ferien ist es nun wieder soweit: Die Urlaubszeit ist vorbei. Das neue Schuljahr beginnt.

Wie jedes Jahr ist es natürlich ein großer Schritt für die ABC-Schützen, die in einen neuen Lebensabschnitt starten. Aber auch für viele Schüler, Lehrer und Kommunen gibt es heuer zusätzliche Herausforderungen: die Einführung der Mittelschulen, übervolle Realschulen und der Doppeljahrgang bei den Abiturienten.

Die Mittelschulverbände haben neue Buslinien zu organisieren, Entscheidungen über Schulstandorte und die Aufteilung von Klassen stehen

Beste Bedingungen für die Schüler

an, die Verteilung von Lehrerstunden auf Schulstandorte ist im Verbund eigenverantwortlich zu regeln, etc.

Eine intensivere Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen Schulen und Kommunen ist erforderlich, oft auch das Erklären und Werben für neue Schulwege – vor allem für die M-Schüler an den Haupt- und Mittelschulen. Mit dem klaren Ziel: beste Bedingungen für die Schülerinnen und Schüler!

Bei den Realschulen hat man Rekord-Schü-



lerzahlen zu bewältigen; eine Herausforderung für die Schulleitungen und Lehrer, aber auch für die kommunalen Sachaufwandsträger. Entscheidungen über Anbauten, Übergangslösungen oder Kooperationen mit Gemeinden, deren Hauptschulen möglicherweise freie Raumkapazitäten haben, kommen zum Tragen und bedürfen der Akzeptanz von Schülern und Eltern. Und auch hier gilt: beste Bedingungen für die Schülerinnen und Schüler!

Und zusätzlich starten wir im September auch in das Schuljahr, das mit dem Doppeljahrgang bei den Gymnasiumsabgängern endet. Durch die Einführung des G8 werden am Ende dieses Schuljahres zwei Jahrgänge das Gymnasium verlassen und sich um Studien- und Arbeitsplätze bewerben. Besondere Unterstützungsmaßnahmen im Ausbildungssektor und zusätzliche Angebote bei den Hochschulen sind gefragt. Wieder im Sinne der besten Bedingungen für die Schülerinnen und Schüler!

Bei allen Herausforderungen, Neuerungen, Emotionen und auch Sorgen der Eltern, die mit dem Schulanfang, der Umstellung auf neue Bildungssysteme oder dem Wechsel auf eine weiterführende Schule verbunden sind, ziehen hoffentlich alle Beteiligten an einem Strang: Eltern, Lehrer, Schulleitung und Kommunen mit dem Ziel: beste Bedingungen für die Schülerinnen und Schüler!

Ihr Stefan Rößle

Netzwerkstrategien einsetzen, signifikant erfolgreicher sind als strukturell identisch aufgestellte Unternehmen ohne entsprechende Netzwerke. Diese Beobachtung sollten sowohl mittelständische Unternehmen wie Akteure in regionalen Strukturen und wissenschaftlichen Einrichtungen zum Anlass nehmen, um Netzwerkstrategien gezielt weiterzuentwickeln.

Der Ansatzpunkt „Netzwerke“ sei für Verantwortungsträger in Regierungsbezirken, Landkreisen, Städten und Gemeinden besonders interessant. Denn hier könne eine Region tatsächlich etwas gestalten. Insbesondere komme es darauf an, Netzwerke nicht an lokalen oder regionalen Verwaltungsgrenzen zu orientieren.

Parallel dazu hatte die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft 2009 damit begonnen, einen Krisen-Betroffenheits-Index aufzusetzen, in dem alle zwei bis drei Monate die Auswirkungen auf die Bundesrepublik, speziell aber auf Bayern und seine Regionen, gemessen wurden. Dabei ging es um Themen wie Arbeitskräftenachfrage, Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Exportzahlen und die Entwicklung von Geschäftsergebnissen in den entsprechenden Regionen. Neuerdings wird das Ganze in einen Chancenindex umgemünzt, der

aufzeigen soll, wie sich die einzelnen Regionen aus der Krise heraus entwickeln. Im Bedarfsfall werde hier auch der Dialog mit der Bayerischen Staatsregierung gesucht.

Im vergangenen Jahr wurde zudem im Schulterschluss mit der bundesweiten Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft Bayern, kurz INMS, ins Leben gerufen. Sie soll im Freistaat aktiv für die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft werben. Die herausragenden Werte des Freistaats in punkto Wirtschaftskraft, Wohlstand und Beschäftigung seien dieser alternativen Wirtschaftsordnung zu verdanken, hob Brossardt hervor. Es sei daher wichtig, mit öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen deren Grundprinzipien und Vorteile immer wieder in den Vordergrund zu rücken.

Soziale Marktwirtschaft

Brossardt bezeichnete die Soziale Marktwirtschaft als „Lösungsmodell der Zukunft“. Vorwürfe, die oftmals gegen sie erhoben worden seien, „laufen ins Leere, weil Probleme nachweislich dort entstanden, wo Marktwirtschaft nicht mehr funktioniert“, erläuterte der Hauptgeschäftsführer. „Wir wollen, dass

das Thema in allen Institutionen erörtert werden kann. Dafür nutzen wir Veranstaltungen von Parteien, Kirchen und anderen Vereinigungen, um dort unsere Ideen zur Sozialen Marktwirtschaft zu transportieren.“

Als Beispiel hierfür nannte Brossardt eine Karikaturenausstellung, die im Februar im Bayerischen Landtag eröffnet wurde und nunmehr durch alle Regierungsbezirke wandert. Die Ausstellung „KarikaTouren durch bewegte Zeiten“ handelt von den Wegen und Irrwegen aus der Wirtschafts- und Finanzkrise. Gezeigt werden 60 Zeichnungen von 20 bekannten Karikaturisten wie Horst Haitzinger und Dieter Hanitzsch.

Pressetermine, Studien, Kampagnen, Events und Plakataktionen vervollständigen das öffentliche Engagement für marktwirtschaftliche Reformen. Kuratoren und Botschafter überwiegend aus der Wirtschaft verleihen der INMS ein prominentes Gesicht. DK

15 Jahre Bayern Innovativ

Im Frühjahr 2010 waren es 15 Jahre, dass die Bayern Innovativ GmbH als Gesellschaft für Innovation und Wissenstransfer des Freistaates mit Sitz in Nürnberg etabliert wurde.

Bayern Innovativ hat sich in dieser Zeit zu einem Markenbegriff im Technologie- und Wissenstransfer entwickelt. In vielen Regionen und Ländern wird Bayern Innovativ als Modell für einen zeitgemäßen Technologietransfer gesehen: Köpfe zusammenführen über zehn Technologien und Branchen hinweg, um gemeinsam neue Entwicklungen anzugehen.

Insgesamt waren es über 100.000 Teilnehmer aus Wirtschaft und Wissenschaft, die sich auf den Plattformen der Bayern Innovativ zielgerichtet zu spezifischen Themen getroffen haben.

Netzwerke und Cluster mit 55.000 Firmen und 500 Institutionen aus 50 Ländern sprechen für sich und für die Nachhaltigkeit dieses Ansatzes. Der jährliche Umsatz mit 12 bis 13 Millionen Euro übersteigt um den Faktor 3 die seit Beginn an unveränderte Grundfinanzierung. □



vbw-Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt im Gespräch mit GZ-Redakteurin Doris Kirchner. □

Schaidinger beim vbw-Steuerkongress:

„Die Gewerbesteuer muss erhalten und ausgebaut werden“

Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Hans Schaidinger, hat bei einem Steuerkongress der vbw den Erhalt der Gewerbesteuer und deren Ausbau zur kommunalen Betriebssteuer gefordert.

Die Gewerbesteuer ist die wichtigste Einnahmequelle der Kommunen. Selbst im Rezessionsjahr 2009 machte die Gewerbesteuer mit 4,7 Milliarden Euro knapp 40 Prozent aller kommunalen Steuereinnahmen in Bayern aus. Dass die Bundesregierung jetzt die Abschaffung der Gewerbesteuer und ihren Ersatz durch kommunale Zuschläge auf die Einkommens- und Körperschaftsteuer und einen höheren kommunalen Anteil an der Umsatzsteuer prüft, stößt bei den Kommunen auf deutliche Ablehnung. Schaidinger: „Hände weg von der Gewerbesteuer, das ist unser Ernst. Die Gewerbesteuer und ihr Hebesatzrecht gehören zum Kern der kommunalen Selbstverwaltung. Wer daran rührt, verliert die Verfassung aus den Augen.“

Das Grundgesetz garantiert den Kommunen eine auf die Wirtschaftskraft bezogene Steuer mit eigenem Hebesatzrecht. Der Bezug auf die örtliche Wirtschaftskraft ist unerlässlich, um in den Kommunen ein wirtschaftsfreundliches Klima zu sichern und die für erfolgreiche Unternehmen notwendige kommunale Infrastruktur zu finanzieren. Die Gewerbesteuer ist das Band zwischen Unternehmen und Kommunen. Sie gibt den Kommunen den Anreiz, Gewerbegebiete auszuweisen und zu erschließen und sich um die Ansiedlung von Betrieben zu kümmern.

Das von der Bundesregierung geprüfte Alternativmodell würde das wirtschaftsfreundliche Klima in den Kommunen gefährden und auf Kosten der Arbeitnehmer und der Verbraucher gehen. Ein Zuschlag auf die Einkommenssteuer würde die Arbeitnehmer belasten und die Wirtschaft entlasten. Ein höherer Anteil der Kommunen am bundesweiten Aufkommen der Umsatzsteuer müsste von den Verbrauchern bezahlt werden. Das Zuschlagmodell würde außerdem starke finanzielle Verschiebungen zwischen den Kommunen auslösen.

Statt der Abschaffung fordern die Städte und Gemeinden eine Erweiterung der Gewerbesteuer. Schaidinger: „Die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer muss so ausgebaut werden, dass die gesamte örtliche Wirtschaftskraft zum Steuerertrag beiträgt. Daher müssen auch die freien Berufe, die bislang keine Gewerbesteuer zahlen, künftig gewerbesteuerpflichtig werden“. Auch die Freiberufler tragen zur örtlichen Wirtschaftskraft bei und nutzen die kommunale Infrastruktur. Die Freien Berufe könnten dann ebenso wie die Gewerbetreibenden die Gewerbesteuer von ihrer Einkommenssteuerschuld abziehen und würden damit unter dem Strich nicht mehr Steuern zahlen als bisher. Die Gewerbesteuer wäre dann eine echte kommunale Betriebssteuer. □

Unverzichtbare Werte

Sommerkolloquium von Bayerischer Akademie
Ländlicher Raum und Hanns-Seidel-Stiftung

Zu einer Wertediskussion unter dem Motto „Zukunftsfähig bleiben! Welche Werte sind hierfür unverzichtbar?“ riefen in München die Bayerische Akademie Ländlicher Raum und die Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung in einem gemeinsamen Sommerkolloquium auf.

Innen sei es gerade in diesen Zeiten wichtig, so Professor Holger Magel, Präsident der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum, und Professor Reinhard Meier-Walser, Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, inne zu halten und sich zu besinnen, auf welchen normativen Grundlagen und verbindenden Werten das Gemeinwesen beruht.

Wie Magel hervorhob, müssten Wertediskussionen immer das Miteinander der repräsentativen Demokratie und der Bürger im Verhältnis zur Wirtschaft und Finanzwelt behandeln. Meier-Walser zufolge verlangen neue Trends neue Regeln. Der Begriff „Zukunftsfähig“ mache deutlich, dass es um mehr geht als um Wirtschaftsleistung oder Produktivität, sogar um mehr als um Glück oder Wohlbefinden: „Er drückt aus, dass wir uns um die Sicherung unserer Lebensgrundlagen kümmern müssen.“

„Das Krisen auch etwas Gutes haben, da sie den Menschen klar machen oder wenigstens das

„diffuse Gefühl“ geben, dass es so nicht weiter gehen kann, hofft auch Dr. Martin Grambow, Leiter der Wasserabteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit und Mitglied in der International Expert Group an Earth System Preservation. Diese Gruppe hat herausgearbeitet, wie die größten durch den Menschen verursachten Herausforderungen aussehen. Auf der Seite der Ursachen stehen demnach das Bevölkerungswachstum, der Ressourcenverbrauch mit den Verunreinigungen und Emissionen sowie ein „nachhaltigkeitsfeindliches Wirtschaften“. Die Konsequenzen bekomme der Mensch nicht nur durch den Klimawandel und die ungelöste Frage der Energieversorgung zu spüren oder durch einen Verlust an Biodiversität, sondern auch ganz elementar bei der Versorgung mit Wasser und Nahrungsmitteln sowie in Konflikten, die den sozialen Frieden und die Gerechtigkeit bedrohen.

Professor Alois Heißenhuber

Ordinarius des Lehrstuhls für Wirtschaftslehre des Landbaues an der TU München, setzte sich kritisch mit dem Wirtschafts- und Konsumstil der Menschen auseinander. Die Jagd nach möglichst „billigen“ Produkten werde all zu oft zu Lasten von Umwelt-, Tier- und Arbeitsschutz ausgetragen. Aber stimmt es, dass es der Konsument ist, der den Preis diktiert? Hier zeigt sich der Agrarökonom kritisch, denn das Beispiel Käfigeier beweise, dass der Kunde durchaus auch Druck auf bessere Tierhaltung ausüben könne: Die nun vorgeschriebene Eierkennzeichnung informiert über die Haltung, Käfigeier sind dadurch

(Fortsetzung von Seite 1)

an und kommt den Kommunen zugute, die sich um die Ansiedlung von Gewerbe bemühen. Ein Zuschlag zur Wohnsitzgebundene Einkommensteuer würde hingegen die Wohnsitzgemeinden der Betriebsinhaber begünstigen. Vor diesem Hintergrund sind Überlegungen zur Abschaffung der Gewerbesteuer nicht verständlich. Wir unterstützen daher das Anliegen von Städte- und Gemeindegremien, die Gewerbesteuer in der gegenwärtig bestehenden Form zu erhalten.“

praktisch nicht mehr verkäuflich. Eine Schlüsselrolle weist Heißenhuber der Werbung zu, die die Gesellschaft täglich und omnipräsent geradezu penetriert und ihre Ansprüche an den Lebensstil hochtreibe.

Konsumverhalten

Das Stichwort Konsumverhalten griff auch Professor Wilhelm Vossenkuhl, Ordinarius für Philosophie an der Ludwig-Maximilians-Universität München und seit 2009 Ehrenmitglied der Sokratischen Gesellschaft, als typisches Beispiel auf. Werte definiert der Philosoph als „Ergebnisse bewusster und nicht bewusster

Tätigkeiten“. Heute sei zu beobachten, dass Wertevorstellungen immer schneller entstehen und wieder verfallen und im Zuge eines „schizophrenen Pluralismus“ immer diffuser werden. Alle Werte müssten legitimierbar sein, sie stünden also unter Rechtfertigungsdruck. Doch: „Wer steht heute noch persönlich für Werte? Wer steht offen für das ein, was er schätzt? Was passiert, wenn alte Werte aufgegeben werden und keine neuen nachfolgen?“, gab Vossenkuhl zu bedenken.

Wie Alois Glück, stellvertretender Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung und Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, feststellte, „ist

unsere größte Schwäche, dass der Bevölkerung immer nur Probleme vermittelt werden“. Die Menschen benötigten aber Zukunftsprojekte, für die es sich lohnt, sich anzustrengen. Glück zufolge ist die Entkopplung von Freiheit und Verantwortung wesentliche Ursache vieler Probleme. Eine „zukunftsfähige Kultur“ zeichne sich jedoch dadurch aus, dass die Menschen wieder mehr Verantwortung übernehmen und auch zur Selbstbegrenzung und systemändernder Innovationskraft fähig sind. Werte müssten daher gesellschaftliche Leitbilder schaffen, die wiederum in entsprechende Strukturen und Handlungen münden. **DK**

Große Sorge um Finanzen...

Einigung der kommunalen Familie zum Art. 15 FAG

„Bereits Anfang Juni konnte unter meiner wesentlichen Beteiligung ein Kompromiss zum Ausgleich nach Art. 15 FAG erzielt und die Verstimmung in der kommunalen Familie beigelegt werden“, so Kreidl. Die Zuweisungen, die nach dieser Vorschrift der Staat den Bezirken als überörtliche Träger der Sozialhilfe gewährt und die gegenwärtig bei 583,6 Mio. Euro liegen, hätten seit 2008 zu viel Unmut und Streit in der kommunalen

Familie geführt. „Nach langwierigen Verhandlungen ist es nun gelungen, für 2011 eine Lösung zu finden. Danach wird die Bevölkerungskomponente künftig je zur Hälfte aus den allgemeinen und den gewichteten Einwohnern berechnet“, erläutert er.

Zusammen mit den anderen kommunalen Spitzenverbänden hat der Bayerische Landkreistag einen gemeinsamen Standpunkt zum Landesentwicklungsprogramm (LEP) formuliert. Jakob Kreidl: „Wir plädieren für die Beibehaltung der regionalen Planungsverbände in kommunaler Verfasstheit, da nur so die Bedürfnisse vor Ort berücksichtigt werden können; eine anonyme Behörde bringt nur mehr Bürokratie, aber weniger Bürgerfreundlichkeit. Wir erwarten ein Gesamtkonzept zur räumlichen Entwicklung Bayerns, das auch die Vielgestaltigkeit der Perspektiven und Probleme der ländlichen Räume berücksichtigt. Das Einzelhandelsziel ist endlich neu zu fassen. Der ländliche Raum darf diesbezüglich nicht länger benachteiligt werden. Zudem fordern wir, beim Kriterium strukturschwacher Räume strukturschwache Verdichtungsräume nicht auszuklammern.“

Demographische Entwicklung aufhalten

Besorgt zeigt sich der Präsident hinsichtlich der demographischen Entwicklung in Deutschland: „Insbesondere die ländlichen, strukturschwachen Regionen sind davon betroffen. Der Wegzug der Bevölkerung aus ländlichen Gebieten bedeutet nicht nur entleerte Dörfer, sondern auch Verlust der Steuerkraft und das Wegbrechen kommunaler Einnahmen.“ Er spricht sich daher für eine besondere Förderung des ländlichen Raums aus, um gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilräumen zu erhalten und herzustellen. Die Regionalförderung müsse vor allem entlegene Gebiete erreichen. So könnten dauerhaft Standortnachteile ausgeglichen und Arbeitsplätze geschaffen und erhalten werden.

Insbesondere die Landkreise als Träger von Schulen, Kindergärten oder des ÖPNV würden durch diese Problematik vor große Herausforderungen gestellt. Kreidl: „Mit den sinkenden Einwohnerzahlen werden grundlegende Auslastungsprobleme auftreten. Was wir brauchen, sind neue Strategien und Standards, um Menschen in peripheren Gebieten nicht von der Leistung der öffentlichen Daseinsvorsorge abzuschneiden. In Zukunft müssen die Aufgabenlasten der Kommunen und damit deren individuelle Bedürfnisse stärker Beachtung finden.“

Europapolitik

„Wichtig ist mir auch die Europapolitik, die immer stärker viele Aufgabenbereiche der Landkreise überlagert - immer mehr Bereiche werden durch Brüssel bestimmt. Ich versuche daher, die

kommunalen Interessen auf europäischer Ebene ins Gespräch zu bringen, was zugegebenermaßen angesichts der Brüsseler Bürokratie nicht leicht ist.“ so Jakob Kreidl. Der Bayerische Landkreistag habe daher mit seiner Präsidiumssitzung im Juni in Brüssel ein Zeichen gesetzt für mehr Handlungsfreiheit der Landkreise im Rahmen des kommunalen Selbstverwaltungsrechts. So wurden von den Landräten bei Gesprächen mit verschiedenen Vertretern wichtiger europäischer Institutionen u. a. die Entbürokratisierung des Beihilfe- und des Vergaberechts sowie die zunehmenden Vorgaben im Sozialrecht insbesondere im Krankenhausbereich thematisiert. „Weiterhin haben wir mit zuständigen Kommissionsvertretern diskutiert, wie wir die Interessen der bayerischen Landkreise bei der Neuausrichtung der Struktur- und Förderpolitik im neuen Haushaltszeitraum ab 2014 einbringen können. Hier müssen wir noch nachlegen, aber ich hoffe, dass für Bayern genauso viele Haushaltsmittel wie in der vergangenen Förderperiode zur Verfügung stehen und dass wir vor allem auch das Problem des Fördergefälles zu den angrenzenden Regionen abbauen können“, betonte Kreidl.

Stabile Müllgebühren

„Landkreise und Städte bieten schon jetzt eine krisensichere, ökologisch hochwertige Entsorgung bei stabilen, sozialverträglichen Gebühren. Wir erwarten daher, dass trotz Umsetzung der EU-Abfallrahmenrichtlinie die kommunalen Spielräume erhalten bleiben“, führte Kreidl aus, der auch Staatsminister Dr. Markus Söder an seiner Seite weiß. „Die Abfallentsorgung der Kommunen ist schon jetzt ökologisch und effizient. Zusätzliche Wertstofftonnen erübrigen sich daher“, schloss der Präsident. **□**

Google Street View:

Städtetag fordert gesetzliche Regelung

„Die Debatte der letzten Tage über Google Street View hat für heftige Verunsicherung gesorgt. Viele Befürchtungen kommen aus Unkenntnis: So steht eindeutig fest, dass es sich nicht um Livebilder handelt.“, sagt Reiner Knäusl, Geschäftsführer des Bayerischen Städtetags.

Allerdings sind Regelungen sinnvoll. Knäusl: „Jenseits der aufgeregten Debatte um Google Street View sehen wir die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung für Geodatendienste. Der Bund sollte das, was bislang Google Street View freiwillig macht, dauerhaft regeln.“

Der Handlungsspielraum von Rathäusern ist gering. Knäusl wirbt für eine sachlichere Diskussion: „Vieles, was sich die Bürgerinnen und Bürger vorstellen und an Erwartungen an die Rathäuser formulieren, ist rechtlich nicht möglich. **□**

Profil der Sparkassen schärfen...

(Fortsetzung von Seite 1)

möglichkeiten – unter anderem darauf, was auf Vorstandsebene gemacht wird.“ Besetzt wird der Verwaltungsrat mit Kommunal- und Sparkassenvertretern. Mit dieser Maßnahme soll die enge Kommunalbindung der Sparkassen dokumentiert werden. „Dies wird den Einfluss der Sparkassen stärken“, zeigte sich Zellner überzeugt. „Hinzu kommt, dass wir die Beteiligungen der Sparkassen überprüfen wollen und streng danach ausrichten, welchen Nutzen sie vor Ort haben.“

Apropos Beteiligungen: Mit Blick auf das novellierte Sparkassengesetz in Schleswig-Holstein wies der Verbandspräsident darauf hin, dass in Bayern ähnliches nicht geplant sei. Dort sei es kein Thema. Stammkapital zu bilden oder Sparkassen für Beteiligungen Dritter zu öffnen. Es handle sich um ein rein regionales Thema, das mit den besonderen historisch gewachsenen Strukturen im Norden zusammenhängt. Der Beschluss in Kiel sei übrigens mit sehr knapper Mehrheit von nur einer Stimme erfolgt. Dies zeige, dass auch in Schleswig-Holstein das Thema sehr kontrovers diskutiert wurde.

Nach Zellners Ausführungen wird auf seine Initiative hin im Verband nunmehr bei Beteiligungen der Sparkassen über das Stammkapital des Sparkassenverbandes mit einem 75-Prozent-Quorum gearbeitet. Dies bedeute „weitaus mehr Überzeugungsarbeit“, so der Sparkassenchef. Damit will er „konkret umsetzen, dass der Verband ein Dienstleister der 73 bayerischen Sparkassen ist und damit auch der Kommunen vor Ort“.

Besondere Sachkenntnis

Wie der Präsident weiter ausführte, wurde mit dem Gesetz zur Stärkung der Versicherungs- und Finanzmarktaufsicht bundesweit geregelt, dass die Mitglieder von Aufsichtsorganen besondere Sachkenntnis haben müssen. „Uns wurde bestätigt, dass wir die neuen Anforderungen bereits mit dem bestehenden Qualifizierungssystem erfüllen. Trotzdem haben wir daraufhin unsere Seminare für Verwaltungsräte überprüft und erweitert.“ Dabei kämen neben sparkassengeschäftspolitischen The-

men auch bankaufsichtsrechtliche Fragen sowie das Risikomanagement vor.

Zellner zufolge gewährleistet die Zusammenarbeit von Sparkassen und ihren zahlreichen Verbundpartnern, dass der Kunde alle wichtigen Finanzdienstleistungen aus einer Hand bekommen kann. Dies sei ein wesentlicher Vorteil. Schließlich wünsche der Bürger „eine Rundum-Betreuung und nicht Stückwerk“. Zellner: Wir wollen nicht nur Produkte verkaufen, sondern eine enge Kundenbindung im Sinne von Lebensbegleitung in schwierigen Zeiten. Dieser Anspruch ist moderner als je zuvor.“

Sparkassen und BayernLB sind die Hausbanken der kommunalen Gebietskörperschaften. Ob Gemeinde, Landkreis oder Bezirk – stets steht die Sparkassen-Finanzgruppe an vorderster Front, wenn es um Dienstleistungen für die Kommunen geht. Dazu kommen laut Zellner kommunale Unternehmen wie Krankenhäuser oder Tochterfirmen zur Energieversorgung. Auch diese Einheiten haben die Sparkassen als Hausbank. Dies gelte für Kredite ebenso wie für Geldanlagen. Auch bei modernen Finanzierungsformen seien Sparkassen gemeinsam mit der BayernLB führend.

Wie der Sparkassenpräsident darlegte, betrogen die Kredite der Sparkassen an öffentliche Haushalte Ende Mai 2010 5,3 Milliarden Euro. Auffällig sei ein starker Zuwachs beim Neukredit. So wurden bis Mai 2010 seit Jahresbeginn bereits 10,4 % mehr neue Kredite an öffentliche Haushalte ausbezahlt als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Bei den Marktanteilen ergaben sich leichte Zuwächse. So betrug der Marktanteil der Sparkassen-Finanzgruppe Bayern bei Krediten an öffentliche Haushalte im März 2010 45,9 %. Vor einem Jahr lag diese Quote noch bei 45,2 %.

Mit Blick auf Diskussionen um die Kreditwürdigkeit von Kommunen wies der Sparkassenchef darauf hin, dass diese im Wesentlichen von einer einzigen Rating-Agentur vorangetrieben wurden. Dies schade nur den Kommunen. Vordergründig heiße es, man wolle die unterschiedliche Kreditwürdigkeit eben auch unterschiedlich darstellen. In Wirklich-

keit treffe man aber mit einer derartigen Debatte alle Gebietskörperschaften.

Selbstverwaltungsgarantie

Nach Artikel 28 des Grundgesetzes könne aus der Selbstverwaltungsgarantie der Kommunen eine Mindestausstattung mit Finanzmitteln abgeleitet werden. Gleichzeitig seien die Gebietskörperschaften in das Finanzausgleichssystem von Bund und Ländern nach Art. 105 Grundgesetz eingebunden. Eine Kreditaufnahme sei über die Rechtsaufsicht geregelt. Aus all dem ergebe sich, dass die Bonität der Länder und Gemeinden der des Bundes in nichts nachsteht. Das habe auch die Bankenaufsicht bestätigt. „Was also soll ein kommunales Rating bewirken?“, so der Präsident. Es würde seiner Ansicht nach nur Kosten verursachen und die Finanzierungsbedingungen der Gebietskörperschaften nicht weiter verbessern.

Aus eigener Erfahrung weiß Theo Zellner, „dass Sparkassen im Kommunalgeschäft mehr leisten als die traditionelle bloße Bereitstellung von Liquidität oder die Finanzierung von Investitionen“. Gefragt seien vielmehr umfassende Konzepte zur Realisierung kommunaler Baumaßnahmen wie PPP-Modelle und Kommunalleasing sowie Angebote zur Zinssicherung. Mit einem eigenen Finanzkonzept habe man eine ganzheitliche Betreuung entwickelt, die den Zahlungsverkehr der Kommunen, die Absicherung von Risiken, die optimale Anlage und den richtigen Umgang mit Immobilien und Liegenschaften umfasst.

Für effizientes kommunales Zins- und Schuldenmanagement habe die Sparkassen-Finanzgruppe die Initiative „Kommunale Verschuldungsdiagnose“ initiiert. Im Zuge der kommunalen Verschuldungsdiagnose erhielten bundesweit 600 Gemeinden, Städte und Landkreise, davon 99 aus Bayern, bis Ende April 2010 die Möglichkeit, ihre Kredit- und Derivateportfolios kostenlos ganzheitlich analysieren zu lassen.

Im Ergebnis bekamen die Teilnehmer in einem ersten Schritt eine auf ihre individuelle Situation ausgerichtete Auswertung ih-

res Schuldenportfolios. Diese Ist-Analyse beinhaltet eine transparente Aufschlüsselung aller Kredite und Zinsderivate, umfassende Kennzahlen- und Szenarioanalysen – aufbereitet in tabellarischer und grafischer Form – sowie eine fundierte Cash-Flow-Analyse.

In einem zweiten Schritt erhalten die Teilnehmer ab Herbst 2010, wenn alle Daten der teilnehmenden Kommune an der kommunalen Verschuldungsdiagnose vorliegen, einen Kennzahlenvergleich ihres Portfolios in Relation zu bundes- und regionalbezogenen Vergleichsgruppen. Dabei zielt die Vergleichsanalyse nicht auf die Erstellung einer Benchmark oder eines Ratings der Teilnehmer untereinander ab, sondern bietet eine neutrale und sachliche Gegenüberstellung der Kennwerte des eigenen Portfolios zu der Vergleichsgruppe.

Zukunftsvisionen

Dass die Sparkassen auch Zukunftsvisionen im geschäftspolitischen strategischen Bereich entwickeln müssen, steht außer Frage. Dabei geht es Theo Zellner zufolge darum, Themen wie Nachhaltigkeit, Energiesparkasse und neue Mobile Banking-Anwendungen zu adressieren. „Auch eine Optimierung der Produktionsabläufe im Sparkassenverbund fordert uns ständig heraus. Ich sehe hier das Erfolgsmodell, das wir im Bereich der Informationstechnologie entwickelt haben – es gibt nur noch einen Sparkassen-IT-Anbieter – als Musterbeispiel und Blaupause.“

Schließlich sind dem Sparkassenpräsidenten moderne Vertriebswege sowie die betriebswirtschaftliche Optimierung aller Marktfolge-Arbeiten ein großes Anliegen. Die dazu notwendigen Geschäftsabläufe betriebswirtschaftlich zu optimieren und Innovationen voran zu bringen, zähle zu den Aufgaben, die der Sparkassenverband Bayern als Dienstleister zu bewerkstelligen habe. Darüber hinaus leite er die ihm angeschlossenen Institute in Rechtsfragen an, übernehme die Rechnungsprüfungen und organisiere die zentrale Bildungsarbeit der Sparkassen in der Sparkassenakademie Landshut - „dem Mutterboden für kompetente Beratung“. **DK**

Finanzsituation der Städte und Gemeinden:

„Eine neue Politik für die Kommunen starten!“

Gemeinsame Erklärung von SGK-Vorsitzendem Weil und ver.di-Chef Bsirske

Für eine sofortige, sozial gerechte und nachhaltige Verbesserung der Einnahmen der Kommunen sowie der staatlichen Gebietskörperschaften insgesamt setzen sich die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (Bundes-SGK) und die Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) ein. In einer gemeinsamen Erklärung fordern der amtierende Vorsitzende der Bundes-SGK, Hannovers Oberbürgermeister Stephan Weil und der ver.di-Vorsitzende, Frank Bsirske, einen Rettungsschirm für die Kommunen, durch den Einnahmefälle in Folge des sog. Wachstumsbeschleunigungsgesetzes und des Gesetzes zur Umsetzung steuerlicher EU-Vorschriften - zusammen pro Jahr rund 2,3 Milliarden Euro - kompensiert werden.

Das Vorhaben der schwarz-gelben Bundesregierung, die Gewerbesteuer nach den Modellen der FDP und der Stiftung Marktwirtschaft abzuschaffen, lehnen die Spitzenvertreter von Bundes-SGK und ver.di als vollkommen ungeeignet ab. Wesentliche Elemente dieser Modelle, wie zum Beispiel der Ersatz der Gewerbesteuer durch einen Hebesatz auf die Einkommens- und Körperschaftsteuer, seien bereits in der Gemeindefinanzkommission 2002/2003 umfassend geprüft und für unzulänglich befunden worden.

Verlagerung von Steuerlasten

Die Umsetzung dieser Elemente hätte nach Ansicht von Weil und Bsirske eine erhebliche Verlagerung von Steuerlasten von Unternehmen auf die Bürgerinnen und Bürger in der Größenordnung von knapp 40 Mrd. Euro (Gewerbesteueraufkommen 2008) zur Folge und würde zu einer Verschärfung der Stadt-Umland-Problematik sowie zu erheblichen Verwerfungen in der kommunalen Steuerbasis führen.

Zudem läge eine Abschaffung der Gewerbesteuer auch nicht im Interesse der Unternehmen, da die Kommunen kaum noch Anreize für umfangreiche Investitionen zu Gunsten von Industrie, verarbeitendem Gewerbe und großen Dienstleistern hätten. Daher fordern die Unterzeichner nachdrücklich dazu auf, das von den kommunalen Spitzenverbänden in die Gemeindefinanzkommission eingebrachte „Kommunalmodell“ ernsthaft zu prüfen.

Der Bürger als Leidtragender

Darüber hinaus reiche es nicht aus, in der Gemeindefinanzkommission nur die Abschaffung oder die Änderung von Standards zu erörtern, da damit kein nachhaltiger Beitrag zur Entlastung der Kommunen von Ausgaben erbracht werden kann. Leidtragende wären dagegen die

Bürgerinnen und Bürger, die ein weiter verschlechtertes kommunales Angebot hinnehmen müssten. Weil und Bsirske plädieren vielmehr dafür, die Forderung der kommunalen Spitzenverbände nach Veränderungen in der Struktur der Mitfinanzierung sozialer Sicherungssysteme durch die Kommunen ernst zu nehmen. „Um die Finanzkraft der Kommunen dauerhaft zu stabilisieren, muss die Gewerbesteuer in eine Gemeindefinanzsteuer ausgebaut werden, in die auch Freiberufler und Selbstständige und Teile der Wertschöpfung einbezogen werden, die in der Kommune erarbeitet wurden und die als Zinsen, Mieten, Pachten oder Leasingraten Kapitalgebern zufließen“, forderte Bsirske.

Investitionen sicherstellen

Weiterhin treten er und Weil dafür ein, das Konjunkturprogramm II durch ein Konjunkturprogramm III und in diesem Rahmen um ein weiteres kommunales Investitionsprogramm zu ergänzen, das vorrangig die Fortsetzung und Verstärkung der kommunalen Investitionen in den Bereichen Bildung, Umwelt, Gesundheit, Verkehr und IT-Infrastruktur sicherstellt. Auch müssten die Kommunen von den steigenden Kosten für soziale Leistungen entlastet werden. Die Kommunen benötigten eine Veränderung der Struktur der Mitfinanzierung der Leistungen nach dem SGB II.

Zudem müssten die sozialen Sicherungssysteme wieder gestärkt werden: „Darum brauchen wir eine Rentenreform, die die Einnahmehöhe der Rentenversicherung erweitert und schrittweise Selbstständige und Beamte einbezieht. Wir brauchen eine Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege, und wir brauchen den gesetzlichen Mindestlohn.“

Bund und Länder sollten umgehend damit beginnen, die Einkommenssituation aller staatlichen

Ebenen zu verbessern, so die Unterzeichner. „Wir fordern die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Wir fordern die Erhöhung des Spitzensteuersatzes für hohe Einkommen. Die Senkung der Erbschaftsteuer muss rückgängig gemacht und das Erbschaftsteueraufkommen durch eine wirksame Besteuerung großer Erbschaften angehoben werden.“

Bund, Länder und Kommu-

Anlaufprobleme beim neuen P-Konto

Das neue Pfändungsschutzkonto (kurz P-Konto) schützt das Kontoguthaben anhand von Freibeträgen automatisch vor Pfändungen. Die gesetzliche Neuregelung ist aus Sicht der Verbraucherzentrale Bayern nicht nur für Schuldner eine Verbesserung. Auch Gerichte und Banken können viel Arbeit sparen, und die Gläubiger bleiben seltener auf Pfändungskosten sitzen.

Seit 1. Juli kann jedermann sein bestehendes Girokonto in ein P-Konto kostenfrei umwandeln. Dieser Rechtsanspruch ist aber nicht so ohne weiteres durchzusetzen, wie die Verbraucherzentrale Bayern aus Beschwerden feststellt. „Die Gründe für eine Verweigerung des P-Kontos sind vielfältig, aber stets unverständlich“, sagt Sascha Straub, Finanzexperte der Verbraucherzentrale Bayern, „sie reichen von technischen Problemen über abschreckend hohe Kontoführungsentgelte bis hin zur Aufstellung formaler Hürden, die das Gesetz gar nicht vorsieht.“

Aufgrund dieser Anlaufprobleme führte die Verbraucherzentrale Bayern eine bayernweite Umfrage bei 57 Banken und Sparkassen durch. Sie fragte nach den Kontokosten und den Leistungsunterschieden zum Standardgirokonto. Außerdem wollte sie wissen, wie das P-Konto beworben wird. 33 Institute haben auf die Fragen geantwortet. Besonders auffällig an den Ergebnissen ist für Finanzexperte Straub, dass die Spanne für das Kontoführungsentgelt von 0 Euro bis 16 Euro im Monat reicht. Teilweise werden Zusatzkosten für Daueraufträge oder Kontoauszüge verlangt, die in den meisten Fällen jedoch auch bei Standardgirokonten anfallen. 11 Institute führen das P-Konto wie ein Guthabenkonto oder mit Einschränkungen bei der Automatenutzung oder Teilnahme am Lastschriftverfahren.

Die unterschiedlich hohen Kontokosten hält die Verbraucherzentrale Bayern für sehr problematisch: „Das P-Konto ist gerade für Personen mit Verschuldungshintergrund gedacht, die hierdurch ihre wirtschaftliche Lage wieder in den Griff bekommen sollen“, so Experte Straub. Nach Einschätzung der Verbraucherschützer werden mittelfristig die Kontoführungskosten für P-Konten gegenüber dem Standardgirokonto sogar sinken. Die Verbraucherzentrale Bayern fordert daher, dass Banken und Sparkassen schon jetzt nur maximal gleich hohe Kontoentgelte verlangen.

Immerhin geben in der Umfrage 28 Prozent der Banken an, keine Unterschiede zum „normalen“ Girokonto zu machen. „Wer jedoch den Kostendurchblick behalten will, scheidet an der fehlenden Preistransparenz“, kritisiert Straub. So führen nur vier Banken das P-Konto ausdrücklich in ihrem Preis-/Leistungsverzeichnis auf.

Bemerkenswert ist, dass über ein Drittel der befragten Institute über einen gesteigerten Arbeits- und Kostenaufwand sowie Schwierigkeiten bei der Umsetzung klagt. „Dies haben sich die Geld-

häuser zum Teil selbst zuzuschreiben“, sagt Straub, „es wurde vielfach versäumt, rechtzeitig vor Einführung mit der Systemumstellung und Mitarbeiterschulung zu beginnen.“ Zum 1. Dezember 2012 wird das bisherige Pfändungsschutzrecht außer Kraft treten und man wird nur noch über das P-Konto sein Guthaben vor dem Gläubigerzugriff schützen können. Bis dahin müssten laut Verbraucherzentrale die Banken und Sparkassen noch viel Aufklärungs- und Umsetzungsarbeit leisten.

nen, somit alle Bürgerinnen und Bürger, trügen bereits heute die Kosten für die Bewältigung der Finanzkrise. Darum sei es mehr als gerecht, „wenn die Verursacher der Krise an den Kosten beteiligt werden und zudem einer erneuten Spekulationswelle vorbeugend ein Riegel vorgeschoben wird“.

Weil und Bsirske fordern deshalb die Regierung auf, sich energisch für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer im europäischen Rahmen einzusetzen. Solange diese nicht umgesetzt sei, „brauchen wir eine Börsenumsatzsteuer in Deutschland“.

Grundsätzlich müssten Finanzprodukte wie jede andere Ware und Dienstleistung auch der Steuerpflicht unterworfen werden. **DK**

Aufschwung kommt in Bayerns Mittelstand an

Firmen besorgen sich Förderkredite über 720 Mio. Euro

Erfreuliche Halbjahresbilanz der LfA Förderbank Bayern: Im ansetzenden Wirtschaftsaufschwung der ersten sechs Monate 2010 hat sich die LfA als Liquiditätsbeschaffer und Risikoträger für mittelständische Betriebe bewährt. 2.900 Firmen erhielten Zusagen für Förderkredite über 720 Millionen Euro, gut 50 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Zugleich übernahm die LfA für rund 1.200 Unternehmen Bürgschaften und Haftungsfreistellungen in Höhe von rund 200 Millionen Euro für neue Firmenkredite. Trotz der hohen Risikoübernahmen ist die Ertragslage der Förderbank nach wie vor solide.

Wirtschaftsminister Martin Zeil: „Die Halbjahresbilanz der LfA beweist: der Aufschwung kommt auch im Mittelstand an. Viele Betriebe wollen jetzt in ihre Wettbewerbsfähigkeit investieren und besorgen sich hierzu mit Hilfe der LfA neue Liquidität. Mit dem ersten Halbjahr zugesagten 720 Millionen Euro an Förderkrediten

Förderbank 450 Mio. Euro bereit. LfA-Chef Michael Schneider: „Nach wie vor unerlässlich ist die Übernahme von Kreditrisiken zum Schutz vor Kreditabsagen der Hausbanken. Die Nachfrage nach unseren Bürgschaften und Haftungsfreistellungen ist noch einmal um 30 Prozent gestiegen – eine Spätfolge der Wirtschaftskrise, die bei den Firmen zu einem Mangel an banküblichen Sicherheiten geführt hat.“

Damit hat die Förderbank allein im Rahmen des Bayerischen Mittelstandsschirms seit Anfang 2009 mehr als 3.100 Unternehmen geholfen, neue Kredite in einem Gesamtvolumen von über 800 Millionen Euro zu erhalten.

„Trotz der Übernahme von insgesamt mehr als einer halben Milliarde Euro an Kreditrisiken ist unsere Ertragslage ausgesprochen gut. Wir rechnen mit einem Jahresergebnis mindestens im Bereich der Vorjahresgröße von 38 Millionen Euro“, so Schneider.

Neben Förderkrediten waren auch Konsortial- und Globaldarlehen begehrt. Die Kreditzusagen der Förderbank von annähernd einer Milliarde Euro im ersten Halbjahr übertreffen den Vorjahreswert um 65 Prozent. **□**



Michael Schneider. **□**

können die Unternehmen Vorhaben in Höhe von 1,1 Milliarden Euro durchführen.“ Zum größten Teil gehen die Kredite in Modernisierungen; allein hierfür stellte die

www.lfa.de



Auch für
energiesparende
Sanierungen

Infrakredit Kommunal
Wasserversorgung | Abwasserentsorgung | Verkehrsinfrastruktur | Touristische Infrastruktur | Energieeinsparung

Der Infrakredit Kommunal der LfA Förderbank Bayern – beste Konditionen für Kommunen

Die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Bayern zu stärken und zu fördern, ist unser Ziel. Daher bieten wir für Kommunen, kommunale Eigenbetriebe und Zweckverbände den Infrakredit Kommunal an – in Kooperation mit der KfW Förderbank. Wir finanzieren kommunale Investitionen mit stark zinsverbilligten Krediten. Besuchen Sie uns im Internet unter www.lfa.de oder rufen Sie unsere Spezialisten an unter 089/21 24-22 62. Gerne geben wir Ihnen detaillierte Auskünfte.



LfA FÖRDERBANK BAYERN
Damit machbar wird, was denkbar ist.

BKPV-Geschäftsbericht 2009:

Rege Prüfungs- und Beratungstätigkeit

Aktuelle Fragen aus der Prüfungs- und Beratungstätigkeit bilden den Mittelpunkt des kürzlich vorgelegten Geschäftsberichts 2009 des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands. Neben dem Thema Schulwesen werden Einzelfragen und Umsetzungshinweise zur doppelten kommunalen Buchführung, Neues aus dem Baubereich, das Planerhonorar für den Bau von Kläranlagen nach der neuen Honorarordnung für Architekten und Ingenieure und die Überwachung und Prüfung von Ingenieurbauwerken bei Kreis- und Gemeindestraßen eingehend erläutert. Wegenutzungsverträge und Konzessionsabgaben in der Energieversorgung sowie das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz runden die breit gefächerte Themenpalette ab.

Gerade im ländlichen Raum sind derzeit vor allem durch neue Sprengelbildungen, aber auch wegen rückläufiger Schülerzahlen gravierende Änderungen in der Schullandschaft zu beobachten. Für die BKPV-Mitglieder als Träger des Schulaufwands ergeben sich daraus nicht selten Unsicherheiten im Umgang mit den Folgen dieser Änderungen. Insbesondere stellen sich oftmals Fragen zu Auflösungs- und Auseinandersetzungsproblemen, wenn beispielsweise Schulverbände durch die Auflösung von Volksschulen erlöschen oder sich die Strukturen durch neue Mitglieder oder das Ausscheiden bisheriger Mitglieder verändern. Schwierigkeiten bereiten zudem auch das Verhältnis Schulverband/öffentlich-rechtlicher Vertrag und die zusätzlich zu beachtenden Bestimmungen aus dem Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit bzw. weiteren Kommunalgesetzen.

Schulwesen

Mit der Festlegung von Schulsprenkeln für das Gebiet mehrerer Gemeinden oder Teilen davon wird sich nach Auffassung des BKPV für die davon betroffenen Kommunen immer die Frage stellen, welche Alternative (Schulverband oder Verpflichtungserklärung oder öffentlich-rechtlichen Schulvertrag) die bessere wäre. Aufgrund der örtlich sehr unterschiedlichen kommunalen Strukturen sei eine abschließende allgemeine Antwort darauf kaum möglich. Insbesondere beim Abschluss von öffentlich-rechtlichen Schulverträgen sei es wichtig, dass sich alle betroffenen Kommunen einigen können und praktikable und nachvollziehbare Regeln getroffen werden.

Der Bayerische Kommunale Prüfungsverband gibt aufgrund seiner überörtlichen Erfahrungen in diesem Zusammenhang zu bedenken, dass diese Thematik – unabhängig von der Rechtsform – immer den Willen der beteilig-

ten Gemeinden zur kommunalen Zusammenarbeit voraussetzt. Mit dem Anspruch, eine möglichst bis ins kleinste Detail geeignete Lösung für alle Beteiligten zu finden, werde man scheitern. Eine solche Vorgehensweise sei wenig ziel führend und aus Sicht der überörtlichen Rechnungsprüfung auch nicht notwendig; „sie endet nicht selten in verwaltungsgerichtlichen Verfahren, bei denen die Verfahrenskosten durchaus höher sein können als der eigentliche Streitwert“. Dies gelte es – im Interesse aller Beteiligten – zu vermeiden.

Ingenieurbauwerke

Stichwort Überwachung und Prüfung von Ingenieurbauwerken bei Kreis- und Gemeindestraßen: Die Landkreise, Städte und Gemeinden haben im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge unter Beachtung der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit für die Standsicherheit, Verkehrssicherheit und Dauerhaftigkeit der Ingenieurbauwerke im Zuge von Straßen und Wegen zu sorgen. Hierfür ist ein Qualitätsmanagement erforderlich, das die Ingenieurbauwerke von der Planung über den Bau und die Erhaltung bis zu ihrem Nutzungsende einschließlich ihrer Entsorgung erfasst. Die regelmäßige und fachkundige Bauwerksprüfung ist ein wesentlicher Bestandteil der Phase „Erhaltung“ in diesem Qualitätsmanagementsystem für Ingenieurbauwerke. Dies gilt nicht nur für Brückenbauwerke, sondern für eine große Anzahl anderer Ingenieurbauwerke, wie Tunnel und Tröge, Stützwerke, Lärmschutzbauwerke, Verkehrszeichenbrücken und sonstige Bauwerke.

Die Erhaltung der vorhandenen Bausubstanz des Straßennetzes wird künftig schon aus finanziellen Gründen erheblich an Bedeutung zunehmen, so der BKPV-Bericht. Dies betreffe vor allem auch den Bereich Brücken- und Ingenieurbau. Das zuneh-

mende Alter des Bauwerksbestandes und die gleichzeitig gewachsenen Beanspruchungen durch den Verkehr und andere Einwirkungen, wie Luftverschmutzung und Tausalzangriff, bewirkten eine wesentlich größere Anfälligkeit der Bauwerke und förderten das vermehrte Auftreten von Schäden an den Konstruktionen.

Sparsame Haushaltsführung

Die kommunalen Straßenbauverwaltungen werden sich dem Prüfungsverband zufolge künftig verstärkt mit der Thematik Bauwerksprüfung/-instandsetzung auseinandersetzen müssen. Kommunen, die für eine regelmäßige Überwachung der Ingenieurbauwerke und deren Erhaltung sorgen, werden dafür zwar Haushaltsmittel anlegen müssen, könnten aber preisgünstig und wirtschaftlich die Nutzungsdauer ihrer Ingenieurbauwerke erheblich verlängern. Langfristig betrachtet sei dies der Weg der Sparsamkeit und wirtschaftlichen Haushaltsführung.

Viele Kommunen verfügen nicht über das nötige Know-how,

Bund der Steuerzahler zur Gewerbesteuer:

Ersatz durch verlässlichere Steuerquellen!

Der Präsident des Bundes der Steuerzahler, Rolf von Hohenhausen, übt massive Kritik an der Forderung des Städtetags, die Gewerbesteuer auf die Freien Berufe auszuweiten. Dass sich der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude zum Wortführer dieser de facto Steuererhöhung für Ärzte, Anwälte, Steuerberater, Ingenieure oder Journalisten mache, passe zur bekannten Blockadehaltung, wenn es um die Gewerbesteuer gehe.

Die gleichen Denk- und Diskussionsverbote hätten bereits 2008 zur teuren Renaissance der Gewerbesteuer geführt. Inzwischen seien nicht nur in Folge der Finanzkrise die kommunalen Einnahmen um 30 bis 40 Prozent eingebrochen. Allein auf die Stadt München komme nach Udes Angaben in diesem Jahr ein Gewerbesteuereinkommen von 300 bis 500 Millionen Euro zu. Statt aber das Ergebnis einer durch die Bundesregierung mit der Neuordnung der Gemeindefinanzierung beauftragten Kommission abzuwarten, werde ein Horrarszenario vorgestellt, das weder den Interessen der notleidenden Gemeinden noch den Gewerbesteuer zahlenden Unternehmen gerecht werde.

Die Entwicklung, beispielsweise in München, zeige, dass es in Krisenzeiten keine andere Steuer-

ihre Ingenieurbauwerke nach DIN 1076 selbst zu prüfen. Die Beauftragung eines sachkundigen Bauwerksprüfingenieurs sei daher zwingend erforderlich. Der BKPV bietet seinen Mitgliedern an, sie im Rahmen seiner Beratungsleistungen beim Aufbau eines Erhaltungsmanagements für Ingenieurbauwerke zu unterstützen. „Es ist geboten, dass eine Beratung möglichst frühzeitig in Anspruch genommen wird, damit die Weichen für eine sach- und fachgerechte Bauwerksprüfung bereits beim Ingenieurvertrag mit dem Bauwerksprüfingenieur gestellt werden können.“

Bilanzrecht

Das Gesetz zur Modernisierung des Bilanzrechts ist im Mai 2009 in Kraft getreten. Mit dem Gesetz werden vorrangig zwei Ziele verfolgt: Bestimmte kleine und mittelständische Unternehmen sollen von den mit Buchführung und Bilanzierung verbundenen Kosten entlastet werden. Vor allem aber baut das BilMoG das bewährte deutsche Handelsbilanzrecht zu einer den internationalen Rechnungslegungsstandards gleichwertigen, aber kostengünstigeren und einfacheren Alternative aus. Des Weiteren erfolgte eine Anpassung des Handelsbilanzrechts an Rechtsakte der EU.

Ungeachtet der jeweiligen unterschiedlichen Rechtsformen betreffen einige durch das BilMoG

eingeführte Änderungen in der Rechnungslegung laut BKPV „kommunale Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen in erheblichem Ausmaß, wohingegen andere Änderungen sich nur unwesentlich oder überhaupt nicht auswirken“. Für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen wirke sich insbesondere die künftig entfallende Möglichkeit zur Bildung von Rückstellungen für Großreparaturen im Gebäudebereich und für Krankenhäuser zudem die Bildung von Rückstellungen für den Austausch von Röntgenröhren und Ähnliches aus.

Die Änderungen der Bewertung von Rückstellungen hätten insbesondere Konsequenzen bei

Einrichtungen, die einen hohen Anteil von Beamten beschäftigen, z. B. Regie- und Eigenbetriebe von Bezirken. Dabei sei zu berücksichtigen, dass hier im Gegensatz zu anderen kommunalen Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen neben Pensionsrückstellungen auch Rückstellungen für Altersteilzeitregelungen aufgrund der nach dem Beamtenrecht in Bayern weiterhin ermöglichten Altersteilzeit betroffen sind. Zudem dürften die sich geänderten Bewertungsvorschriften auch im Bereich der Rückstellungen für die Archivierung von Patienten- oder Bewohner- sowie Geschäftsunterlagen auswirken. **DK**

Bayerische Kreditgenossenschaften:

Positive Geschäftsaussichten

Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken sind bislang sehr zufrieden mit der Geschäftsentwicklung im laufenden Jahr. Sie blicken überdies optimistisch in die Zukunft. Das zeigt eine aktuelle Konjunkturumfrage des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB) unter den 307 Kreditgenossenschaften im Freistaat.

Danach bewerten 53 Prozent der befragten Banken die Geschäftslage als gut. Für 47 Prozent ist sie befriedigend. Bis zum Jahresende rechnen 94 Prozent der Genossenschaftsbanken mit einer gleichbleibenden und 3 Prozent mit einer sich weiter verbessernden Geschäftslage.

77 Prozent der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken erwarten, dass sich im Geschäft mit den Firmenkunden die Kreditvergabe weiterhin auf hohem Niveau bewegen wird. 13 Prozent gehen sogar davon aus, dass das Kreditgeschäft anzieht. Im Kreditgeschäft mit Privatkunden wird dagegen ein leichter Rückgang erwartet. Offenbar macht sich hier die noch immer schwächelnde Konsumnachfrage in Deutschland bemerkbar.

Zum Optimismus der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken trägt auch bei, dass die Zahl der Neukunden im dritten Jahr in Folge deutlich wächst. In einem wettbewerbsintensiven Markt konnten sie seit 2008 bis zum 30.06.2010 bayernweit um rund 100.000 Privat- und 21.500 Firmenkunden zulegen. Dazu Stephan Götzl, der Präsident des GVB: „Allein 2009 konnten wir mehr als 44.500 neue Privat- und über 10.300 neue Firmenkunden gewinnen. Es sieht bislang alles danach aus, dass wir diese hervorragenden Zahlen 2010 nochmals übertreffen werden.“ □

Bayern sind gegen EU-Pläne zur Einlagensicherung

Für 82 Prozent der Bayern ist der Schutz ihrer Ersparnisse von höchster Wichtigkeit. Sie haben dabei sehr genaue Vorstellungen davon, wie Banken ihr Sparvermögen schützen sollen. Das zeigen die Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung, die der Genossenschaftsverband Bayern (GVB) in Auftrag gegeben hat.

Danach ist für 54 Prozent der Befragten der Schutz vor der Pleite ihrer Bank wichtiger als ein bloßer Schutz der Einlagen. Dieser allein genügt nur den Ansprüchen von 9 Prozent der Befragten. 28 Prozent der Bayern bevorzugen „am besten beides“. Einen solchen Schutz vor Bankenpleiten bieten Volksbanken und Raiffeisenbanken, aber auch Sparkassen, mit ihrem Institutsschutz.

Erwartungshaltung

Das trifft die Erwartungshaltung der Befragten. Denn sie schätzen es besonders, wenn Banken mehr bieten als nur den gesetzlichen Basisschutz ihrer Spareinlagen. Für 55 Prozent ist das sehr wichtig oder wichtig. 18 Prozent der befragten Bayern ist es zwar weniger wichtig, aber gleichwohl nicht völlig egal.

Entsprechend verwundert es nicht, dass die Skepsis gegenüber dem Vorhaben der EU äußerst hoch ist, eine Regelung zu treffen, nach der Guthaben lediglich bis 100.000 Euro ge-

schützt sein sollen. Nur 8 Prozent der Bayern begrüßen dies. 49 Prozent der Befragten lehnen dagegen die Regelung rundweg ab. Ein Drittel der Befragten hat allerdings zu dem Thema noch keine Meinung. Was auch daran liegt, dass vielen Bayern gar nicht bekannt ist, was die EU bei der Einlagensicherung plant und welche Auswirkungen das auf den Schutzzumfang ihrer Ersparnisse hat.

Skepsis wird zunehmen

Dazu Stephan Götzl, Präsident des GVB: „Es steht zu vermuten, dass der Anteil derer, die der geplanten europaweiten Regelung kritisch gegenüberstehen, mit zunehmender Bekanntheit des Vorhabens wachsen wird.“ Von der deutschen Politik erwarten die befragten Bayern, dass sie sich für den Fortbestand des hohen Einlagenschutzes in der Bundesrepublik einsetzen und den Plänen der EU entgegentritt. Das ist für 63 Prozent der Befragten sehr wichtig beziehungsweise wichtig. □

Verwaltungsratssitzung des Bayerischen Versorgungsverbands

In der jüngsten Sitzung des Verwaltungsrats des Bayerischen Versorgungsverbands, der seit 1916 für die beamtenrechtliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung der kommunalen Bediensteten zuständig ist, wurde Dr. Jürgen Busse, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetages, einstimmig zum Vorsitzenden für die neue fünf-

jährige Amtsperiode bestätigt. Damit wurde der Vorsitz in äußerst bewährte Hände gelegt – Dr. Busse hatte den Vorsitz bereits in der letzten Amtsperiode inne.

Zum Stellvertreter wurde das Verwaltungsratsmitglied Reiner Knäusel, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bayerischen Städtetags, bestimmt. □

Deka Kommunal Consult GmbH. Kommunen – fit für die Zukunft!

Praxisnahe Kommunalberatung – Ein Mehrwert für Kommunen und Sparkassen.

- Investitionen wirtschaftlich realisieren.
- Immobilien effizient managen.
- Haushalts- und Finanzwirtschaft modernisieren.
- Den „Konzern Kommune“ für den Wettbewerb stärken.
- Krankenhäuser strategisch entwickeln.
- Verwaltung bedarfsgerecht organisieren.

Sprechen Sie uns an:

DKC Deka Kommunal Consult GmbH
Hans-Böckler-Straße 33, 40476 Düsseldorf
Telefon: (0211) 88288 – 811, Telefax: (0211) 88288 – 781
E-Mail: dkc@deka.de, Internet: www.dekac.de

DKC

Finanzgruppe



Halbjahresergebnis der BayernLB:

Stabile Erträge und gestiegener Zinsüberschuss

München – Der BayernLB-Konzern hat im ersten Halbjahr 2010 ein zufriedenstellendes Ergebnis vor Steuern in Höhe von 554 Mio. Euro (Vorjahr 548 Mio. Euro) erreicht. Profitiert hat die Bank unter anderem von den stabilen Erträgen im operativen Kundengeschäft und einem gestiegenen Zinsüberschuss. Insgesamt stammen über 80 Prozent des Ergebnisses vor Steuern aus Geschäftsaktivitäten, die die Bank im Rahmen ihrer Neuausrichtung als Kerngeschäft definiert hat.

Die Umsetzung des unter dem Namen Herkules 2009 gestarteten Transformationsprogramms ist insgesamt weit fortgeschritten. Die BayernLB hat insbesondere das De-Leveraging konsequent vorangetrieben, Risikoaktiva in der Restrukturierungseinheit weiter reduziert und Nichtkernaktivitäten, wie zuletzt durch die Abgabe der Mehrheitsbeteiligung an der SaarLB, abgebaut.

Das erste Quartal wurde aufgrund der sehr guten Stimmung an den Kapitalmärkten von hohen Wertaufholungen und Gewinnen in den Wertpapierportfolios geprägt. Zusätzlich begünstigte die saisonal niedrige Risikoversorge die Ergebnissituation.

Positive Faktoren

Im zweiten Quartal 2010 wurde der im Vorquartal positiv wirkende Wertaufholungsprozess durch die Staatsschuldenkrise im Euroraum deutlich abgebremsert. Negativ wirkte sich zudem aus, dass sich die ohnehin bereits schwierige wirtschaftliche Situation in Ost- und Südosteuropa noch weiter verschlechterte. Aufgrund dieser erhöhten wirtschaftlichen Unsicherheiten wurde die Risikoversorge der in dieser Region tätigen Tochtergesellschaft MKB kräftig aufgestockt. Das stärkere Kundengeschäft im Konzern sowie die Zuwächse im Zins- und Provisionsüberschuss wirkten sich positiv auf das Konzernergebnis im zweiten Quartal aus.

Erfreuliche Entwicklung

Nach Quartalen betrachtet, schloss die Bank das erste Quartal mit einem Ergebnis vor Steuern in Höhe von 498 Mio. Euro ab. Das zweite Quartal trug mit 56 Mio. Euro zum Konzernergebnis vor Steuern bei. Den deutlich

größten Einzelbeitrag zum Halbjahresergebnis lieferte mit 423 Mio. Euro (Vorjahr: 279 Mio. Euro) das Kredit- und das kundenbezogene Kapitalmarktgeschäft mit Großunternehmen. Erfreulich verlief die Entwicklung auch im Bereich Mittelstand, der 28 Mio. Euro zum Ergebnis vor Steuern (Vorjahr: -17 Mio. Euro) beisteuerte.

Solide Hausbank

„Der positive Trend im Kundengeschäft sowie beim Zins- und Provisionsüberschuss unterstreicht unsere Position als solide Hausbank. Der Weg zu einer nachhaltig profitablen neuen BayernLB erfordert aber noch erhebliche weitere Anstrengungen“ so Gerd Häusler, Vorstandsvorsitzender der BayernLB. „Für die nahe Zukunft gehen wir zwar von einer wirtschaftlichen Erholung in unseren europäischen Kernmärkten aus. Gleichzeitig dürfte der Rückenwind von den Kapitalmärkten deutlich schwächer werden, so dass wir nicht mit Sondereffekten durch starke Wertaufholungen im Fair Value Ergebnis rechnen können.“

Kernkapitalquote

Bei ihrer fortschreitenden Neuausrichtung kann die BayernLB auf eine solide Kapitalisierung setzen. Die Kernkapitalquote zum 30. Juni 2010 betrug 10,4 Prozent. Die gute Eigenkapitalausstattung der Bank wurde auch im strengsten Stresstest-Szenario der CEBS unter Einbeziehung der im Handelsbuch befindlichen europäischen und deutschen Staatsrisiken mit einer Kernkapitalquote von 8,8 Prozent klar bestätigt. In einer zusätzlichen internen Simulation der Bank wurden auch die Stressauswirkungen auf im Bankbuch bilanzierte Exposures dieser Län-

der untersucht. In diesem Fall errechnete sich eine Kernkapitalquote von 8,4 Prozent.

Den Zinsüberschuss, traditionell der wichtigste Ertragsbringer, konnte die BayernLB im ersten Halbjahr 2010 gegenüber dem Vorjahreswert um 5,5 Prozent auf 983 Mio. Euro steigern. Darin spiegelt sich auch eine verbesserte Refinanzierungssituation wider. Im Vorjahreszeitraum war der Zinsüberschuss durch hohe Aufwendungen zur Liquiditätssicherung belastet.

Die Risikoversorge im Kreditgeschäft liegt mit -392 Mio. Euro im 1. Halbjahr 2010 leicht über dem Niveau des Vorjahres (-357 Mio. Euro). Nachdem der Vorsorgebedarf im ersten Quartal 2010 saisonal bedingt niedrig ausfiel, stieg die Risikoversorge im zweiten Quartal stark an. Rund zwei Drittel entfallen dabei auf die Tochtergesellschaft MKB.

Risikoversorge

Der Risikoversorgebedarf bei anderen Konzerneinheiten blieb dagegen wegen der wirtschaftlichen Erholungstendenzen in deren Kernmärkten teilweise deutlich unter der Jahresplanung. Aufgrund der Reduzierung des Geschäftsumfanges hat sich der Provisionsüberschuss auf 121 Mio. Euro (Vj.: 150 Mio. Euro) ermäßigt und bewegt sich dabei im Plankorridor der Bank. Durch das marktbedingt äußerst gut verlaufene erste Quartal 2010, entwickelte sich das Ergebnis aus der Fair Value Bewertung mit 443 Mio. Euro im ersten Halbjahr sehr positiv (Vj.: 401 Mio. Euro). Dabei entfielen auf das erste Quartal 391 Mio. Euro und 52 Mio. Euro auf das zweite Quartal.

Das kundenbezogene Handelsgeschäft steuerte 161 Mio. Euro (Vj.: 162 Mio. Euro) bei. Auf Wertaufholungen in den von der Finanzmarktkrise betroffenen Credit Portfolios entfielen 171 Mio. Euro (Vj.: 117 Mio. Euro). Das übrige Ergebnis von 111 Mio. Euro resultierte insbesondere aus Bewertungseffekten bei Zinssicherungsderivaten. Im Ergebnis aus Finanzanlagen i. H. v. -35 Mio. Euro ist mit -18 Mio. Euro ein negativer Entkonsolidierungseffekt der SaarLB enthalten. Das deutlich positive Vorjahresergebnis (271 Mio. Euro) war maßgeblich durch Bewertungseffekte beeinflusst, die sich aus dem mit dem Freistaat Bayern im Rahmen der Abschirmtransaktion abgeschlossenen Credit Default Swap („Umbrella“) ergeben haben.

Gestiegene Bilanzsumme

Die Bilanzsumme ist per 30. Juni 2010 im Vergleich zum Jahresultimo 2009 um 1,9 Mrd. Euro auf 340,7 Mrd. Euro leicht gestiegen. Der Anstieg ist jedoch nicht geschäftsgetrieben, sondern resultiert aus einem zins- und währungsbedingten Anstieg der positiven als auch negativen Marktwerte derivativer Finanzinstrumente in den Handelsaktiva und -passiva. Gegenläufig wirkte sich die Entkonsolidierung der SaarLB zum 30.06.2010 aus, die mit rund 17 Mrd. Euro zum 31. Dezember 2009 in der Konzern-Bilanzsumme enthalten war.

Die BayernLB bleibt ein verlässlicher Finanzierungspartner für die deutsche Wirtschaft. Die Forderungen an inländische Kunden stiegen um 3,0 Prozent auf 103,9 Mrd. Euro. Insgesamt wuchsen die Kundenforderungen im Konzern währungsbedingt leicht um 2,1 Mrd. Euro auf 153,9 Mrd. Euro. Die Kundeneinlagen haben ebenfalls erfreulich zugelegt. Die

Zunahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden um 6,9 Mrd. Euro auf 94,3 Mrd. Euro dokumentiert das Vertrauen, das die Kunden der BayernLB und ihren Konzerntöchtern entgegenbringen. Von besonderer Bedeutung für die Refinanzierung des BayernLB-Konzerns ist die DKB, die rund 29 Mrd. Euro an Einlagen aus ihrem stabilen Retail- und Mittelstandsgeschäft beisteuert und weiter zielgerichtet wachsen soll. Die BayernLB setzt damit konsequent ihre Refinanzierungsstrategie von einer reinen Wholesale-Bank zu einer Universalbank mit breiter Refinanzierungsbasis weiter um. Jahresausblick

Moderate Entwicklung

Der BayernLB-Konzern rechnet angesichts des volatilen Marktumfelds mit einer moderaten Geschäftsentwicklung in seinem Kerngeschäft. Das vorliegende Halbjahresergebnis kann nicht auf das Gesamtjahr fortgeschrieben werden. Die starken positiven Sondereffekte aus der Fair Value Bewertung, die das Halbjahresergebnis noch unterstützten, sind für den weiteren Verlauf des Jahres nicht zu erwarten.

Häusler zum Jahresausblick: „Insgesamt erwarten wir für das Geschäftsjahr 2010 nach wie vor ein positives Konzernergebnis nach IFRS. Die Erfolge im Kerngeschäft unterstützen diese Prognose. Dabei werden wir uns durch verstärkte Kundenorientierung auf die Erwirtschaftung von nachhaltigen und stabilen Erträgen konzentrieren. Darüber hinaus wird der im Vorjahr gestartete Umbau der Bank weiter vorangetrieben. Den Fokus bei der Risikobetrachtung werden wir konsequent auf die Konzernebene legen.“

Sparkassen-Finanzgruppe Bayern:

Neues Online-Stellenportal

Die Sparkassen-Finanzgruppe in Bayern präsentiert mit www.s-karriere-bayern.de eine zentrale Online-Stellenbörse von 73 Sparkassen und deren Verbundpartnern aus Bayern.

Die bayerischen Sparkassen und ihre Verbundpartner, die BayernLB, die LBS Bayerische Landesbausparkasse und die Versicherungskammer Bayern bieten jedes Jahr Hunderte von Stellen an – für Praktikanten, Azubis, Mitarbeiter und Führungskräfte.

Diese Stellen sind nun für Berufseinsteiger wie Professionals über das neue Karriereportal der Sparkassen-Finanzgruppe in Bayern unter www.s-karriere-bayern.de jederzeit zentral zu finden. „Das neue Stellenportal soll interessierten Bewerbern eine schnelle und einfache Orientierung vermitteln sowie dazu einladen, die vielfältigen Aufgaben bei unseren Sparkassen und Verbundpartnern in Bayern zu erkunden.“ betont Theo Zellner, Präsident des Sparkassenverbandes Bayern.

Bayerns Sparkassen bieten zahlreiche attraktive Berufsperspektiven – vom Bankkaufmann über den Kaufmann für Versicherungen und Finanzen mit Fachrichtung Versicherungen bis zur Führungskraft mit vielseitigen Aufgabenstellungen, guten Aufstiegs-, Weiterbildungs- und Verdienstmöglichkeiten – und das bayernweit. □

Georg Fahrenschoen:

„Bayerische Landesbank robust im EU-Stresstest“

Finanzminister Georg Fahrenschoen informierte den Ministerrat über die Ergebnisse des Bankenstresstests, der vom Europäischen Ausschuss der Bankenaufsichtsbehörde CEBS (Committee of European Banking Supervisors) veröffentlicht wurde.

Ziel des Tests war, die Widerstandsfähigkeit des europäischen Bankensektors zu untersuchen und festzustellen, ob die Banken in der Lage wären, das Eintreten weiterer Kredit- und Marktrisiken zu bewältigen.

Minister Fahrenschoen: „Die Bayerische Landesbank hat sich erfreulich robust gezeigt und erreichte im strengsten Stresstestszenario, das neben der Simulation eines erneuten Rückfalls in eine Rezession

auch eine Wertkorrektur auf Anleihen der Bundesrepublik Deutschland vorsah, eine gute Kernkapitalquote von 8,8 Prozent.“

Damit nimmt die BayernLB unter den getesteten Großbanken hinsichtlich Kapitalausstattung und Krisenfestigkeit eine gute Position ein. „Dieses Ergebnis zeigt, dass insbesondere die Kapitalzuführung in Höhe von 10 Milliarden Euro Ende 2008 richtig war.“ □

Thüga-Geschäftsmodell:

Großes Interesse von Investoren

Die Thüga Holding GmbH & Co. KGaA hat Schuldscheindarlehen als Debüt-Emission am Kapitalmarkt erfolgreich platziert. Das Angebot von ursprünglich 200 Millionen Euro stieß auf großes Interesse bei nationalen und internationalen Investoren.

Aufgrund der hohen Nachfrage war die Emission bei Abschluss mehr als dreifach überzeichnet, so dass das Emissionsvolumen auf insgesamt 300 Millionen Euro aufgestockt wurde. Mit der erfolgreichen Platzierung, circa die Hälfte des Ordervolumens kam aus dem Sparkassensektor, konnte der Kreis der Kreditgeber der Thüga deutlich verbreitert werden.

Vertrauensbeweis des Kapitalmarktes

Im Rahmen der Emission wurden Laufzeiten von fünf, sieben und zehn Jahren platziert, wobei sich die Nachfrage besonders auf die längeren Laufzeiten fokussierte. Die Kreditmargen konnten jeweils am unteren Ende der Vermarktungsspanne festgesetzt werden. Als Arrangeure fungierten die Bayerische Landesbank, die Helaba Landesbank Hessen-Thüringen und die NORD/LB Norddeutsche Landesbank.

„Die überaus positive Resonanz der Investoren ist ein Vertrauensbeweis des Kapitalmarktes in die Attraktivität und Solidität des Geschäftsmodells der Thüga-Gruppe. Thüga ist auf gutem Kurs, mit diesem Modell weiter zu wachsen“, betonte Ewald Woste, Vorstandsvorsitzender der Thüga Aktiengesellschaft.

Zusammen mit bilateralen Bankdarlehen in Höhe von 500 Millionen Euro ist mit der Schuldscheinplatzierung die Refinanzierung von 800 Millionen Euro und damit die Rückzahlung der Erwerbsfinanzierung abgeschlossen. Darüber hinaus wurden im Rahmen des Gesamtfinanzierungsvolumens von rund einer Milliarde Euro Kreditlinien zur Wachstumsfinanzierung realisiert. □

Sparkassen-Finanzgruppe



Alt werden lohnt sich.
Mit der Sparkassen-Altersvorsorge.



Sie können zwar nicht ewig jung bleiben – aber sich aufs Alter freuen. Mit einer Sparkassen-Altersvorsorge entwickeln wir gemeinsam mit Ihnen ein auf Ihre individuellen Bedürfnisse zugeschnittenes Vorsorgekonzept und zeigen Ihnen, wie Sie alle privaten und staatlichen Fördermöglichkeiten optimal für sich nutzen. Vereinbaren Sie jetzt ein Beratungsgespräch in Ihrer Geschäftsstelle oder informieren Sie sich unter www.alt-werden-lohnt-sich.de. Wenn's um Geld geht – Sparkasse.

Zwischenbilanz der Kreissparkasse München Starnberg:

Mit Zuversicht ins zweite Halbjahr 2010

Die Kreissparkasse München Starnberg kann auf das erste Halbjahr 2010 gleich doppelt zufrieden zurückschauen. Zum einen geht es mit dem Geschäft weiter aufwärts, zum anderen kann sie sich mit ihrem Engagement für die Region, das sie als einen öffentlich-rechtlichen Auftrag versteht, durchaus sehen lassen.

Das sehr zufriedenstellende Geschäftsergebnis und die daraus abgeleiteten Möglichkeiten, eine „Gemeinwohl-Dividende“ zahlen zu können (vgl. dazu den Kasten „Gesellschaftliches Engagement“), verdankt sie gewiss zum Teil ihrem bevorzugten Geschäftsgebiet, den Landkreisen München und Starnberg, die zu den prosperierendsten Regionen Deutschlands zählen, zu einem nicht geringen Teil aber auch einem Betriebsklima, das auf Motivation, Mitarbeiterbindung und Mitarbeiterzufriedenheit setzt. Das sind innerbetriebliche Werte, die heute keineswegs mehr Allgemeinut sind, obwohl sie für den Betriebserfolg sehr entscheidend sind.

Weiter auf Wachstumskurs

Was den geschäftlichen Erfolg angeht, spürt die Kreissparkasse stärker als Institute in anderen Regionen, dass die Krise weitgehend überwunden scheint und die Konjunktur derzeit ein breiteres und festeres Fundament erhält. So zeichnet das Geschäftsgebiet der Kreissparkasse auch im ersten Halbjahr 2010 ein überdurchschnittliches Wachstum.

Auf den Finanzmärkten herrscht aber nach wie vor Anspannung. Nach Darstellung von Anton Hummer, Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse, „haben wir weder Schrottpapiere noch griechische Staatsanleihen in unserem Depot. Dies würde dem Geschäftsmodell unserer Sparkasse widersprechen.“ Und so gehe es den übrigen Sparkassen auch, denn keine der 431 Sparkassen in Deutschland habe unter den direkten Folgen der Finanzmarktkrise zu leiden gehabt. Im Gegenteil, seit 2008 befinden sich die deutschen Sparkassen, so Hummer weiter, im Aufwind. Die Kreissparkasse, die auf zwei hervorragende Jahre zurückblicken könne und 2009 sogar das beste Ergebnis seit ihrem Bestehen gehabt habe, bleibe auch im laufenden Jahr auf Wachstumskurs.

Obwohl nach dem Zuwachs im Jahr 2009 das Einlagenplus für 2010 vorsichtig geplant war, legten die Einnahmen im ersten Halbjahr 2010 trotz der allgemein niedrigen Habenzinsen um 2,7 Prozent auf knapp 6,4 Milliarden Euro zu. Dagegen mussten die deutschen Sparkassen im Durchschnitt Einlagenverluste hinnehmen. Die größten Zuwächse bei der Kreissparkasse, die unter den 73 bayerischen Sparkassen beim Einlagenzuwachs den 6. Platz be-

legte, gab es im kurzfristigen Bereich, vor allem bei täglich fälligen Einlagen. Das Ziel, längerfristige Spareinlagen ins Haus zu holen, konnte dagegen nur teilweise erreicht werden. Deutlich zurückgegangen sind die Anlagen in Termingeldern. Die Kundschaft wartet offenbar auf eine Zinswende. Bei der Kreissparkasse sieht man im nächsten halben Jahr aber keinen nennenswerten Zinsanstieg. Das Wertpapiergeschäft bewegt sich mit 234 Millionen Euro auf Vorjahresniveau. Lediglich der Umsatz mit Aktien war etwas lebhafter als 2009.

Das Kreditgeschäft verlief im ersten Halbjahr sehr erfreulich. Die Kreditzusagen an Privat- und Firmenkunden stieg in der Berichtszeit um 20 Prozent auf 834 Millionen Euro. Insgesamt nahmen die Ausleihungen um 3 Prozent auf gut 4,8 Milliarden Euro zu. Dabei gab es die größte Steigerung mit 6,5 Prozent bei Krediten an Unternehmen. Die Kreissparkasse erweitert heuer ihre Kreditzusagen an Unternehmen und Selbständige um 13 Prozent gegenüber dem vorjährigen Vergleichszeitraum. Die Forderungsausfälle sind geringer als erwartet und bei der Kreissparkasse besonders gering, weil es im Geschäftsgebiet nur wenig verarbeitendes Gewerbe gibt. Die Kommalkredite sind mit etwa 250 Millionen Euro relativ konstant geblieben. Davon gingen etwa 141 Millionen Euro an kommunalnahe Unternehmen und Projekte der Geothermie.

Private Baufinanzierung

Ein wichtiger Geschäftszweig ist auch die private Baufinanzierung, „denn selten war die Zeit für die eigenen vier Wände so günstig wie heute. Und der Trend geht zur Anlage in Sachwerte.“ Obwohl in München die Preise wieder steigen und der regionale Immobilienmarkt sehr umkämpft ist, konnten die sechs Immobiliencentren der Kreissparkasse 105 Objekte vermitteln und Darlehen über 70 Millionen Euro vergeben. Eng arbeitete die Kreissparkasse dabei mit der Landesbausparkasse (LBS) zusammen, „denn das einst langweilige Bausparen hat sich wiederbelegt, besonders in Verbindung mit der Riester-Bausparförderung. Insgesamt wurden zur Finanzierung von privatem Wohnraum 265 Millionen Euro Kredite ausgereicht. Der Trend des Wohnungsbaus durch gewerbliche Bauträger setzte sich fort.

110 Jahre Kontinuität

Stadtsparkasse feierte Jubiläum in Lechhausen

Am 1. August 1900 war der 1. Geschäftstag der eigenständigen „Städtischen Sparkasse Lechhausen“. Damals befanden sich die Geschäftsräume im 1. Stock des ehemaligen Rathauses, heute Standort der Polizeiinspektion Augsburg 3. Lechhausen hatte etwa 19.000 Einwohner, als am 1. Januar 1913 die Eingemeindung nach Augsburg erfolgte. Gleichzeitig wurde die „Städtische Sparkasse Lechhausen“ die 1. Zweigstelle der „Städtischen Sparkasse Augsburg“, der heutigen Stadtsparkasse Augsburg.

Seit der Gründung hat sich einiges getan: Aus 651 „Einlegern“, so der damalige Sprachgebrauch, mit einem Gesamtguthaben von etwas mehr als 300.000 Mark wurden

rund 10.500 Kunden mit einem Geschäftsvolumen von über 110 Mio. Euro. Die Geschäftsstelle wurde 2006 und 2007 komplett umgebaut und modernisiert. Sie ist eine der größten Geschäftsstellen der Stadtsparkasse.

Rainer Genswürger, Leiter der Geschäftsstelle Schlössle, freut sich über das Jubiläum: „Die Stadtsparkasse bietet mit dieser modernen Zweigstelle Kontinuität und Qualität auf höchstem Niveau. Insgesamt 16 Kolleginnen und Kollegen kümmern sich mit Herzblut um die Wünsche unserer Kunden. Viele Kunden dürfen wir ein Leben lang begleiten. Dadurch wächst gegenseitiges Vertrauen, wovon unser Haus und unsere Kunden profitieren können.“ □

Eine gesunde Eigenkapitalbasis verbessert die Kreditwürdigkeit und schafft unternehmerischen Spielraum. Deshalb bietet die Kreissparkasse – Motto: „Wir haben unsere Kunden im Blick und begleiten sie vor Ort“ – über ihre Beteiligungsgesellschaft wirtschaftliches Eigenkapital in Form von Genussrechtskapital an, „das den Anforderungen des regionalen Mittelstandes gerecht wird.“ Sogenanntes Mezzanine-Kapital (eigenkapitalähnliche Mittel) sind bei der Kreissparkasse bereits ab 50.000 Euro verfügbar. Bei seinem Einsatz bleibt die unternehmerische Freiheit völlig erhalten, da sich durch diese innovative Finanzierungsform die Stimmrechte und Beteiligungsverhältnisse der Firma nicht ändern.

„Nach derzeitigem Stand“, so Hummer, „wird unser Jahresergebnis 2010 auch weiter von der noch günstigen Zinsspanne profi-

tiert. Das Betriebsergebnis vor Bewertung, das im Vorjahr 1,04 Prozent der durchschnittlichen Bilanzsumme (DBS) bzw. 77 Millionen Euro erreicht hatte, wird sich wohl weiter leicht verbessern, auch wenn der Schwung vom letzten Jahr nicht ganz mitgenommen werden konnte.“

Optimistischer Blick

Zu dieser günstigen Entwicklung haben zwei Aspekte besonders beigetragen, nämlich zum ersten, dass in den vergangenen Jahren das Wachstum mit nahezu unveränderten Personal- und Sachkosten gestaltet werden konnte, und zum zweiten, dass durch die deutliche Zunahme der Kundeneinlagen die Kreissparkasse auf Refinanzierungsmittel vom Geld- und Kapitalmarkt fast vollständig verzichten konnte.

Mit 7,56 Milliarden Euro ist die Bilanzsumme seit Jahresanfang nahezu unverändert geblieben. Das gute Ergebnis soll genutzt werden, noch mal das Eigenkapital, das zur Jahresmitte 419 Millionen Euro betrug, weiter aufzustoßen. Hummer zufolge „blicken wir trotz anhaltender Finanzmarktkrise optimistisch auf das zweite Halbjahr.“ dhg.

SDZ Südbayern startete in Schwabmünchen

Tochterunternehmen der Kreissparkasse Augsburg nahm Geschäftsbetrieb auf

Am 1. Juli nahm das Sparkassendienstleistungszentrum (SDZ) Südbayern seinen Geschäftsbetrieb in Schwabmünchen (Landkreis Augsburg) auf. Das Tochterunternehmen der Kreissparkasse Augsburg, an dem als strategischer Partner die BankenService GmbH mit Hauptsitz in Berlin mit 30 Prozent beteiligt ist, agiert ab sofort als Outsourcing-Dienstleister für Marktfolgetätigkeiten.

Erster Kunde ist die Kreissparkasse selbst, die 120 Mitarbeiter in das neue Unternehmen entsendet. Schon bald sollen weitere Mandanten aus der Region für die Region gewonnen werden. „Wir bieten sämtliche Marktfolgetätigkeiten aus einer Hand an und sind als Volldienstleister nach unserer Erkenntnis Pionier in Bayern“, so Richard Fank, Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Augsburg und Dr. Sandro Schurig, Geschäftsführer der BankenService GmbH.

„Unter Marktfolge versteht man sämtliche Tätigkeiten einer Sparkasse, die auf den Vertrieb folgen. In anderen Branchen würde man von Produktion sprechen“, erläuterte Fank. Im Bankgewerbe fallen darunter das sog. Aktiv- und Passivgeschäft, Wertpapierabwicklung und Zahlungsverkehr sowie Compliance oder Erbfall- bzw. Pfändungsbearbeitung.

Gespräche zeigen, dass andere Sparkassen großes Interesse daran haben, von der Erfahrung der beiden Partner zu profitieren. Viele Sparkassen suchen Vertretungs- bzw. Nachfolgeregelungen für Mitarbeiter mit Spezialwissen und müssen mit geringeren bzw. schwankenden Mengen umgehen. Unabhängig davon, ob einzelne Spezialthemen oder das ge-

samte Marktfolgegengeschäft ausgelagert werden sollen, das SDZ Südbayern verspricht eine passende Lösung.

Lob und Anerkennung fand Professor Rudolf Faltermeier: „Outsourcing ist ein anhaltender Trend, der uns noch stark beschäftigen wird. Ich gratuliere den Beteiligten zu diesem wegweisenden Schritt.“ Der Vizepräsident des Sparkassenverbands Bayern hatte sich vor Ort über das SDZ Südbayern informiert und war beeindruckt.

Mitarbeiter aus der Region Augsburg und aus Berlin stimmten sich auf einer gemeinsamen Feier in Schwabmünchen auf den Start ein. Eineinhalb Jahre lang hatten gemischte Teams das Projekt vorbereitet und auch der Personalrat der Kreissparkasse war eng eingebunden. Einvernehmlich fand man eine Lösung, bei der die Kreissparkassen-Mitarbeiter, die für die neue Gesellschaft tätig sind, eine Arbeitsplatzgarantie zu bestehenden Bedingungen erhielten. Um das neue Selbstverständnis zu fördern, präsentierten die Geschäftsführer der neuen Gesellschaft Claus Holzapfel, Harald Post und Stephan Rietz das Logo des SDZ Südbayern und überreichten den Mitarbeitern Schreibgeräte und Namensschilder als Willkommensgeschenk. □



Mit einer Torte gab Professor Rudolf Faltermeier (Dritter von links) den Startschuss im Namen des Sparkassenverbands. Über den Besuch freuten sich die Geschäftsführer und Gesellschafter der SDZ Südbayern - von links: Claus Holzapfel, Dr. Sandro Schurig, Richard Fank, Stephan Rietz und Harald Post. □

Aus Verantwortung gegenüber dem Ganzen:

Gesellschaftliches Engagement

Mehr sein als bloß ein an Zahlen ausgerichtetes Finanzinstitut – das ist die Philosophie der Kreissparkasse München Starnberg. „Wir haben stets auch die Wünsche unserer Kunden, die Bedürfnisse unserer Mitarbeiter und das Wohl der Region im Blick“, erläutern die Vorstandsmitglieder Anton Hummer, Walter Fichtel und Josef Bittscheid das Anliegen der Sparkasse.

Mit zahlreichen Aktivitäten fördert das Institut, das den Landkreisen München und Starnberg sowie der Gemeinde Gauting gehört, die Heimatregion. In Deutschland unterstützen die Sparkassen insgesamt mit 688 Stiftungen die Gemeinschaft, indem sie dazu beitragen, die ökonomischen, ökologischen und sozialen Grundlagen der jeweiligen Heimatregion zu erhalten. 2009 wurden für dieses gesellschaftliche Engagement 519 Millionen Euro aufgewendet.

Die Kreissparkasse München Starnberg unterhält drei Stiftungen mit einem gesamten Dotationskapital von 5,4 Millionen Euro. Daneben trägt sie mit einem Spendenvolumen von rund 1 Million Euro zu einer lebenswerten Region bei. Von der Unterstützung profitieren zum Beispiel das Kallmann-Museum in Ismaning, der Förderkreis Schäftlarn Konzerte, die Verkehrswacht und der Bayerische Landessportverband, aber auch Veranstaltungen wie das Knax-Kinderfest, das Julia-Fischer-Festival, Fußballcups und die Ausstellung Georg Baselitz.

Wirtschaftlich hat die Region einen Nutzen von 2,7 Millionen Euro, die die Kreissparkasse z.B. 2009 in die Instandhaltung ihrer Geschäftsstellen investiert hat. Der Neubau in Deisenhofen kostet allein 10 Millionen Euro. Die Aufträge gehen an ansässige Betriebe. Im vorigen Jahr zahlte das Institut 10,8 Millionen Euro an Gewerbesteuer an die Kommunen. Seit 2000 wurden 61 Millionen Euro Gewerbesteuer gezahlt. Nimmt man die Körperschaftsteuer hinzu, erreichten die Steuerzahlungen in diesen Jahren 144 Millionen Euro.

Eine ganz wichtige Rolle spielen die Mitarbeiter, denn „sie sind die direkte Verbindung zum Kunden und geben unserer Sparkasse ein Gesicht“. Weil die demographische Entwicklung langfristig zu einem Mangel an jungen und gut ausgebildeten Fachkräften führen wird, achtet man besonders auf Ausbildung, Fortbildung, Qualifikation, Motivation, Mitarbeiterbindung und Mitarbeiterzufriedenheit. Ganz besonders wird auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie geachtet durch flexible Arbeitszeiten und verschiedene Arbeitszeitmodellen.

Wie Vorstandsvorsitzender Anton Hummer zusammenfassend darstellte, „stehen wir als Mitglied der Sparkassen-Finanzgruppe für die Werte, die unsere Gesellschaft zusammenhalten: Vertrauen, Sicherheit, das richtige Maß, Vernunft und Verantwortung.“ dhg.

Nach dem Dauerregen in Bayern:

Häuser gegen Hochwasser versichern

Von 3,7 Millionen Wohngebäuden in Bayern sind bei der Versicherungskammer Bayern über 99 Prozent versicherbar

Vollgelaufene Keller, überschwemmte Straßen, überspülte Uferwege – nach dem Dauerregen der jüngsten Vergangenheit herrschte in vielen Gebieten Bayerns Hochwasser-Chaos. Betroffen waren vor allem der Südwesten Bayerns (Fünf-Seen-Land und Allgäu), Mittelfranken und Gebiete an der Donau. Nach und nach entspannte sich die Lage, während in anderen Teilen Deutschlands wie Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg die Situation länger angespannt blieb.

„Hochwasser- und Überschwemmungskatastrophen sowie heftige Stürme als Folge des Klimawandels stellen für Gebäude eine steigende Gefahr dar“, sagt Dr. Franz Kühnel, Mitglied des Vorstands der Versicherungskammer Bayern. Nach wie vor ist Hausbesitzern oft nicht bewusst, dass ihr Gebäude nicht gegen alle Naturgefahren versichert ist. Viele haben zwar für die Gefahren Feuer, Hagel, Sturm und Leitungswasser eine Police abgeschlossen. Nur etwa jedes 20. Haus in Bayern ist aber gegen Naturgefahren wie Überschwemmungen (auch Starkregen), Hochwasser, Schneedruck und Lawinen versichert. Die Notwendigkeit, diese Existenzrisiken abzuschließen, wird von der Bevölkerung nach wie vor stark unterschätzt.

Die Gefahr, durch Hochwasser oder Sturm zu Schaden zu kommen, ist doppelt so hoch wie durch Feuer – auch abseits von Flüssen und Seen. Und: Starkregen ist inzwischen für 50 Prozent aller Überschwemmungsschäden verantwortlich. Warum sich so wenig Hausbesitzer gegen die Naturgefahren nicht versichern, liegt nicht daran, dass diese Häuser nicht versicherbar wären. Nur rund 2 Prozent aller Wohngebäu-

de sind bundesweit nicht versicherbar, bei der Versicherungskammer Bayern sind es sogar weniger als 1 Prozent. Das bedeutet, dass sich über 99 Prozent der Gebäudebesitzer in Bayern vor einem existenzbedrohenden Risiko versichern können.

Ein solcher Versicherungsschutz kostet im Durchschnitt nur 70 Euro im Jahr, das sind 6 Euro im Monat. Ein Rundum-Schutz – also für die Risiken Leitungswasser, Feuer, Sturm, Hagel und weitere Naturgefahren – liegt bei rund 300 Euro im Jahr.

Auf staatliche Hilfe können die Betroffenen in der Regel nicht bauen. Der Staat springt nur ein, wenn ein Gebäude nicht versicherbar gewesen wäre. Deshalb appelliert die Bayerische Staatsregierung bereits seit Anfang 2009 mit der Kampagne „Vorausdenken – elementar versichern“ an die Bürger, ihr Wohneigentum und ihren Hausrat umfassend gegen Schäden aus Naturgefahren abzuschließen. Haus- und Wohnungsbesitzer sowie Mieter sind gefordert, Eigenvorsorge zu betreiben. Dazu gehört vor allem auch der richtige Versicherungsschutz.

Weitere Informationen unter www.elementar-versichern.de □

Unimog im Gewässerschutz:

Vom Uferweg auf die Autobahn

Mercedes-Benz Unimog überzeugt bei der Flussmeisterstelle Dingolfing aufgrund von Vorzügen in Transport und Geländegängigkeit

Den verschiedenen Flussmeistereien des Wasserwirtschaftsamtes im niederbayerischen Landshut sind die Eigenschaften und Vorteile des Mercedes-Benz Unimog seit Jahrzehnten vertraut. Dennoch wurden vor der letzten Anschaffung eines Geräteträgers ausgiebige Tests mit Produkten unterschiedlicher Anbieter durchgeführt. Auf diese Art vergewisserten sich letztlich die Verantwortlichen der Flussmeisterstelle Dingolfing (bei Landshut) von den Systemvorteilen eines Mercedes-Benz Unimog wie zum Beispiel Gerätebaumöglichkeiten, Leistungshydraulik, Autobahnzulassung, Geländegängigkeit und Wendigkeit. Genau mit diesen Vorzügen präsentiert sich Unimog auch auf der diesjährigen IFAT.

Im täglichen Einsatz zahlen sich diese Vorteile durch deutlich günstigere Betriebskosten aus. Ewald Ammer, Leiter der Flussmeisterstelle Dingolfing, sieht heute die Rechnung mit dem neuen Unimog U 400 aufgehen. Das Fahrzeug wurde, nach einem kurzzeitigen „Ausflug“ zu einem Mitbewerberprodukt angeschafft, nachdem keines dieser Produkte richtig überzeugte.

„Wir sind bei jeder Neubeschaffung grundsätzlich angewiesen, uns im Rahmen der dafür vorhandenen und freigegebenen Haushaltsmittel zu bewegen. Dabei muss aber nicht nur der Einkaufspreis als wesentliches Kriterium gelten, sondern auch die Betriebskosten und Möglichkeiten eines Fahrzeugs im täglichen Einsatz müssen ins Kalkül gezogen werden“, sagt Ewald Ammer. Nach bisher über 1200 geleisteten Betriebsstunden zeigen sich, nach Darstellung Ammers, „bei den Betriebskosten wesentlich geringere Kosten als bei jedem vergleichbaren Traktor oder Lastkraftwagen“.

Die Flussmeisterstelle Dingolfing ist zuständig für die Unterhaltung von Isar, Vils, Vilstalsee sowie der Bauwerke (Schleusen und Wehre, Deichsile) an den Gewässern im Landkreis Dingolfing-Landau. Eine besondere intensive Herausforderung stellt dabei die Isar dar, die auf 25 Kilometern durch den Landkreis fließt und Bauwerke wie Deiche, Deichhinterwege, Uferwege, aber auch Wasserzläufe und Auwälder aufweist.

Portalachsen ideal beim Laden des Mähguts

Die Transportprofile im Einsatz der Flussmeisterstelle sind sehr unterschiedlich. Während im Ladewagenbetrieb meist mit niedrigster Geschwindigkeit gefahren werden muss, sind bei Transporten auf der Autobahn bis zu 80

km/h für Unimog und Ladewagen gefordert. Einen weiteren ausschlaggebenden Vorteil für die Dingolfinger Gewässerschützer stellen die Portalachsen des Unimog dar, die erheblich mehr Bodenfreiheit als herkömmliche Achssysteme bieten. Bei der Aufnahme des Mähguts mit Ladewagen erweist sich dies als sehr vorteilhaft. Eine umweltschonende Komponente des Unimog ist die heute schon selbstverständliche Euro-5-Abgasnorm mit BlueTec-Dieselmotor, die gerade bei Traktoren nicht gegeben ist. Die ökologischen Fortschritte verbinden sich hier klar mit den ökonomischen Vorteilen. Darüber hinaus ist nicht zu vergessen, dass alle Techniken und Komponenten eines Unimog aus der Großserie von Daimler Trucks stammen und dementsprechend auch erprobt sind. Ein Vorteil, den kaum ein anderer Fahrzeughersteller in dieser Breite aufweisen kann, denn schließlich ist Daimler der größte

Hersteller der Welt. Die Betreuung des wiedergewonnenen Unimog-Kunden, auch in Servicebelangen, erfolgt durch den Mercedes-Benz Unimog-Generalsvertreter Henne GmbH in Heimstetten bei München.

Allrounderfähigkeiten

Für Ammer gibt es keine Alternative zum Unimog, bei dessen unterschiedlichen Transporteinsätzen im Anhängerbetrieb in Kombination mit Anbaugeräten berücksichtigt worden sind. Die Unterstützung der Bautrupps an den Gewässern erfordert ein Fahrzeug, das von der Nutzlast und Geländegängigkeit die Fähigkeiten eines Allrounders bietet. □



Die Flussmeisterstelle Dingolfing setzt den neuen Unimog U 400 bei der Landschaftspflege ein – hier am malerischen Vilstalsee. □

30.000 Mercedes-Benz Citaro in zwölf Jahren:

Erfolgreichster Stadtbus aller Zeiten

Jubiläumsbus ist ein Citaro G mit umweltfreundlichem Erdgasantrieb

Nach nur zwölf Produktionsjahren ist bereits der 30.000 Mercedes-Benz Citaro ausgeliefert worden. Eine Stückzahl, die bei Stadtbussen einmalig ist und für den ganzheitlichen Erfolg eines flexiblen Baukastens steht. Jüngst übergab Michael Göpfarth, Geschäftsführer Vertrieb Mercedes-Benz Omnibusse EvoBus GmbH, im Mannheimer Omnibuswerk der Daimler AG das Jubiläumsfahrzeug an Walter Rathberger und Erich Haider, Vorstandsdirektoren und Geschäftsführer der Linz Linien GmbH.

Dabei lobte er insbesondere die Fähigkeit des Citaro, sich wandelbar und über all die Jahre hinweg modern zu präsentieren. „Der Citaro hat es immer verstanden, bei Linienbussen die Trends zu setzen. Kontinuierlich fließen in seine Produktion technische und visuelle Weiterentwicklungen mit ein. Sie führen in den Verkehrsbetrieben zu einem Höchstmaß an Wirtschaftlichkeit, Zuverlässigkeit, dem Fahrgast bieten sie ein attraktives Beförderungsmittel. Nahezu alle erdenklichen Kundenwünsche kann der Citaro abbilden.“

Der Großteil der 30.000 pro-

duzierten Citaro kommt aus dem Mercedes-Benz Bus-Werk in Mannheim, wo der Citaro bereits seit 1998 gebaut wird. Ende 2009 haben hier 3.530 Beschäftigte auf einer Produktionsfläche von 141.000 Quadratmetern Mercedes-Benz Stadt-, Überland- und Reisebusse der Marke mit dem Stern gebaut.

Erfolgsparameter Variantenvielfalt

Tatsächlich gleicht fast kein Fahrzeug dem anderen. Das liegt zum einen an der Variantenvielfalt und zum anderen am hohen

Individualisierungsgrad des Citaro. Mit Produktionsbeginn im Jahr 1998 zeigte der Citaro eine Variationsbreite an Stadt- und Überlandbussen in unterschiedlichen Längen und Ausstattungsvarianten, wie sie bisher bei Niederflur-Linienbussen unbekannt war. Die Modellpalette umfasst heute 28 verschiedene Bauvarianten. Die Spanne reicht vom kompakten Citaro K mit 10,5 m Länge bis zum vierachsigen, 19,54 m langen Großraum-Gelenkbus CapaCity, der ebenfalls aus dem Citaro-Baukasten abgeleitet wurde. Mit diesem einzigartigen Angebot deckt der Citaro den kompletten Beförderungsbedarf der ÖPNV-Busunternehmen im Stadt- und Überland-Linienverkehr lückenlos ab.

Die hohe Aktualität und Zukunftsfähigkeit des Citaro unterstreichen neben dem fortwährend weiterentwickelten An-

trieb mit Dieselmotor spektakuläre Fahrzeuge mit Alternativen: Im Jahr 2010 läuft der Hybrid-Gelenkbus Citaro G BlueTec Hybrid in einer kleinen Serie vom Band. Darauf aufbauend werden parallel erste Stadtbusse mit Brennstoffzellen-Hybridantrieb den Verkehr aufnehmen. Dieser Citaro FuelCELL-Hybrid weist den Weg zum emissionsfreien Antrieb von morgen.

Citaro: Bus of the Decade

Der Citaro hat es bis heute verstanden, Modernität und Innovation zu repräsentieren. Sein Erfolgsrezept ist einfach: Es gilt, die Bedürfnisse der Kunden widerzuspiegeln. Der ersten Citaro-Generation folgte Ende 2005/2006 die zweite. Unter anderem verstand sie es mit neuer Achskonstruktion und einem komplett überarbeiteten „Gesicht“ von Beginn an zu punkten. Bis heute hat der Citaro den Schwung seines Entwicklungsmotors aufrechterhalten. Davon sind nicht nur die Kunden überzeugt. Auch Journalisten, unabhängige Sachverständige und vor allem Fahrer schätzen seine Eigenschaften. So gewann er beispielsweise 10 Mal den Leserpreis des ETM Verlags „Nutzfahrzeug des Jahres“. Die Leser der Zeitschrift „Busfahrer“ kürten ihn zum „Besten Bus des Jahres 2009“, die Dekra verlieh ihm den Umweltpreis, das Baden-Württemberg Umweltamt gar den F-Cell Award und eine internationale Jury wählte ihn zum „Bus of the Year 2007“.

Unlängst schrieb die Fachzeitschrift Omnibusrevue anlässlich des Bus Euro Tests: „Der Mercedes-Benz Citaro stellt die Messlatte dar, an der sich der Rest der Branche zu orientieren hat“. Kein anderes Fahrzeugkonzept prägt den Omnibusmarkt so wie der Citaro. Er ist zweifelsohne der „Bus of the Decade“.

Der 30.000ste Citaro Erfolgsbus ist ein Abbild seiner eigenen Erfolgsparameter: flexibel, modern, umweltfreundlich und fahrgastorientiert. Das silbermetall-

lackierte und verkehrsorange abgesetzte Fahrzeug – ein Citaro G CNG – ist mit einem umweltfreundlichen Erdgasmotor ausgestattet. Der Motor M 447 (h)LAG mit 240 kW erreicht ohne Partikelfilter die Abgasnorm EEV (Enhanced Environmentally friendly Vehicle). Die freiwillige EEV-Abgasnorm erfüllt den gegenwärtig anspruchsvollsten europäischen Abgasstandard, dessen Grenzwerte unter denen der Euro 5-Norm liegen. Schon im Jahre 1998 konnten Kunden den alternativen CNG-Antrieb aus dem Baukasten für ihren Citaro ordern.

Der helle und freundliche Innenraum des 4-türigen Citaro verfügt über eine Innenraum- und Türüberwachung. Zwei Türkameras, an Tür 3 und Tür 4, senden die Bilder an einen TFT-Monitor am Fahrerarbeitsplatz. Dieser Monitor hat zudem die Aufgabe, bei Rückwärtsfahrten das Bild der Rückfahrkamera wiederzugeben. Der gesamte Fahrerarbeitsplatz ist durch eine Fahrerkabine vom Fahrgastraum getrennt. Die Klimatisierung von Fahrerarbeitsplatz und Fahrgastraum lässt sich über die Dachklimaanlage getrennt voneinander regeln.

Die Haltestelleninnenanzeige übernehmen zwei 48,26 cm große TFT-Monitore im Vorder- und Hinterwagen. Aufgeschaltet auf den IBIS-Bordrechner werden Informationen zum Linienverlauf und des nächsten Haltepunktes angezeigt. Das IBIS ist neben der Steuerung der Fahrgastinformationssysteme auch für die Beeinflussung der Lichtsignalanlagen verantwortlich. Die Betriebsleitstelle kann akustische oder visuelle Mitteilungen direkt einem oder allen Fahrzeugen auf der Linie übertragen. Mittels GPS wird die genaue Position des Fahrzeugs bestimmt, ausgewertet und an die Fahrgastinformationstafeln an den Haltestellen übertragen. So werden die Fahrgäste an den Haltestellen in Echtzeit über die genauen An- und Abfahrtszeiten informiert. □



Von links: Michael Göpfarth, Geschäftsführer Vertrieb Mercedes-Benz Omnibusse EvoBus GmbH und Walter Rathberger, Vorstandsdirektor und Geschäftsführer der Linz Linien GmbH. □

Der Unimog. Einer für alles.

Mehr Wirtschaftlichkeit im Ganzjahreseinsatz.

Ob mähen, räumen, streuen, fräsen, reinigen oder transportieren, ob im Sommer oder im Winter: Der Mercedes-Benz Unimog ist 365 Tage im Jahr flexibel einsetzbar. Mit bis zu vier An- und Aufbauräumen und Schnellwechselsystem sind Anbaugeräte schnell und einfach ausgetauscht. Dabei ist der Unimog äußerst verbrauchsgünstig unterwegs. Informieren Sie sich jetzt bei Ihrem Unimog Partner oder unter: www.mercedes-benz.de/unimog

IFAT 2010

Erleben Sie den Unimog live vom 13.09. – 17.09. in München, Halle C4, Stand Nr. 321



Mercedes-Benz





Bis Ende November bietet Lindner 2.000 Euro Eintauschhilfe beim Kauf eines neuen Geotrac- oder Unitrac-Modells. □

Lindner startet Eintauschaktion:

Geld für Traktor

Bis Ende November bietet der Tiroler Landmaschinenspezialist Lindner 2.000 Euro Eintauschhilfe für alle Geotrac- und Unitrac-Modelle. Dazu gibt's zwei Jahre Garantie auf alle neuen Fahrzeuge. Unter anderem mit diesem Angebot ist Lindner auch auf der diesjährigen GaLaBau vertreten.

Fast in jeder Kommune Bayerns stehen Traktoren derzeit im Einsatz. Viele davon sind älter als 20 Jahre. Mit einer attraktiven Aktion fördert das Familienunternehmen Lindner jetzt die Modernisierung in der kommunalen Fahrzeugausstattung. „Bis Ende November bieten wir 2.000 Euro Eintauschhilfe beim Kauf eines neuen Geotrac- oder Unitrac-Modells“, erläutert Geschäftsführer Hermann Lindner. „Unsere Fahrzeuge stehen für Qualität. Deswegen gewähren wir im Rahmen der Eintauschaktion zwei Jahre Garantie auf neue Fahrzeuge.“

Innovationsführer Lindner bürgt für Qualität und Effizienz – das zeigt auch das neue Lind-

ner efficient power program epp. „Mit diesem Technologieprogramm wollen wir die Effizienz in der Berg- und Grünlandwirtschaft weiter erhöhen“, sagt Lindner. Die Geotrac-Serie 4 enthält bereits wesentliche Elemente des neuen Programms.

Automatisierung

Das Spektrum reicht von der Getriebetechnik über die Hydraulik bis zur Motorisierung. So verfügen die sparsamen 3-Zylinder-Turbodieselmotoren über ein hohes Drehmoment. Die verbrauchs-optimierten 4-Zylinder-Turbodieselmotoren überzeugen durch Common-Rail-Technologie und kraftvollen Anstieg des Drehmo-

Großkarolinenfeld:

Moderne Urnenwand-Anlage

Mit dem Wegfall der als Abgrenzung dienenden Thujenhecke auf dem gemeindeeigenen Friedhof in Großkarolinenfeld entschied sich die Gemeindeverwaltung für den Bau einer Urnenwand aus Vollgranit in Kombination mit Gabionen und hat mit der Firma Weiher ein beeindruckendes Projekt verwirklicht.

Mit dem Ergebnis sind alle Beteiligten hoch zufrieden. Denn die rund 6.000 Einwohner zählende Gemeinde im Landkreis Rosenheim kann mit der modernen und sich harmonisch ins bestehende Friedhofsbild eingepassten Urnenwandanlage aus Naturstein dem immer häufiger auftretenden Wunsch nach pflegeleichten Grabstätten nachkommen.

Stimmiges Konzept

Die frühere 52-Meter lange Thujenhecke an der südlichen Grenze des Friedhofs konnte nicht mehr saniert werden. Alter-

ments. Stichwort Kühlsystem: Die eingebauten Visco-Lüfter werden nur bei Bedarf aktiviert. Darüber hinaus setzt Lindner auf eine bedarfsgesteuerte Getriebeölkühlung. Die Vorteile: Die Motoren erreichen schneller ihre Betriebstemperatur.

In puncto Getriebetechnik wird angemessene Automatisierung groß geschrieben. Höchste Effizienz und Sicherheit für Berg- und Grünlandeinsätze wird durch mechanische Getriebe erreicht, beim Geotrac 94 ist die aus dem Unitrac bekannte Sicherheitssperre verfügbar. Die 4-fach Zapfwelle gewährleistet immer die passende Drehzahl für das verwendete Gerät. □

native Gestaltungskonzepte waren gefragt. Nach dem Konzept der in Großkarolinenfeld ansässigen Garten- und Landschaftsbaufirma Berner sollte ein modern-filigran anmutendes und versetzt angeordnetes Urnenwand-Gabionen-Konzept aus Naturstein gebaut werden. Für die Realisierung überzeugte die Verantwortlichen von Großkarolinenfeld dann das Weiher-Würfelsystem, das allen Anforderungen gerecht werden konnte: massive Natursteinwürfel, nicht sichtbares Verschlussystem, die Möglichkeit für eine Erweiterung zu einem späteren Zeitpunkt, die individuelle Gestaltungsmöglichkeit und die farblich harmonische Einpassung in das Gesamtkonzept.

Würfelsystem

Das Würfelsystem mit seiner immens großen Sorten- und Farbvielfalt aus 40 x 40 x 40 cm Quadern ist zur modularen Bauweise und somit für jede Aufbauvariante entwickelt. Im Gegensatz zu herkömmlichen Urnenwand- und Urnenstelensystemen basiert es auf der Kombination zweier unterschiedlicher Materialien mit gleichem Ausdehnungskoeffizienten: das Trägermaterial FORTIS-1010 auf den Innenseiten und Vollgranit auf den Außenseiten. Durch die Verwendung dieser speziellen Materialkombination und der Oberflächenkonservierung mit Nanotechnologie halten die Weiher-Würfelsysteme garantiert über Jahrzehnte hinweg je-

dem Wetter stand.

Eine Urnenwand oder Urnenstelensanlage prägt über viele Jahrzehnte das Erscheinungsbild eines Friedhofs. Daher ist es der Firma Weiher wichtig, den Friedhofsverantwortlichen zuverlässiger Partner für erfolgreiche zukunftsorientierte Friedhofskonzepte zu sein. Als Gesamtdienstleister mit Komplettservice bietet sie von der Einzelleistung bis zur Gesamtlösung alles aus einer Hand..

In einem beeindruckenden Ensemble wurde in Großkarolinenfeld die über 50 Meter lange Anlage versetzt angeordnet gebaut. Zwischen Gabionen und Thujen eingebettet befinden sich die Urnenwände mit 40 Nischen und acht Familiennischen in Vollgranit „Impala“ – einem schwarzen Granit mit ruhiger grauer Maserung. Ein Würfel bietet Platz für die Aufnahme von zwei Schmuckurnen oder alternativ bis zu drei Aschenkapseln. Die Familiennischen sind mit bis zu sechs Urnen belegbar. Die Türen selbst

sind aus dem gleichen Material gefertigt und haben einen nicht sichtbaren Spezialverschluss. Die Wände erhielten eine drei cm starke, polierte und an den Kanten gefasste Abdeckplatte aus gleichem Material. Unter der Regie der Firma Garten- und Landschaftsbau Berner wurden die Fundamente, die Gabionen und die Weggestaltung hergestellt.

Partner mit Kompetenz

Dipl.-Ing. Joachim Berner ist von der modernen Urnenwand-Natursteinanlage aus Granit, von dem Finish der Oberflächen und dem nicht sichtbaren Verschlussystem begeistert. Alle die in der Planung geforderten gestalterischen Ziele konnten durch die modulare Bauweise mit dem Weiher-Würfelsystem komplett umgesetzt werden. Joachim Berner: „Großkarolinenfeld besitzt heute eine absolut langlebige, witterungsbeständige und pflegeleichte Urnenwandanlage aus Granit harmonisch eingebettet in Gabionen und Thujen. Die Firma Weiher war uns in der Projektverwirklichung ein zuverlässiger Partner mit Kompetenz und Praxiserfahrung.“ □



Harmonisch ins bestehende Friedhofsbild eingepasst – das Urnenwand-Gabionen-Ensemble auf dem Friedhof in Großkarolinenfeld bei Rosenheim. □

Wacker Neuson und Kramer Allrad auf IFAT und GaLaBau:

Vielseitig einsetzbar

Kompaktbaumaschinen für Einsätze in Kommunen und Recyclingbetrieben

Auf der IFAT 2010 in München und auf der GaLaBau in Nürnberg werden Wacker Neuson und Kramer Allrad die Produktvielfalt der kompakten Baumaschinen präsentieren. Neben dem Wacker Neuson Zero Tail Bagger 38Z3, der vor allem für Kommunen sehr interessant ist, werden allradgelenkte Radlader, ein Teleradlader und Teleskopen gezeigt.

Gerade Kommunen brauchen vielseitig einsetzbare Maschinen, um eine maximale Wirtschaftlichkeit zu erreichen. Wacker Neuson bietet hier mit dem Kompaktbagger 38Z3 einen universell einsetzbaren und äußerst flexiblen Helfer für kommunale Betriebe aller Größen. Die Radlader von Kramer Allrad erfreuen sich seit Jahrzehnten großer Beliebtheit in Autobahn- und Straßenmeistereien, sowie in kommunalen Bauhöfen. Die verschiedenen Ausstattungsmöglichkeiten und Anbaugeräte machen die Lader zu Ganzjahresmaschinen. Kramer Allrad bietet zudem Radlader mit teleskopierbarer Ladeanlage, die gerade im Einsatz mit einer Arbeitsbühne optimal für verschiedene Arbeiten innerhalb der Kommunen genutzt werden können. Das gesamte Sortiment kompakter Baumaschinen wird im Freigelände der IFAT zu sehen sein.

Vielfalt, die bewegt

Unter dem Motto „Vielfalt, die bewegt“ präsentiert der Wacker Neuson Konzern auf der GaLaBau vom 15. bis 18. September 2010 in Nürnberg sein umfangreiches Angebot für den Garten- und Landschaftsbau.

Im Bereich der leichten Baugeräte stehen neue Vibrationsplatten im Vordergrund, die auf jeder Galabau-Baustelle ihr Einsatzgebiet haben. Die Platten der

ger, Handgelenk und Lendenwirbel wird reduziert. Das Gerät wurde daher von der Bau-Berufgenossenschaft mit dem EuroTest-Preis 2010 ausgezeichnet.

Die Vorteile der Kramer Radlader und Kompaktteleskopen kommen gerade auf den oft sehr engen Galabau-Baustellen besonders gut zur Geltung. Der ungeteilte Rahmen und die Allradlenkung machen die Maschinen besonders wendig und standsicher. Sie haben einen Lenkeinschlag von 2x40° und kommen somit auf jede Baustelle. Da die Anschaffung von branchenspezifischen Anbaugeräten, wie Ballenstecher, Erdbohrer oder Pflasterverleegerät oft sehr kostenintensiv ist, bietet Kramer für seine Radlader den hydraulischen Schnellwechsler an, der seit 40 Jahren die gleichen Aufnahmepunkte hat. So können alle Anbaugeräte auch für Nachfolgemodelle genutzt werden. □



Ein Kramer Allrad mit Teleskoparm im Einsatz. □

**DIE STARKEN
TIROLER PARTNER**

epp
efficient power program



**€ 2.000,-* EINTAUSCHHILFE
+ 2 JAHRE GARANTIE**

*Inkl. 19% MwSt. Gilt für alle Geotrac- und Unitrac-Neufahrzeuge von 1.8. bis 30.11.2010.

Lindner

TRAKTORENWERK LINDNER GMBH
Ing.-Hermann-Lindner-Str. 4, 6250 Kundl/Tirol
Tel. +43 5338 74 20-0, Fax-DW 333
www.lindner-traktoren.at



110 Knicklenker mit unterschiedlichen Aufbaugeräten hat die Stadt St. Petersburg für ihren Kommunaleinsatz bei der Metzinger Firma Holder geordert.

Holder gewinnt größten Auftrag der Firmengeschichte

Das Traditionsunternehmen Max Holder gewann im Juni dieses Jahres eine Ausschreibung der russischen Stadt St. Petersburg über insgesamt 110 Knicklenker mit verschiedenen Aufbaugeräten für den Winter- und Sommerdienst. Monatlang arbeitete man in der Metzinger Firma auf Hochtouren, um den Großauftrag pünktlich abzuliefern.

„Dies ist der größte Auftrag in der gesamten Firmengeschichte von Holder“, sagt Geschäftsführer Andreas Vorig nicht ohne Stolz. Denn er war es, der gemeinsam mit Gesamtvertriebsleiter Karl-Wilhelm Hundert-

mark den Auftrag unter Dach und Fach gebracht hat. „Dass wir diese Ausschreibung gewinnen konnten, zeigt, dass der Trend in der kommunalen Reinigungswirtschaft ganz klar zum System Holder geht.“ Insgesamt

hat St. Petersburg 110 Maschinen bestellt, sieben Stück des Allrounders M 480 und vierzig Stück des kompakten C 245. Der M 480 wurde mit insgesamt drei Aufbaugeräten für alle vier Jahreszeiten geliefert.

Zur rechten Zeit am rechten Ort

Ende März dieses Jahres reisten Karl-Wilhelm Hundertmark

und Andreas Vorig nach Moskau, um Merkator International, den neuen Vertriebspartner für Holder in Russland, zu besuchen. Genau in dieser Zeit erfuhr Merkator von der Ausschreibung aus St. Petersburg. „Wir waren zur rechten Zeit am rechten Ort“, resümiert Andreas Vorig. „Da wir außerdem eine Vorführmaschine in Russland hatten, konnten die Kunden die Funktionalität und Robustheit des Geräteträgers unter härtesten Bedingungen im russischen Winter testen.“

Begeistert von der Flexibilität

Merkator war begeistert von dem flexiblen Geräteträger mit verschiedenen Anbaumöglichkeiten. Denn dieses vielseitige Maschinenkonzept war dort bisher noch völlig unbekannt. Auch konnte Holder mit seinen übrigen Vorteilen punkten, wie der Knicklenkung und dem echten Allradantrieb, der besonders im Winterdienst unentbehrliche Dienste leistet. Die hohe Qualität der Metzinger Knicklenker sorgt außerdem für eine lange Lebensdauer und damit für geringere Reparaturkosten und weniger Standzeiten. Das schont auf lange Sicht den Stadtsäckel. „Wer rechnen kann, kommt um Holder nicht herum“, ist Andreas Vorig überzeugt. „In der Anschaffung kostet ein Holder vielleicht etwas mehr als andere, aber auf lange Sicht ist er deutlich wirtschaftlicher.“

Zuverlässige Partnerschaft

Produziert wurde der Großauftrag in Metzingen seit Juni dieses Jahres. Nun gingen 111 Holder vom schwäbischen Met-

Vorfürungen im eigenen Weinberg

Holder eröffnete Kundencenter am Metzinger Firmensitz

Stolz präsentieren die Holder-Mitarbeiter das neue Kundencenter des Unternehmens, das im Frühsommer feierlich eröffnet wurde. Unter den Ehrengästen waren auch Metzingers Oberbürgermeister Dr. Ulrich Fiedler, sowie der 1. Bürgermeister Dietmar Betz.

Das 900 m² große Kundencenter soll in Zukunft nicht nur als Präsentationsfläche der Holder Fahrzeuge dienen, sondern auch als Begegnungsstätte zwischen Holder-Interessierten, Kunden, Lieferanten und Mitarbeitern. Komplettiert wird das neue Angebot durch einen Demo-Parcours für Holder Fahrzeuge.

„Das Kundencenter repräsentiert das neue Unternehmensgesicht von Holder“, sagte Andreas Vorig, Geschäftsführer der Max Holder GmbH in Metzingen. Das moderne Kundencenter umfasst Ausstellungsflächen für eine Vielzahl neuer Geräteträger, einen großzügigen Schulungsraum und eine Cafeteria. Diese ist für Mitarbeiter und Kunden gleichermaßen zugänglich und soll den Austausch zwischen allen Holder-Fans und denen, die es noch werden wollen, fördern.

Test unter Echteinsetz-Bedingungen

Holder-Oldtimer sowie eine historische Galerie mit Ausstellungsstücken aus der Holder-Geschichte erinnern an vergangene Jahrzehnte und an die vielen technischen Innovationen des Traditionsunternehmens. „Wir möchten, dass unsere Kunden von uns und unseren Maschinen überzeugt sind“, sagt Vorig. Deshalb präsentiert man nicht nur das aktuelle Programm; sondern ermöglichte im neuen Holder Demo-Parcours den gründlichen Test der Fahrzeuge im Einsatz unter realen Bedingungen. Mit einem kleinen Weinberg mit Rebstöcken machte man den Anfang. Derzeit kommen noch bepflanzte Böschungen, eine Treppe sowie ein Steingarten hinzu. Außerdem wurde eine asphaltierte Fläche angelegt, um die Geräteträger dann auch unter kommunalen Einsatzbedingungen vorführen und testen zu können. „Mit diesen Einrichtungen setzt Holder konsequent neue Impulse für einen optimalen Vertrieb und Kundenservice“, sagte Andreas Vorig. „Wir möchten alle Interessenten einladen, intensiv von diesem vielseitigen Angebot Gebrauch zu machen.“

Urbane Stadtgestaltung:

Cooler Spielen für Jugendliche in der City

Attraktive Sonderschau auf der PLAYGROUND

Vom 15. bis 18. September 2010 findet die PLAYGROUND im Rahmen der internationalen Fachmesse GaLaBau statt. In der ausgebauten Halle 1 des Messezentrums Nürnberg geht es um den Bau und die Pflege von Spielplätzen. Rund 100 Hersteller von Spielplatzgeräten und Freizeitanlagen zeigen dort ihre Neuheiten. Neu ist die Sonderschau „Spielpunkte - modernes Spielen in der City“, die Ideen für Spielplätze für Kinder und Jugendliche ab elf Jahren zeigt.

Es gibt Kleinkinderspielplätze, „normale“ Spielplätze, Mehrgenerationenplätze und Seniorenplätze: Jugendliche finden sich nirgendwo richtig wieder. Besagte Altersgruppe möchte nicht wirklich auf einem „Spielplatz“ spielen - das ist uncool. Nicht „fett“, wie es in der Jugendsprache heißt.

Insbesondere Städte sollten abwechslungsreiche Spielräume bieten und für alle Altersgruppen lebenswert bleiben, so der Bundesverband der Spielplatzgeräte- und Freizeitanlagen-Hersteller (BSFH), der zusammen mit der Fachzeitschrift Playground@Landscape die Sonderschau „Spielpunkte - modernes Spielen in der City“ auf dem Messe-Fachteil PLAYGROUND initiiert hat. Die Sonderschau stellt neue zukunftsweisende Aspekte dieses Themas vor und wirft folgende Fragen auf: Wie sieht ein wirklich guter und ansprechender Spielplatz für Kinder und Ju-

gendliche ab etwa elf Jahren aus? Ist „Chill Out Area“ für einen solchen Platz ein adäquater Name? Kann man mit altersgerechten „Freizeitplätzen“ Lange-

Fachtagung in Heidelberg:

Inwertsetzung von Grünanlagen

Instrumentarien zur Erfassung des ökonomischen Potentials von Grün

Grünanlagen erfüllen nicht nur soziale und ökologische Funktionen, sondern sind auch als struktureller Bestandteil des öffentlichen Raums eine wesentliche Komponente der Stadtentwicklung. Ihr Leistungspotential schließt beachtliche, jedoch schwer messbare ökonomische Effekte ein. Dabei wird die wertsteigernde Bedeutung von Grünflächen auf Immobilien und Stadtquartiere völlig unterschätzt und in der politischen Entscheidungsfindung zu wenig Platz eingeräumt. Der bislang fehlenden Nachweis der Wertsteigerung kann durch ein nun abgeschlossenes Forschungsvorhaben geleistet werden.

Entscheidungshilfen für Kommunen

Die Tagung „Inwertsetzung von Grünanlagen - Instrumentarien zur Erfassung des ökonomischen Potentials von Grün“ basiert auf den Ergebnissen dieser Forschungsarbeit. Sie bietet den Kommunen jeglicher Größenordnung Eckdaten und Entscheidungshilfen, die für die Bewer-

weile entgegenwirken und so auch einen Beitrag zum Beispiel gegen Vandalismus leisten? Investitionen der Kommunen würden sich rechnen.

Move@Chill ist es, was Jugendliche von einem „Spielplatz“ für ihre Altersgruppe erwarten. Mehr Move@Chill finden Interessierte auf dem Fachteil PLAYGROUND im Rahmen der GaLaBau 2010, Halle 1, Messestand 1-415.

tung von Frei- und Grünflächen sowohl aus städtebaulicher als auch aus kommunalwirtschaftlicher Sicht herangezogen werden können. Eine besondere Bedeutung kommt hierbei den Grünflächenämtern als planende und Qualität sichernde Institutionen zu. Ausgehend von den Ergebnissen des Forschungsvorhabens und den Zielsetzungen der Stiftung Grüne Stadt präsentiert die Tagung erfolgreiche Praxisbeispiele und Bewertungsmethoden. Auf politischer Ebene bieten die Ergebnisse den Verantwortlichen eine Argumentationshilfe für Investitionen in das Freiflächensystem. Angesprochen sind all jene, die in den Fachämtern und -abteilungen tätig sind sowie Landschaftsarchitekten, und weitere Planende, Landschaftsgärtner, Personen aus der Bauwirtschaft und politische Entscheidungsträger. Die Tagung findet in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft der Gartenamtsleiterinnen und -leiter beim Städtetag Baden-Württemberg am 27. Oktober 2010 in Heidelberg statt.

Weitere Informationen unter: www.gartenakademie.info

zingen auf die Reise ins ferne Russland. Dort wurde der Ablauf vom Importeur Merkator International koordiniert. „Mit Merkator haben wir einen starken Partner

vor Ort, der über ein gutes Vertriebsnetz und Kontakte verfügt“, sagt Hundertmark. „Wir freuen uns auf eine weitere erfolgreiche Zusammenarbeit.“

SCHON GESEHEN? DER NEUE HOLDER C 270 KOMMT

Besuchen Sie uns auf der Galabau, Halle 9, Stand 109

www.max-holder.com

HOLDER
KEINE KOMPROMISSE

IHR GEBIETSVERKAUFSLEITER:

- Werner Kraus
90449 Nürnberg
Telefon: 0171 5800444
w.kraus@max-holder.com
- Degner Agrartechnik GmbH
95032 Hof
Telefon: 09281 75740
degner-agrartechnik@t-online.de
- Jordan Motorgeräte
90530 Wendelstein / Nürnberg
Telefon: 09129 4717
info@jordan-motorgeraete.de
- Alfred Wirth GmbH
86675 Buchdorf
Telefon: 09099 96660
info@wirth-landtechnik.de

IHRE KOMPETENTEN STÜTZPUNKTHÄNDLER:

- Kalinke Vertriebs GmbH
82335 Berg/München
Telefon: 08171 43800
verkauf@kalinke.de
- Wilhelm Mayer GmbH & Co.KG
89231 Neu-Ulm
Telefon: 0731 97560
rene.senser@wilhelm-mayer.com
- Wohlgift GmbH
88239 Wangen
Telefon: 07522 97150
richard.karg@kno-wo.de

Verkäufe

Bergmeister Hieble-653

72 PS, Bj. 04, 741h, FL-Stoll Robust F4, 40 km/h, Zapfw. 540/750/1000/1400, Ber. 600/50-22,5

Same Solaris 55 DT

48 PS, A, FH, 30 km/h, KL, HZ, Einhebelsteuerger., Schneeschild 2,00m hydr. schwenkbar => Neu!

Landtechnik
GRUBER
Wasentegernbach

Telefon-Nr.: 08082/93 00 - 0
Internet: www.gruber-kg.de

Das Investitionsgut der Zukunft:

Klimawandel macht Wasser zur knappen Ressource

Weltleitmesse IFAT ENTSORGA zeigt Lösungen für den schonenden Umgang

Wasser ist das Öl des 21. Jahrhunderts. Nicht als Energieträger, sondern als Handelsware und als Konfliktstoff. Am 28. Juli 2010 hat die UN den Anspruch auf sauberes Wasser zum Menschenrecht erklärt. Der Wassermangel steht auf der Liste jener Probleme, die die Menschheit im 21. Jahrhundert vorrangig lösen muss. Bevölkerungswachstum, Industrialisierung und Klimawandel machen Wasser zu einem immer wertvolleren Rohstoff. Bereits heute haben 1,2 Milliarden Menschen – ein Sechstel der Weltbevölkerung – keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser.

2,6 Milliarden Menschen verfügen nicht über sanitäre Einrichtungen mit Anschlüssen an eine öffentliche Wasser- und Abwasserversorgung. Zwei Drittel aller Krankheiten in Entwicklungsländern sind auf verunreinigtes Wasser zurückzuführen. Hinzu kommt, dass sich die globale Niederschlagsmenge im Zuge des Klimawandels dramatisch verändern wird: Afrika zum Beispiel werde in den kommenden Jahrzehnten unter vermehrter Dürre leiden, kündigt der Klimafolgenforscher und Vorsitzende im Weltklimarat Prof. Dr. Ottmar Edenhofer an. Die Agrarproduktion in Afrika werde in der Folge dramatisch einbrechen, der Kontinent in den nächsten 50 Jahren zu einem Nettoimporteur von Nahrungsmitteln werden – mit dramatischen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen.

Water Footprint: Wie viel Wasser verbrauchen wir wirklich?

In unseren Breiten sind solche Szenarien kaum vorstellbar, der Vorrat an sauberem Wasser scheint endlos. Der Durchschnittsverbrauch von circa 130 Litern Wasser pro Person und Tag wirkt da fast moderat. Der Haken: In Wirklichkeit verbraucht jeder Deutsche gut 30mal so viel, nämlich rund 4.000 Liter – und das Tag für Tag. Auskunft über den tatsächlichen Wasserverbrauch gibt der sogenannte Water Footprint, der persönliche Wasser-Fußabdruck (www.waterfootprint.org), veröffentlicht von der Nicht-Regierungsorganisation Water Footprint Network. Er listet auf, wie viel Wasser nötig war, um alle Produkte des täglichen Gebrauchs zu produzieren.

Umfassender Paradigmenwandel nötig

Nur ein Beispiel: Für die Produktion eines einzigen Kilogramms Rindfleisch – von der Aufzucht bis hin zur Verarbeitung – sind rund 15.500 Liter Trinkwasser nötig. Angesichts der Tatsache, dass die Weltbevölkerung rapide wächst und in vielen Regionen der Erde Wohlstand und Fleischverbrauch zunehmen, liegt die Notwendigkeit eines umfassenden Paradigmenwechsels auf der Hand. Verschärfend kommt hinzu, dass viele Produkte mit einem großen Wasser-Fußabdruck gerade in Ländern mit latentem Wassermangel hergestellt werden.

100 Liter für 1 Dollar

Auch Industrieerzeugnisse haben einen Wasser-Fußabdruck. Im globalen Mittel liegt er bei 80 Litern pro Dollar Gegenwert. Um ein Auto im Wert von 20.000 Dollar zu produzieren, werden also durchschnittlich 160.000 Liter Wasser verbraucht – mit großen regionalen Unterschieden: Während beispielsweise in den USA 100 Liter Wasser den Wert von einem Dollar haben, haben zum Beispiel in Deutschland und den Niederlanden nur 50 Liter den Wert von einem

Dollar. In China und Indien sind es gar nur 20 bis 25 Liter. **Technologien gegen die drohende Wasserkatastrophe** Neue Lösungsansätze für die drängendsten Herausforderungen des globalen Wassermanagements werden vom 13. bis 17. September auf der IFAT ENTSORGA, der Weltleitmesse für Wasser-, Abwasser-, Abfall- und Rohstoffwirtschaft auf dem Messegelände München vorgestellt. Über 2.620 Unternehmen aus mehr als 44 Ländern zeigen dort zum Beispiel, wie Meerwasser mit Hilfe neuartiger Filtertech-

nologien aufbereitet wird oder wie Brunnen bis in eine Tiefe von 1.200 Metern saniert werden können.

Einsparpotential

Gigantisches Trinkwasser-Einsparpotential liegt auch in der Verringerung von Netzverlusten: Allein in London versickern täglich über 900 Millionen Liter Trinkwasser ungenutzt – nur auf Grund eines maroden Leitungssystems. In Deutschland summieren sich die Wasserverluste auf 500 Milliarden Liter pro Jahr – eine Menge, mit der man ganz Berlin sieben Jahre lang mit Trinkwasser versorgen könnte. Nachhaltiges Wassermanagement ist längst auch ein

Bad Griesbach:

Neuer Kurgast-Linienbus

Geräumiges Fahrzeug aus holländischer Produktion mit Rollstuhl-Hilfen
Persönlicher Service mit Zwei-Stunden-Takt

Als aufstrebende, geradezu auf einer Erfolgswelle schwimmenden Kurstadt schickten die Politiker der niederbayerischen **Therme Bad Griesbach auch einen Kurgast-Linienbus auf Fahrt.** „Das war halt notwendiger Service für unsere Kurgäste“, erinnert sich Kurdirektor Martin Mayer auch an verschiedene Experimente mit stadteigenen Fahrzeugen, auch mit einem von Volksfesten und Ausflugsorten bekannten „Lindwurm“.

Doch angesichts gesunkener Kurgast-Zahlen und damit verbundener Einnahme-Rückgänge betreibt Bad Griesbach beim Stadtbus längst einen Sparkurs: Bei 1,5 Millionen Euro Kurbeitrag und einer halben Million Euro Fremdenverkehrsabgabe waren in den vergangenen Jahren nur noch 180.463, dann 135.000 und 124.457 Euro Stadtbus-Kosten finanzierbar. Und außerdem hat sich die Kurstadt bereits vor Jahren vom stadteigenen Betrieb verabschiedet, so dass Privatunternehmer mit einer ab September 2010 auf vier Jahre verlängerten Auftragslizenz eingestiegen sind.

Beliebtheit des Angebots

Geprägt von der Mischung aus Kurgast-Notwendigkeiten und Fahrgastwünschen auf der einen und Finanzierbarkeit auf der anderen Seite hat Bad Griesbach Stadtrat im vergangenen Jahr den bisherigen Rundlinienbetrieb verkürzt, zumal „die Fahrschein-Einnahmen auf 34.010 und 24.000 Euro deutlich gesunken waren“, wie Kurdirektor Mayer und Stadtkämmerer Heinz Bertl auf Anfrage skizzierten. Nicht gespart wurde dagegen beim Tagesbetrieb, auch an den Wochenenden pendelt der Stadtbus im Zwei-Stunden-Takt vom späten Vormittag bis zum Abend zwischen den „Residenz“-Kliniken, der Therme und der Innenstadt – neuerdings auch mit einem neuen, speziell ausgerichteten Fahrzeug aus holländischer Produktion, angeschafft vom Reiseunternehmen Michael Altmannsberger.

Entsprechend ausgeprägt ist und bleibt die Beliebtheit des Bad Griesbacher Stadtbusses, der unisono von Kur- und Feriengästen sowie von Einheimischen genutzt wird. „Einfach praktisch und schnell“, lobte das Stuttgarter Camper-Ehepaar Spiess den zwischen 9 und 18

Uhr laufenden Betrieb, „ideal für gehbehinderte Leute und auch für Wohnmobil-Besitzer, die – wie wir – ja keinen Pkw dabei haben“. Afhamer, Karpfhamer, Schwaimer und Singhamer Bürger schätzen den Stadtbus-Service, für den ein Einheitsfahrpreis von einem Euro fällig wird, wegen des pünktlichen Shuttles zwischen Einkauf und Wohnen.

Jahresstrecke von 37.030 Kilometern

Vier Touren am Wochenende und fünf Fahrten an Werk- und Feiertagen – übrigens „bisher immer unfallfrei in all' den Jahren“, so Unternehmerin Roswitha Altmannsberger – gelten als bewährt. Ebenso bewährt – und gerade bei Kurgästen und Urlaubern geschätzt – sind so manche von Neugier geprägte „Schwätzchen“ auch jenseits des Dauerthemas Wetters, wenn Stadtbushelfer Jakob Ens und Roswitha Altmannsberger vom Steuer aus Neugierigkeiten oder Sehenswertes aus dem Rottal schildern, so dass die Besucher Ausflüge und Streiftouren bis Passau oder in den Bayerischen Wald, durchs Rottal oder auf der Donau unternehmen können. Und natürlich – weil eben selbstverständlicher Service – packen alle Busfahrer auch an, um Fahrgästen beim Ein- und Zustiegen zu helfen.

So gilt auch für das neue Stadtbus-Fahrzeug, jenes 130.000 Euro teure holländische und trotzdem weiß-blaue Sondermodell mit Rollstuhlplatz und Einstiegsrampe, mit geräumiger Konzeption und bequemen Sitzen, das legendäre „Er läuft und läuft und läuft“, pro Jahr übrigens 37.030 km auf der 22 km langen Rundtour, zumal das Reiseunternehmen Altmannsberger mittwochs und freitags auch die Bewohner von Weng und St. Salvator mit dem Bürgerbus zwischen Bad Griesbach und ihren Ortsteilen beför-

dert, ebenso täglich die Scharen der Schulkinder. Und wenn die Familien und Vereine, Fangruppen oder Firmenbelegschaften 'mal die „große, weite Welt“ erkunden wollen, dann starten die sieben Altmannsberger-Reisebusse auch ins ferne Mecklenburg und seine Ostsee-Küste oder zum Passionspielabend nach Oberammergau, lassen FC-Bayern-Fans alle Heimspiele in der Münchener Arena erleben oder fromme Pilger auf den Spuren von Franz von Assisi wandeln.

Hans-Joachim Lütkehaus
Top-Thema der Umweltechnologie-Industrie - und die deutschen Maschinen- und Anlagenbauer gehören in diesem Wachstumsmarkt mit zur Weltspitze. Die jährlichen Investitionen in Wasserprojekte belaufen sich laut Angabe der Vereinten Nationen auf 80 Milliarden Dollar weltweit. Mittelfristig wird eine Verdopplung dieser Summe notwendig sein, um wasserarme Regionen ausreichend mit Trinkwasser zu versorgen und die Abwasseraufbereitung in den Industrieländern zu optimieren. So viel Wasser braucht man für die Herstellung folgender Lebensmittel:
1 Apfel - 70 Liter
1 Tasse Tee - 30 Liter
1 Glas Bier - 75 Liter
1 Glas Wein - 120 Liter
1 Tasse Kaffee - 140 Liter
1 Scheibe Weißbrot - 40 Liter
1 kg Mais - 900 Liter
1 kg Weizen - 1.300 Liter
1 kg Hirse - 5.000 Liter
1 kg Käse - 5.000 Liter
1 Hamburger - 2.400 Liter
1 kg Hühnerfleisch - 3.900 Liter
1 kg Schweinefleisch - 4.800 Liter
1 kg Rindfleisch - 15.500 Liter. □

www.der-flexible-Raum.de
Container · Raummodule · Hallensysteme

RENEXPO in Augsburg:

Energie für die Stadt der Zukunft

Rahmen-Fachtagung „Energie aus biogenen Stoffen und Abfällen“

Vom 7. bis 10. Oktober 2010 findet die RENEXPO, Bayerns Landesenergiemesse, zum elften Mal im Messezentrum Augsburg statt. Seit 2000 informiert die Fachmesse über die Energieversorgung der Zukunft mit regenerativen Energien sowie über energieeffizientes Bauen und Sanieren. Die RENEXPO ist die Kommunikationsplattform für die wichtigsten Energieakteure Deutschlands und versammelt Entscheidungsträger aus Ministerien, Verbänden, Kammern, Ämtern und Behörden sowie Unternehmen.

Längst spielen erneuerbare Energien in der kommunalen Energieversorgung eine wichtige Rolle. Durch ihre Integration in das Energieportfolio von Kommunen lassen sich eine weitgehende Versorgungssicherheit, Unabhängigkeit und Preisstabilität bei gleichzeitiger Verbesserung der CO₂-Bilanz erreichen. Daher streben viele Kommunen zunehmend eine Energieversorgung aus alternativen Energiequellen an. So können die regionale Wertschöpfung gesteigert und Arbeitsplätze geschaffen werden. Die RENEXPO bietet einen umfassenden Überblick über die gesamte Bandbreite der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz.

Energieportfolio

Die 3. Fachtagung Energie aus biogenen Stoffen und Abfällen, die am Eröffnungstag in Zusammenarbeit mit dem Umwelt Cluster Bayern stattfindet, setzt sich mit einer Form der alternativen Energiegewinnung auseinander, die für Kommunen große Potenziale im Hinblick auf ein nachhaltiges Energieportfolio bietet. Sie informiert über Technologien wie das Brikettieren von Biomasse oder die Wirbelschichtfeuerung und präsentiert außerdem bereits verwirklichte Projekte wie die Bioenergie-Region Oberland. Kurze Transportwege, lokale Wertschöpfung, Steuerungsmöglichkeiten durch die Gemeinde und der geringe energetische Aufwand für die Aufarbeitung sind nur einige der Vor-

teile der Nutzung biogener Stoffe und Abfälle, die auf dem Kongress erläutert werden.

Intelligente Energie

Das Thema intelligente Energie in Kommunen behandelt am 8. Oktober der 1. Fachkongress Stadt der Zukunft. Die Tagung, deren offizieller Kongresspartner der Bayerische Städtetag ist, präsentiert Visionen, Modellkonzepte sowie bereits existierende und zukünftige Technologien der dezentralen Stromerzeugung, intelligenter Stromnetze und Smart Buildings. Hier können sich Kommunalvertreter einen umfassenden Überblick über die städtische Energieversorgung von Morgen verschaffen.

Speziell für Kommunalvertreter findet dieses Jahr zum zweiten Mal der Bürgermeistertag statt. Am 7. Oktober erhalten Bürgermeister Einblick in die Möglichkeiten der Energie- und damit der Kosteneinsparungen in ihren Kommunen.

Der Ausstellungsschwerpunkt der RENEXPO® liegt im Bereich „IHE HolzEnergie“ auf dem Thema Energiegewinnung aus Holz. Der Messebereich „interCogen“ stellt in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband Kraft-Wärme-Kopplung und dem Fachverband Biogas e. V. die Themen Kraft-Wärme-Kopplung und Energie aus Biomasse vor. Weiterhin ist das Thema energieeffizientes Bauen und Sanieren unter dem Namen „interGreenBuilding“ wichtiger Bestandteil der RENEXPO. **DK**

IFAT ENTSORGA in München:

Kleine Goldminen

Präsentation neuer Technologien zum Recycling von Elektroschrott

Es ist die ergiebigste Goldader der Welt: In nur 41 Handys steckt die gleiche Menge des Edelmetalls wie in einer ganzen Tonne Golderz. Man muss also keine tiefen Stollen graben, Berge sprengen oder aufwendig im Sand schürfen, um diesen Schatz zu heben. Wie es technisch funktioniert, Gold und andere wertvolle Rohmaterialien aus Elektronik-Schrott zurückzugewinnen, zeigen Aussteller der diesjährigen IFAT ENTSORGA, der Weltleitmesse für Wasser-, Abwasser-, Abfall- und Rohstoffwirtschaft, vom 13. bis 17. September in München. Der Aufwand lohnt sich in jedem Fall: Viele der verbauten Materialien sind entweder extrem teuer, nur in begrenzter Menge verfügbar - oder beides.

Laut einer aktuellen Studie des Umweltbundesamtes fallen allein in Deutschland 600.000 Tonnen Elektroschrott jährlich an. Das sind insgesamt gut 7,5 Kilo pro Kopf. Darin stecken auch Edelmetalle wie Gold, Silber und Palladium. Besonders viel davon ist in Mobiltelefonen und Computern verbaut. Die IT-Industrie „verbraucht“ schon jetzt 15 Prozent der weltweiten Kobalt-Jahresproduktion, 13 Prozent des geförderten Palladiums und drei Prozent der jährlich abgebauten Gold- und Silbervorkommen. Allein in Computern landeten im Jahr 2008 Gold, Silber, Kupfer, Palladium und Kobalt im Wert von gut 2,7 Milliarden Euro. Am Ende steht der Elektroschrott - und der hat es in sich: Eine Tonne Computer-Leitplatten etwa enthält 250 Gramm Gold.

Deutschland verfügt zwar praktisch über keine Primärrohstoffe, ist aber Weltmeister in der Gewinnung von Sekundärroh-

stoffen. Das liegt nicht nur am System der Mülltrennung, sondern auch an den Unternehmen, die in der Recycling-Technologie führend sind. Auf der IFAT ENTSORGA stellen sich unter anderem die Recycling-Unternehmen mit neuen Technologien und Lösungen der internationalen Konkurrenz.

Drei Erfolgsbeispiele

Die gesamte Bandbreite des Themas Recycling deckt die ALBA Group ab: Mit einem jährlichen Umsatzvolumen von über 2,2 Milliarden Euro und rund 9.000 Mitarbeitern ist die ALBA Group einer der führenden europäischen Umweltdienstleister und Rohstoffanbieter. Das Unternehmen wird auf der IFAT ENTSORGA vor allem mit neuen Lösungen im Bereich „Urban Mining“, der Rückgewinnung anthropogener, also von Menschen erzeugter, Rohstoffe in Städten

vertreten sein. Ebenfalls auf der IFAT ENTSORGA vertreten ist MeWa Recycling. In diesem Jahr hat das baden-württembergische Unternehmen unter anderem eine hochmoderne Recyclinganlage im englischen St. Helens in Betrieb genommen. Diese kann bis zu 40.000 Tonnen Elektroschrott im Jahr verarbeiten.

Auch die mittelständische hamos GmbH aus dem oberbayerischen Penzberg hat sich zu einem weltweit führenden Anbieter von Separationsanlagen für das Elektronik-Recycling entwickelt. Die dort entwickelten Anlagen sind heute schon in der Lage, gebrauchte Leiterplatten aus Computern, Laptops oder Handys automatisch zu hochwertigen, sortenreinen Metallen weiter zu verarbeiten.

Noch hat sich das Elektroschrott-Recycling nicht überall durchgesetzt. Ein großer Teil der Metalle wird noch nicht ins System zurückgeführt: Pro Jahr gehen laut UN-Umweltprogramm UNEP so mehr als fünf Milliarden Euro verloren. Ein Viertel des deutschen Elektromülls wandert laut Umweltbundesamt sogar illegal ins Ausland, wo er ohne jegliche Rücksicht auf Mensch und Umwelt weiterverarbeitet wird - ein weiterer Grund, dem Thema Elektroschrott-Recycling in Zukunft noch mehr Aufmerksamkeit zu widmen. □

GAB-Altlastensymposium in Ingolstadt:

Bilanz und Perspektive

Im vergangenen Herbst feierte die Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern (GAB) ihr 20-jähriges Bestehen. Gleichzeitig ist der künftige Mittelbedarf für die Altlastensanierung und die weitere Finanzierung der GAB nach 2010 noch in der Diskussion. Vor diesem Hintergrund wurde beim diesjährigen GAB-Altlastensymposium in Ingolstadt, an dem rund 270 Gäste teilnahmen, die Frage erörtert, wo die Altlastensanierung nach zwei Jahrzehnten steht und wie sich die künftige Perspektive darstellt.

Weitere Themenschwerpunkte waren die anstehenden wichtigen Neuerungen bei den rechtlichen Grundlagen und die Vorstellung neuer Erkenntnisse und Vorgaben hinsichtlich der Untersuchung und Bewertung von Altlasten. Neue Konzepte und Lösungsansätze für altbekannte Probleme wurden auch anhand eindrucksvoller Fallbeispiele aufgezeigt. Einer differenzierten Würdigung unterzogen wurden insbesondere die in den vergangenen Jahren in den Blickpunkt gerückten innovativen Verfahren zur In-Situ-Sanierung. Dabei handelt es sich um Verfahren, bei denen die Sanierung des Bodens vor Ort ohne Aushub des Materials erfolgt.

Nach der Begrüßung durch Dr. Thilo Hauck, GAB, und einem Grußwort von Dr. Alfred Lehmann, Oberbürgermeister der Stadt Ingolstadt und Bezirksvorsitzender Oberbayern des Bayerischen Städtetags – einer der Gesellschafter der GAB –, hob der Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit (StMUG), Ministerialdirektor Wolfgang Lazik in seiner Eröffnungsrede die erfolgreiche 20-jährige Arbeit der GAB

hervor. Der Bedarf für die Sanierung von Altlasten sei nach wie vor hoch und die GAB sei eine tragende Säule der Altlastenfinanzierung in Bayern, so Lazik.

Kein Ende in Sicht

Betrachte man die derzeit mit Priorität A eingestuften erfassten ca. 1.200 Altstandorte und die ca. 1.000 gemeindeeigenen Alttablagerungen, so werde deutlich, dass hier das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht sei. Allein für die Bearbeitung der gemeindeeigenen Müllkippen bedarf es nach Schätzungen des Umweltministeriums unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen und dem derzeitigen Finanzierungsvolumen eines Zeitrahmens von 30 Jahren. Die erforderlichen Investitionen stellten ein hoch willkommene Auftragsvolumen dar. Umweltschutz sei nicht nur im Altlastenbereich ein echter Jobmotor in Bayern. Durch die Altlastensanierung werde ein wichtiger Beitrag zum sparsamen Umgang mit der Ressource Boden und zum Flächensparen geleistet.

Angesichts der noch anstehen-

den Aufgaben würden umso dringender gut funktionierende Finanzierungsinstrumente und eine verlässliche Koordinierungsarbeit, wie sie derzeit von der GAB geleistet würde, benötigt, erläuterte Lazik. Doch sei die Laufzeit der beiden bei der GAB angesiedelten kooperativen Förderinstrumente bis Ende 2010 befristet. Die kommunalen Spitzenverbände hätten eindeutig die Fortführung des Unterstützungsfonds für die kommenden fünf Jahre mit den gleichen Rahmenbedingungen wie bisher befürwortet. Mit der bayerischen Wirtschaft werde derzeit die Fortsetzung des Erfolgsmodells „Umweltpakt Bayern“ verhandelt, für den die Altlastensanierung stets ein wichtiger Eckpfeiler war und bleiben solle. Lazik zeigte sich zuversichtlich, dass der Freistaat gemeinsam mit der bayerischen Wirtschaft und den kommunalen Spitzenverbänden ein Konzept zum Fortbestand finden werde.

Neue Deponieverordnung

Zum Thema „Ein Jahr neue Deponieverordnung – erste Erfahrungen“ referierte Dr. Bruno Kaukal vom StMUG. Seit einem Jahr sei nun die auf Initiative der Bundesländer erarbeitete Verordnung zur Vereinfachung des Deponierechts in Kraft. Derzeit werde bereits an einer Änderungsverordnung gearbeitet. Gleichzeitig wurden die bisher maßgeblichen abfalltechnischen Verwaltungsvorschriften ersatzlos aufgehoben. Da hierdurch eine Vielzahl deponietechnischer Vorgaben verloren gingen, erarbeitete der Freistaat Bayern gemeinsam mit dem Land Nordrhein-Westfalen das Merkblatt „Mineralische Deponieabdichtungen“.

Mit Blick auf den Deponierückbau und die Auswirkun-

gen auf die Altlastensanierung wies Kaukal darauf hin, dass nach der Deponieverordnung Abfälle mit höherem organischem Gehalt nicht deponiert, sondern behandelt werden sollen. Ausnahmen lasse die Deponieverordnung in zwei Fällen zu: bei Abfällen aus Schadensfällen wie Bränden oder Naturkatastrophen und bei Rückbaumaßnahmen von Deponien und Altlasten.

„Sollte sich aufgrund der Auswirkungen der Grundwasserordnung auf den Deponiebereich ein Bedarf für zusätzliche Ablagerungskapazitäten ergeben, werde auch das Szenario eines „zweiten Deponieabbaus“ in Verbindung mit Deponierückbau und Wertstoffrückgewinnung (Stichwort „landfill mining“) zu prüfen sein. So könnte statt der Suche nach neuen Standorten eine Konzentration auf bereits bestehende Standorte erfolgen.“

Hohe Sanierungskosten

Wie Jörg Frauenstein vom Umweltbundesamt in Dessau feststellte, gibt allein die öffentliche Hand jährlich ca. 500 Mio. Euro für die Sanierung von Altlasten aus – zuzüglich der Aufwendungen für aktuell oder ehemals militärisch genutzte Bundesliegenschaften. Hinzu kommen bundesweite Sanierungsprogramme, die mit dem Vollzug der deutschen Einheit im Hinblick darauf aufgestellt wurden, wie mit den Altlasten auf dem früheren Territorium der DDR umgegangen werden soll. Bisher wurden für 22 Großprojekte mehr als 3 Mrd. Euro aufgewendet. Zudem sind laut Frauenstein zahlreiche Projekte aus der Altlastenfreistellung, die Braunkohlesanierung (bis 2009 mehr als 8 Mrd. Euro) oder die Sanierung der Wismut (geschätzter Gesamtbedarf ca. 6,2 Mrd. Euro) zu nennen.

Auch in die Altlastenforschung habe die Bundesrepublik erheblich investiert. Allein im Bereich des Bundesforschungsministeriums (BMBF) seien unter Hinzu-rechnung der Eigenanteile Dritter bisher mehr als 300 Mio. Euro aufgewendet worden, was zu einer erheblichen Verbesserung der wissenschaftlich-technischen Grundlagen geführt habe.

Zur „Sanierungsstrategie bei der Revitalisierung der Bayernoöl-Raffinerie Ingolstadt“ referierte Dr. Karl Noé, ARCADIS Deutschland GmbH, München – ein Projekt, dessen Schwerpunkt auf dem Aspekt des Flächenrecyclings liegt. Bereits 2006 wurde während des noch laufenden Betriebs bei Bayernoöl mit den ersten Erhebungen in Bezug auf Rückbau, Sanierung und Revitalisierung der Fläche begonnen, bis der Betrieb 2008 stillgelegt wurde. Parallel dazu wurde die Liegenschaftsentwicklung vorgenommen.

Die Sanierungsstrategie wurde insofern flexibel gestaltet, als auch aus der geplanten Folgenutzung resultierende Ansprüche sowie der Zeitpunkt von Flächenbereitstellungen für Folgenutzungen berücksichtigt werden konnten. Umfangreiche Boden- und Grundwasseruntersuchungen bezogen auch innovative Untersuchungsmethoden und die Berücksichtigung des Natural Attenuation Potentials mit ein. Noé beendete seinen Vortrag mit einigen Bildern vom zukünftigen AUDI Sportpark, dem Fußballstadion des FC Ingolstadt, dessen Eröffnung kurz bevor steht.

Natural Attenuation

Stefan Rüttinger vom Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU), Hof, widmete sich dem Thema „Erfahrungen bei der Umsetzung von Natural Attenuation (Natürliche Schadstoffminderungsprozesse) in Bayern“. Als Praxisfall stellte er einen Heizölschadensfall in der Münchner Schotterebene dar. „Möglichkeiten und Grenzen innovativer In-

Situ-Sanierungsverfahren aus Sicht eines Ingenieurbüros – Erfahrungen aus der Praxis“ erläuterte wiederum Dr. Thomas Hanauer, R & H Umwelt GmbH, Nürnberg. Anhand einer Matrix zu den gängigen Verfahren und den zu behandelnden Schadstoffen gab er eine kurze Übersicht zu den Einsatzmöglichkeiten. Schließlich stellte Rüttinger im Detail mehrere Fallbeispiele vor, u. a. die Sanierung einer massiven CKW-Belastung mittels ISCO-Verfahren (In-Situ-Chemische Oxidation). Hier wurden vor Durchführung der Sanierung Abbauprobieren mit Kaliumpermanganat durchgeführt sowie ein stationäres Grundwasserströmungsmodell erstellt. Als Fazit hielt Hanauer fest, dass bei allen Verfahren eine Risikominimierung durch eine detaillierte Erfassung des Schadstoffinventars, der hydraulischen Verhältnisse und der Relevanz von Abbauprodukten erforderlich ist. Innovative Verfahren seien auch als Ergänzungen zu konventionellen Techniken und als Verfahrenskombinationen nutzbar. **DK**

Die Tonne, die mitdenkt

Abfallwirtschaftssystem des Landkreises Mühldorf hat sich bewährt

Eine Restmülltonne mit integriertem Transponder-Chip, der bei der Entleerung einem Lesegerät am Müllfahrzeug die Häufigkeit sowie den Zeitpunkt der Leerung übermittelt – was sich anhört wie eine ferne Zukunftsvision, ist seit fast zehn Jahren Realität im Landkreis Mühldorf.

Bereits zum 1. Januar 2001 wurde das revolutionäre Chipssystem im Bereich der Restmüllentleerung im Landkreis Mühldorf flächendeckend eingesetzt. Durch die elektronische und automatische Registrierung der Entleerungszahlen und die damit einhergehende entleerungs- und behälterbezogene Leistungsgebühr konnte der Landkreis ein verursachergerechtes Gebührensystem etablieren, das weit über die Landkreisgrenzen einzigartig ist.

Chip-Erfassungssystem

Welche Vorreiterrolle das Chip-Erfassungssystem besitzt, zeigt sich nicht zuletzt daran, dass dieses System aktuell vom Entsorgungverband Saar eingeführt wird. Was dort erst noch aufgebaut wird, gibt es im Landkreis Mühldorf schon seit neun Jahren: ein mengenbezogenes Abfall-Gebührensystem ohne umständliches Verwiegen des Restmülls oder einzelner Tonnen.

„Unser Abfallwirtschaftssystem hat sich bewährt. Allein nach der Einführung des Chipsystems konnten wir einen Rückgang der Abfallmengen um 19 Prozent verzeichnen“, zieht Anna Bichlmeier, Fachbereichsleiterin für Kommunale und Staatliche Abfallwirt-

schaft am Landratsamt Mühldorf eine positive Bilanz über die Arbeit der Abfallwirtschaft in den vergangenen Jahren. Dabei beweist nicht nur das Chip-Erfassungssystem die Fortschrittlichkeit der Abfallwirtschaft im Landkreis. Durch die Einführung der Papiertonne nach dem Prinzip der „Abholung direkt an der Haustür“ und der Umstellung auf den Gelben Sack zum 1. Januar 2004 konnten die Abfallmengen um weitere zehn Prozent verringert werden.

„Wir werden dieses Holzsystem auch in Zukunft weiter ausbauen, so dass es für die Bürgerinnen und Bürgern praktisch ist und dabei gleichzeitig die Müllmenge reduziert“, so Bichlmeier. Die Umstellung auf die 14-tägige Abfuhr beim Restmüll hat mit einer Reduzierung der Abfallmenge von weiteren fünf Prozent genau dieses Ziel erreicht. Sperrmüllschecks, die Sammlung von Leuchtstoffröhren und Energiesparlampen, das Öli@-Mehrweg-Sammelsystem oder der Tonnenalarm, mit dem sich Bürgerinnen und Bürger per sms oder E-Mail an die Entsorgungstermine für Restmüll, Altpapier, Gelben Sack oder Problem Müll erinnern lassen können, ergänzen das breite Dienstleistungsangebot der Abfallwirtschaft optimal. **□**

Schatzkiste Biotonne

Fachtagung des Landesverbandes Bayerischer Biomasse- und Komposthersteller in Schwandorf

Mit „Aktuellen Problemstellungen der Bioabfallverwertung“ befasste sich eine Fachtagung des Landesverbandes Bayerischer Biomasse- und Komposthersteller e.V. in Schwandorf. Dabei zog der Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e.V. (VBS), der als Kooperationspartner mitbeteiligt war, eine äußerst positive Bilanz. Referenten aus Wissenschaft, Verbänden und dem Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit stellten in ihren Vorträgen die ökologischen und ökonomischen Vorteile der Getrenntsammlung von Bioabfällen heraus.

So unterstrich Dr. Matthias Wendland von der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft in seinem Vortrag die Bedeutung der Humuswirkung und der Nährstoffwirkung von Komposten für landwirtschaftlich genutzte Flächen und kam zu dem klaren Fazit: „Kompost – wir brauchen ihn“. Dr. Bertram Kehres (Bundesgütegemeinschaft Kompost) kam zum gleichen Ergebnis und legte dar, dass seit Jahren die Nachfrage nach Qualitätskomposten steige. Waren vor einigen Jahren noch Zuzahlungen bei Komposten nicht unüblich, so wird Kompost heute auch monetär als ein werthaltiges Produkt anerkannt.

Dr. Siegfried Kreibe vom bifa Umweltinstitut berichtete über die Ergebnisse der Studie „Ökoeffiziente Verwertung von Bioabfällen und Grünut in Bayern“, in der die Umweltwirkungen und Kosten der Kompostierung von Biomüll, der Vergärung zu Biogas und der Mitverbrennung mit dem Hausmüll detailliert unter die Lupe genommen wurden. In dieser Bearbeitungstiefe ist die Bioabfall-Behandlung bislang noch nicht untersucht worden. Nicht nur Treibhauseffekt, Versauerung, Nährstoffanreicherung, Ozonbildung, Humantoxizität und Ökotoxizität wurden in der Berechnung der Ökoeffizienz „auf den Punkt gebracht“. Aus dieser bifa-Studie lassen sich auch zahlreiche weitere Argumente für die Kompostierung und/oder Vergärung von Bioabfällen herauslesen.

Die Resultate der Studie sind vielfältig. Wesentliches Ergebnis ist zunächst, dass alle betrachteten Entsorgungssysteme mit Um-

weltentlastungen verbunden sind. Alle Verfahren sorgen für eine Klimaentlastung. Bei der Beurteilung kommt es entscheidend darauf an, dass nicht nur Aspekte des Klimaschutzes und andere Emissionen, sondern auch des Ressourcenschutzes berücksichtigt werden. Während bei alleiniger Betrachtung von Emissionen die Umweltwirkung der Kompostierung von Bioabfall einerseits und die Verbrennung von Bioabfällen zusammen mit dem Restabfall andererseits als gleichwertig eingestuft werden, ändert sich diese Bewertung bei der Einbeziehung von Kriterien der Ressourcenschonung grundlegend.

Das vergleichsweise schlechte Abschneiden der Vergärung gegenüber der Kompostierung hat seine Ursache in der Annahme verhältnismäßig hoher Emissionen klimarelevanter Gase aus der Vergärung. Die zugrunde liegenden Daten beziehen sich allerdings ausschließlich auf die Trockenfermentation und sind nur auf eine geringe Anzahl an Messungen gestützt. Die Daten und Vermeidungspotentiale werden derzeit im Rahmen von F&E-Projekten verifiziert. Soweit die aus der Vergärung stammenden Klimagasemissionen reduziert werden können, verbessert sich die Umweltwirkung.

Für ein nachhaltiges Verfahren der Bioabfallverwertung genügt es nicht, allein auf die energetische Nutzung abzielen. „Gewichtiger“ ist die Nutzbarmachung der stofflichen Ressourcen und Bereitstellung stofflich verwertbarer Produkte wie Düngemittel und Bodenverbesserungsmittel sowie Torfsubstitute. Ein „Best-Practice-Ver-

fahren“ konnte allerdings auch mit dieser Studie nicht vorgestellt werden, da die Umweltwirkungen über den Behandlungsprozess hinaus erheblich von der Art der Abfälle und den lokalen Randbedingungen abhängen.

In der Zusammenfassung geben die Autoren der Studie unter anderem folgende Handlungsempfehlungen an die Politik: Die Stoffstromlenkung sollte an Nachhaltigkeitskriterien ausgerichtet werden, d. h. die stoffliche Verwertung ist ebenso zu fördern wie die energetische. Bezüglich Klimagasen sollten emissionsarme Anlagenstandards durchgesetzt werden. Einer guten Betriebsführung kommt bei der Kompostierung ein höherer Stellenwert zu als technischen Maßnahmen wie Einhausung und Biofilter. Die Innovations- und Investitionsbereitschaft sollte durch verlässliche Randbedingungen gesichert werden. Bei Ausschreibungen und Eigenbetrieb müsse die langfristige Nachhaltigkeit im Vordergrund stehen und nicht Lösungen, die kurzfristig oder ausschließlich kostengünstig sind. In Bioabfällen enthaltene energetische und stoffliche Nutzenpotentiale sollten möglichst effizient ausgeschöpft werden. In der Regel, so das Fazit der Studie, ist die – gemäß Abfallrahmenrichtlinie zu fördernde – getrennte Sammlung und Verwertung von Bioabfällen die ökoeffizienteste Lösung.

Für VBS-Präsident Otto Heinz war das Resümee am Ende der Fachtagung eindeutig: „Der VBS begrüßt ausdrücklich, dass der vorliegende Entwurf zum neuen Kreislaufwirtschaftsgesetz die getrennte Sammlung und ordnungsgemäße Behandlung von Bioabfällen vorsieht.“ Für eine Festsetzung einer Frist zum 1. Januar 2015 besteht aus Sicht des VBS kein Anlass. **DK**



Bayerische Landessiedlung®

Alles aus einer Hand
Kompetenz für Städte, Kommunen und Bauherren



Standortentwicklung und Städtebau



Energie und Kommunale Entwicklung



Wohnungs- und Eigenheimbau

Bayerische Landessiedlung GmbH
Franziskanerstraße 14
81669 München
Tel. (0 89) 23 87-0
info@bils-bayern.de
www.bils-bayern.de

Informationen:
www.bils-bayern.de

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN

Gemeinde Breitbrunn:

Praktizierte Familienfreundlichkeit

Mit der Einrichtung von Krippenplätzen im Kindergarten hat der Gemeinderat darauf reagiert, dass Eltern seit einigen Jahren vermehrt nach Betreuungsmöglichkeiten für die ganz Kleinen suchten. Es erfolgte eine Umwandlung von Regelplätzen in zwölf Krippenplätze für Kinder im Alter von Null bis zu drei Jahren. Somit können im unterfränkischen Breitbrunn Kinder vom Säugling bis zum Ende des Grundschulalters betreut werden.

Zur Feier anlässlich der Fertigstellung fand eine Einweihung der neuen Räumlichkeiten statt, an der neben Vertreterinnen des Kreisjugendamtes, Gemeinderäten, Pfarrer und Kirchenvorstand zahlreiche Breitbrunner Bürger teilnahmen. Bürgermeisterin Gertrud Bühl dankte der Kindergartenleiterin Irmhilde Sauer mit ihrem Team sowie der ersten Vorsitzenden des Kindergartenvereins, dem Elternteil, dem Architekten, allen Handwerkern und ganz besonders herzlich den Kindern und ihren Eltern und für ein Jahr gemeinsamen Schaffens.

Die Gesamtkosten des Projektes belaufen sich auf rund 130.000 Euro. Vom Freistaat Bayern erhält die Gemeinde 94.700 Euro Zuschuss, die Restkosten teilt sie sich mit der Diözese Würzburg.

„Heute ist ein froher Tag für unsere ganze Gemeinde“, verkündete die Bürgermeisterin, „denn die Umbaumaßnahmen bei laufendem Kindergartenbetrieb sind er-

folgreich beendet.“ Die seit 2008 als Gemeindeoberhaupt amtierende Unterfränkin betonte, dass es „nicht Krippe oder Familie“ heiße, sondern die Kinderkrippe ergänzend und unterstützend für die Familien da sei. „Eltern und Erzieherinnen arbeiten eng zusammen, damit eine vertrauensvolle Beziehung zu Gunsten unserer kleinsten Mitbürger geschaffen wird“, betonte Bühl. Auch der zweite Bürgermeister Thomas Schlee zeigte sich erfreut, dass Breitbrunn mit der Schaffung von zwölf Krippenplätzen quasi eine Vorreiterrolle in der Verwaltungsgemeinschaft Ebelsbach eingenommen habe. Er selbst hatte die Entwurfsplanung in Zusammenarbeit mit der Kindergartenleiterin erstellt, Abstimmungen mit den Behörden vorgenommen und Angebote als Kostengrundlage für den Förderantrag eingeholt.

Bei ihren Tanz- und Gesangsdarbietungen haben die Kinder musikalisch klar gestellt: „Wir sind hier wichtig und richtig!“ SME



Mehrere Geldspenden erreichten den Kindergarten Breitbrunn während der Umbauphase. Unser Bild zeigt die Übergabe des Betrages von 650 Euro, der aufgrund einer Aktion der Breitbrunner Jugendlichen von Bürgermeisterin Gertrud Bühl (rechts) an Tanja Wölker, der Vorsitzenden des Kindergartenvereins und Irmhilde Sauer, Leiterin der Einrichtung, überreicht werden konnte. □

Landkreis Neu-Ulm:

Neues Projekt Fachkräftesicherung

Zu einem Bündnis, das sich dem Kampf gegen den Fachkräftemangel verschrieben hat, haben sich die Landkreise Neu-Ulm und Günzburg, die Industrie- und Handelskammer (IHK) Schwaben, die Handwerkskammer (HWK) für Schwaben sowie die Agentur für Arbeit Memmingen zusammengeschlossen.

Wie Landrat Erich-Josef Geßner bei der Vorstellung des Projekts im Landratsamt Neu-Ulm betonte, „müssen wir alles daran setzen, für unsere Wirtschaft den notwendigen Nachschub an gut ausgebildeten und motivierten Fachkräften sicherzustellen, sonst verspielen wir die Zukunft unserer Region“.

Grundlagen der Initiative sind Studien der IHK Schwaben und der Hochschule Neu-Ulm. Die im Jahr 2008 angestellte Untersuchung der IHK Schwaben ergab, dass rund die Hälfte der 1.350 befragten Unternehmen in diesem bayerischen Regierungsbezirk bereits auf Schwierigkeiten stießen, ausreichend qualifiziertes Personal in der benötigten Anzahl zu rekrutieren. Zwar milderte sich der Problemdruck im Rezessionsjahr 2009, doch ist damit zu rechnen, dass sich mit der anziehenden Konjunktur und vor allem wegen des demografischen Wandels der Fachkräftemangel in der Zukunft dramatisch verschärfen wird.

Folgestudie

Vor allem vom Fachkräftemangel bedroht sind Gebiete, deren Wirtschaft besonders produktionsgeprägt ist. Die Landkreise Neu-Ulm und Günzburg zählen dazu. Deshalb haben sie als erste Landkreise in Bayerisch-Schwaben eine Folgestudie zu der schwabenweiten IHK-Untersuchung in Auftrag gegeben. Die im vergangenen Jahr vorgenommene Analyse der Hochschule Neu-Ulm (HNU) ergab, dass insbesondere in den technischen Berufen in Schwaben weit weniger Ingenieure, Meister, Techniker und Facharbeiter ausgebildet werden, als die heimische Wirtschaft benötigt. Dagegen überwiegt das Angebot an Absolventen bei Betriebswirten und kaufmännischen Ausbildungsberufen sowie Informatikern. Laut Günzburgs Landrat Hubert Hafner „sind hier auf längere Sicht keine Einbrüche und Engpässe in der Versorgung zu erwarten“.

Mit einem Vier-Punkte-Programm wollen die Bündnispartner des „Projekts Fachkräftesicherung“ dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Dazu zählen die Mobilisierung bislang ungenutzter Arbeitskraftpotenziale

(insbesondere bei Frauen und Migrantinnen), die Förderung junger Menschen ohne Ausbildung, die persönliche Vernetzung der wichtigsten Akteure im Bildungssektor (gedacht ist zum Beispiel an einen Lehreraustausch zwischen Haupt- und Berufsschulen sowie eine landkreisübergreifende Beschulung in Fachklassen) sowie die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Schulen und Unternehmen, zum Beispiel durch eine größere Berufsorientierung im Unterricht, mehr Praktikumsangebote und Aufbau beziehungsweise Intensivierung von Netzwerken.

Arbeitsgruppe

Demnächst soll sich eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Agentur für Arbeit, der beiden Kammern und der zwei Landkreise bilden, die in diesen Handlungsfeldern konkrete Maßnahmen entwickelt.

Einige Projekte laufen bereits bzw. sind auf den Weg gebracht. Landkreischef Hafner nannte beispielsweise die Praxisklasse an der Hauptschule in Krummbach, Landrat Geßner das Vorhaben „Haus der kleinen Forscher“, bei dem Kindergartenkinder im naturwissenschaftlichen Bereich experimentieren sollen, und den Begabtenstützpunkt, der zum neuen Schuljahr im Lessing-Gymnasium Neu-Ulm eingerichtet werden wird. Weitere Projekte im Landkreis

Für ihre Breitbrunner ist die Bürgermeisterin stets zu sprechen

Vor wenigen Wochen feierte Gertrud Bühl im Kreise der Familie ihren 60. Geburtstag

Breitbrunn im Naturpark Haßberge wird von Bürgermeisterin Gertrud Bühl im Internet als „derzeit aufstrebende und attraktive Wohngemeinde“ präsentiert. Dazu gehören sechs Ortsteile und vier Weiler, malerische Dörfer nach altem Muster. „Hier ist die Welt noch in Ordnung“, ist nicht selten von Touristen zu hören, die in der Region Station machen.

Zwölf Jahre lang gehörte Gertrud Bühl dem Gemeinderat an, bis die Freie Wählerin 2008 mit 64,1 Prozent überraschend zur Bürgermeisterin gewählt wurde und seither dem ansonsten ausschließlich männlichen Rat vorsteht.

Von Anfang an hatte sich das ehrenamtliche Gemeindeoberhaupt viel vorgenommen. Ein „Lieblingskind“ hat die dreifache Mutter und zweifache Großmutter aber weder in der Familie noch in der Gemeinde, obwohl ihr manches Vorhaben ganz besonders am Herzen liegt. Dazu gehört zweifellos der Kindergarten, der als erster in der Verwaltungsgemeinschaft zwölf Krippenplätze für Kleinkinder bis zu drei Jahren geschaffen hat. Den Familien Bedingungen zu bieten, die sie zum Verbleib in der Gemeinde veranlassen, ist ihr vorrangiges Ziel.

Den Ort kulturell aufzuwerten, ist Bestandteil ihrer Strategie, wozu ein im Entstehen begriffener Kreuzweg zählt. Über den fast fertiggestellten Radweg sollen „Interessierte vom Maintal hoch nach Breitbrunn“ kommen.

Trotz dieser großen und vieler kleiner Vorhaben steht der Gemeindehaushalt finanziell auf gesunden Füßen. Der Schuldenstand ist rückläufig, Kredite sind im Haushaltsplan 2010 nicht vorgesehen.

Gertrud Bühl will auch mit kleinen Maßnahmen große Wirkung erzielen. „Die Menschen ernst nehmen und immer ein Ohr für ihre Belange“ zu haben, ist ihre Devise. SME

Münchner Klinikskandal:

Die CSU fragt nach

Hygiene-Misstände – welche Mausechelen laufen da?

Wie bekannt wurde, hat der Münchner SPD-Chef Hans-Ulrich Pfaffmann in einer Anfrage an die Staatsregierung aus einem noch nicht freigegebenen Protokoll der Stadtratsvollversammlung zitiert. Diese noch internen Protokolle erhält laut dem Fraktionsvorsitzenden der Münchner Stadtrats-CSU Josef Schmid nur ein ausgewählter Kreis: Neben der Verwaltung bekommen ihn die Stadträte, die zitiert werden, um ihren Redebeitrag zu autorisieren. Diese Vorab-Exemplare sind reine Internas und werden vom Direktorium so sensibel behandelt, dass sogar in den Exemplaren, die die Stadträte zur Freigabe erhalten, Stellen geschwärzt sind.

„Um so verwunderlicher, dass ein solches Exemplar nach außen dringen kann – ein Fall, bei dem man gezielte Indiskretion an Herrn Pfaffmann in seiner Eigenschaft als SPD-Vorsitzender des Münchner Unterbezirks vermuten könnte“, meint Schmid..

Große Verwunderung

Weiter verwundere es, dass der Gesundheitsreferent seine Aussagen habe korrigieren lassen: „In der Sitzung sprach er noch davon, dass er bei nicht-städtischen Kliniken eine Intensivstation wegen der hygienischen Mängel geräumt und geschlossen und die Sterilgutaufbereitung einer weiteren teilgeschlossen habe“, teilt Schmid mit.

Vor dem Hintergrund der durch die Presse bekannt gewordenen Änderungen im Protokoll, die weit moderater klingen, dränge sich der Verdacht auf, Pfaff-

mann habe hier ablenken und vertuschen, eine Verteidigungslinie aufbauen wollen.

Aus diesem Grunde will der CSU-Fraktionschef folgendes wissen: Wo hat Herr Pfaffmann das noch nicht autorisierte Exemplar des Protokolls her? Und: Wie kann ein solches Internas, das nur einem bestimmten Kreis bekannt ist und das noch nicht autorisierte Redebeiträge beinhaltet, nach außen gelangen?

An die Adresse des berufsmäßigen Stadtrat Joachim Lorenz (Grüne) gerichtet, stellt Schmid folgende Fragen: 1. Stimmen die Berichte, nach denen der Gesundheitsreferent seine Aussagen hat ändern lassen? 2. Warum wurde dies nicht mitgeteilt? 3. Warum kann der Gesundheitsreferent so weitreichende Änderungen vornehmen? Bisher galt, dass nur Änderungen sprachlichen und nicht sachlichen Inhalts zulässig sind. □

Oberfränkisches Volksmusikfest in der „Fränkischen“

Waischenfeld im Wiesenttal ist Gastgeber des 23. Oberfränkischen Volksmusikfests am 2. Oktober 2010. Traditionell treffen sich die beteiligten Gruppen, um dann im ganzen Ort auf Plätzen und in Gaststätten aufzuspielen. „Musik, Lied und Tanz“ heißt das Motto auch in diesem Jahr. Beginn wird um 14 Uhr am Bischof-Nausea-Platz in Waischenfeld (Landkreis Bayreuth) sein.

Bezirkstagspräsident Dr. Günther Denzler lädt alle Freunde der Volksmusik und des Volkstanzes herzlich dazu ein. „Freuen Sie sich auf handgemachte Musik und gute Unterhaltung. Diese sehr erfolgreiche alljährliche Veranstaltung ist längst ein fester Bestandteil um die Pflege und Weiterentwicklung der in unserer Region gewachsenen Volkskultur geworden!“

Der Bezirk Oberfranken und die Arbeitsgemeinschaft Fränkische Volksmusik, Bezirk Oberfranken e.V. als Veranstalter versprechen einen unterhaltsamen musikalischen Nachmittag in der Fränkischen Schweiz. □

Apfelmarkt in Reckendorf

Am Sonntag, 10. Oktober 2010, lädt der Kreisverband für Gartenbau und Landespflege Bamberg mittlerweile zum 12. Mal zum traditionellen Apfelmarkt nach Reckendorf ein. Von 10 bis 17 Uhr verlockt buntes Marktreiben die Gäste, die reiche Apfelernte zu genießen und sich über die Vielseitigkeit des heimischen Obstes zu informieren. Darüber hinaus verspricht der Markt auch heuer wieder kulinarische Köstlichkeiten, Kinderaktionen und einen Einblick in traditionelles (Kunst-)Handwerk.

Der Apfelmarkt bietet eine hervorragende Plattform für Vereine und Privatleute, Obst aus heimischem Anbau zu verkaufen. Unsere Apfelmarkt-Besucher sind darauf eingestellt, unbehandelte Äpfel zu erwerben, die „wie früher bei Oma“ schmecken – und nie gibt es davon genug... Wer also den Ertrag des eigenen Apfel-, Quitten-, Birn- oder Nussbaums oder der eigenen Streuobstwiese anbieten möchte, ist herzlich eingeladen, die Gelegenheit zu nutzen!

Apfelverkäufer können sich im Landratsamt Bamberg anmelden: Uwe Hoff (Tel. 0951/85-527), Claudia Kühnel (Tel. 0951/85-515), Alexandra Klemisch (Tel. 0951/85-534). Es fallen keine Gebühren für den Stand an. □

BAYERISCHE
GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Robmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Werner Bumeder (KPv)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 44 vom 01.01.2010

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Pressdruck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Zum 60. Geburtstag von Heinrich Lenz:

Kommunalpolitiker aus Leidenschaft

So still und heimlich, wie er sich das möglicherweise erhofft hatte, ging sein runder Geburtstag dann doch nicht über die Bühne: Heinrich Lenz, hauptamtlicher 1. Bürgermeister der Bayerwald-Gemeinde Hinterschmiding und stellvertretender KPV-Landesvorsitzender, wurde an seinem 60. Geburtstag am 16. August von einer illustren Gratulations-Abordnung seiner Gemeinde überrascht. Übereinstimmend wurden die zahlreichen Verdienste des Bürgermeisters gewürdigt. Die Gratulanten dankten Lenz für seine Aufgeschlossenheit und Unterstützung in musisch-kulturellen, kirchlichen und karitativen Belangen. Der dreifache Familienvater freute sich über die guten Wünsche und bedankte sich seinerseits für das vielfältige, unermüdete und jahrzehntelange ehrenamtliche Engagement.

Seit 1996 bekleidet Lenz das Amt des hauptamtlichen 1. Bürgermeisters der 2600-Einwohner-Gemeinde. Seit 2002 ist der Kreisrat Sprecher der Bürgermeister im Landkreis Freyung-Grafenau, seit 1998 BLSV-Kreisvorsitzender sowie Mitglied in allen Ortsvereinen.

Verwaltung von der Pike auf gelernt

Nach der Mittleren Reife hatte Lenz als Auszubildender bei der Gemeinde Hinterschmiding begonnen. Den Verwaltungsberuf hat er von der Pike auf gelernt: So bildete er sich neben der Ausbildung zum Verwaltungsfachwirt an der Bayerischen Verwaltungsschule zum Touristikfachwirt an der IHK weiter und war schließlich Absolvent der Bayerischen Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie. Des Weiteren hat der Jubilar an vielen Fortbildungsmaßnahmen der Bayerischen Verwaltungsschule wie beispielsweise zum Abgabenrecht und Beitragsrecht teilgenommen.

Politische Verdienste

Der Blick auf seine langjährige Bürgermeister-Tätigkeit fällt rundum positiv aus. Der agile „60er“, der sich selbst als leidenschaftlicher Kommunalpolitiker bezeichnet, hat nach eigenem Bekunden „weder Skandale noch Aufsichtsbeschwerden“ vorzuweisen.

Bayernweites Novum

Zu seinen politischen Verdiensten zählen neben der Einführung des kommunalen Ehrenamtspreises für langjährige Vereinsvorstände der Umbau des ehemaligen Schulhauses in ein „Vereine- und Pfarrzentrum“ sowie die Einführung einer „freiwilligen Feuerschutzabgabe“, die es in Bayern wohl kein zweites Mal gibt. Die freiwillige Abgabe von 10 Euro im

Jahr für jeden Hauseigentümer sei „Spende und Wachruf“ zugleich. Dies sei ein Weg, die Leute mit dem Feuerwehrgewesen zu konfrontieren.

Neben der Errichtung einer zentralen Schlauchpflegeeinrichtung mit einer vollautomatischen Waschanlage für die VG-



Heinrich Lenz.

Feuerwehren (ein bayerisches Pilotprojekt) sorgte der Bürgermeister zudem für die Durchführung des Prädikatisierungsverfahrens „staatlich anerkannter Erholungsort“, wofür sämtliche Wanderwege in der Gemeinde erneuert werden mussten, sowie für die Einführung von E-Bikes für Urlaubsgäste und Einheimische. Somit haben auch weniger Sportliche die Möglichkeit, sich die Schönheiten des Bayerischen Waldes per Rad zu erschließen. Die Bildung eines Netzwerks soll ein flächendeckendes Angebot garantieren.

Breitbandanbindung

Neben der „Interkommunalen Zusammenarbeit“, die in der Gemeinde bereits sehr früh initiiert wurde, liegt Bürgermeister Lenz insbesondere eine bessere Breitbandanbindung am Herzen. Sein jahrelanges intensives Bemühen hat nunmehr Früchte getragen: Das Mobilfunkunter-

nehmen Vodafone wird die Gemeinde mit staatlicher Förderung ausbauen und ausreichende Bandbreiten anbieten. Bei steigendem Bedarf kann das Netz problemlos angepasst werden. „Das ist die wichtigste Infrastrukturmaßnahme, die wir derzeit haben. Ohne diese Ausstattung haben wir keine Zukunft“, betont Lenz.

Gemeindliche Ausstattung

Apropos Ausstattung: In seiner Amtszeit wurden sämtliche gemeindlichen Gebäude energetisch saniert, zuletzt die Schule Hinterschmiding und der Kindergarten, in dem ab September 16 Krippenplätze neu zur Verfügung stehen. Der Abwasserentsorgungsgrad in Hinterschmiding liegt bei 99,5 % - die restlichen 13 Einwohner werden Lenz zufolge noch in diesem Jahr über Kleinkläranlagen für ordnungsgemäße Zustände sorgen. Die Wasserversorgung ist ausgebaut, die Löschwasserversorgung optimiert. Zudem wurden mehrere attraktive Sportanlagen errichtet und gefördert. Viel Geld ist darüber hinaus in den Straßenbau bzw. in dessen Unterhalt geflossen.

Neueste EDV-Technik

Seit jeher wird im Rathaus darauf Wert gelegt, dass die neueste EDV-Ausstattung zur Verfügung steht und auch moderne Kommunikationsmittel verfügbar sind (iPod, Netbooks, Beamer usw.). Wie Lenz bemerkt, „habe ich beispielsweise seit gut einem halben Jahr über einen RSA-Security-Token weltweit Zugriff auf meinen Rechner und damit auf alle meine Daten im Rathaus“.

Partnerschaften

Wichtig für die „Aussöhnung und Völkerverständigung nach der Grenzöffnung 1989 mit unseren Nachbarn“ sei die Schließung von Partnerschaften mit der Gemeinde Belotin und dem Universitätschor Ostrava (CZ Mähren) gewesen, fährt Lenz fort. Regelmäßig komme es zu Treffen und gemeinsamen Aktivitäten, so zum Beispiel bei der jährlich stattfindenden Chor- und Orchesterwoche. Im Laufe der vergangenen 60 Jahre ist sie zu einem Geheimtipp für Kenner der musikalischen, instrumentalen wie vokalen Szene geworden. Hergestellt hat Lenz mittlerweile auch Kontakte zur Gemeinde Rouge aus Estland.

Konsolidierungskurs

Bei aller positiven Gemengelage wird die Bayerwaldgemeinde in den kommenden Jahren ihren Gürtel enger schnallen müssen. Auf der Einnahmeseite schmerzen vor allem Mindereinnahmen durch die Schlüsselzuweisung und die Einkommensteuerbeteiligung. Es gelte, eine konsequente Ausgaben- und Ausgabenreduzierung vorzunehmen, überzogene Standards abzubauen und die Ausgaben wieder mehr den Einnahmen anzupassen, erklärt Lenz. Konsolidierung statt Neuverschuldung lautet deshalb das Motto der Gemeinde in den kommenden Jahren. Begonnene Investitionsmaßnahmen wie etwa der Krippenbau werden ausfinanziert, bei allen folgenden Investitionen wird aber wohl jeder Cent zwei Mal umgedreht. DK

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Die Heimat am Autoheck“ – wie hört sich das für euch an? Ich brauche einen zündenden Einfall! Mein Chef, der Bürgermeister, möchte mit einem Gastbeitrag in der Heimatzeitung frühzeitig in eine Diskussion eingreifen, die in Bayern noch niemand interessiert, die aber bald zu uns überschwappen könnte: Wie Identität stiftend sind Autokennzeichen?



besser, wenn man nach Hessen schaut, wo es im Main-Kinzig-Kreis sowohl das HU (für die größte Ansiedlung Hanau), als auch das zackige Kürzel MKK gibt.

Bei all dem Buchstabensalat regen sich erste gallische Dörfer, die Kennzeichen wollen, die ihre Heimat widerspiegeln, so die Bürger der stolzen, einst Freien Reichsstadt Mühlhausen in Thüringen, die wieder ihr altes MHL wollen, statt des derzeitigen UH (Unstrut-Hainich-Kreis). Tatsächlich scheint hier ein Trend in Bewegung zu kommen. Nach einer Studie der Hochschule Heilbronn wollen 73 Prozent der Deutschen wieder die alten Kennzeichen, die es vor den zahlreichen Gebiets- und Kreisreformen gab. Das erinnert an den Kampf der Berchtesgadener, die nicht das REI (Slogan: Wir machen keine Waschmittelwerbung) des Zwangspartners Reichenhall annehmen wollten (Kompromiss: BGL) oder an den Bürgermeister von Krumbach, der noch ein Vierteljahrhundert nach der Gebietsreform einen Mercedes mit dem KRU-Kennzeichen des Altlandkreises in der Garage hatte, mit dem er ab und zu in die ungeliebte neue Kreisstadt Günzburg (GZ) fuhr.

Autokennzeichen Identität stiftend?

Wir Bayern haben es ja noch gut: A, M, N, R sind eh klar, WÜ, BA oder LA kann man auch erraten. Ob Aschaffenburg, Ansbach oder Amberg-Weilheim, AB, AN oder AS haben, muss man sich halt merken, WUG und WEN – Null Problemo, nur LAU fürs Nürnberger Land ist gedanklich etwas fernliegender. Aber von AA (Ostalbkreis – warum dann zwei A?) bis WST (Ammerland – darin sind weder W, noch S noch T enthalten) ziehen sich vogelwilde Buchstabenkombinationen durchs einig Vaterland, die Vätern und Müttern den in der Jugend des Bürgermeisters beliebten Ferienreisen-Zeitvertreib „Kennzeichenraten“ vergällen.

Wer glaubt, ABI habe etwas mit einem qualifizierenden Schulabschluss zu tun, irrt: Anhalt-Bitterfeld ist die (einsichtige) Lösung. Warum BK Börde und BL Zollernalbkreis heißen soll, bleibt ebenso im Unklaren, wie GL für den Rheinisch-Bergischen Kreis und GM für den Oberbergischen Kreis. Wer LOS auf dem Auto hat, ist im Oder-Spree-Kreis los-gefahren, nicht zu verwechseln mit MOL, dem Märkischen-Oderkreis. Beide noch erahnbar, anders als MOS für den Neckar-Odenwaldkreis oder TDO für Nordsachsen. Schon verwirrt? Es wird noch

Mein Chef, der Bürgermeister, hätte es am liebsten wie in Frankreich: Die stellen gerade um auf neue Kennzeichen, die neutrale Matrikelnummern haben, aber schön viel Platz für das Emblem der Region, der man sich verbunden fühlt. Das muss nicht der Wohnort sein, es geht zum Beispiel auch die Geburtsregion. Man stelle sich vor: Ein Hamburger hat das stolze Wappen der Freien und Hansestadt auf dem Auto, obwohl er in Freyung wohnt. Ein Urmünchener macht durch den Mönch am Auto die Taufe mit Isarwasser kund, obwohl er die Brötchen in Berlin verdient. Pfißig oder? Jeder kann dann selbst entscheiden, wozu er sich bekennt – dem Flecken Erde, wo er geboren wurde oder der Region, in der er lebt – getreu dem Satz der österreichischen Psychologin Elisabeth Lukas auf dem heutigen Kalenderblatt: „Heimat ist letztlich nicht, wo wir herkommen, sondern wo wir hingehören.“

ihre Sabriul



Landkreis Oberallgäu vergibt neue Ehrenamtskarte

Aus den Händen von Landrat Gebhard Kaiser konnten vor kurzem 750 Ehrenamtliche aus dem Landkreis Oberallgäu ihre persönlichen Ehrenamtskarten in Empfang nehmen. Zur ersten der fünf geplanten Übergabeveranstaltungen waren die Ehrenamtlichen aus Bad Hindelang, Blaichach, Fischen, Oberstdorf und den Hörnerdörfern ins Kurhaus Fiskina nach Fischen geladen. Im Beisein ihrer Bürgermeister, die u. a. für die Auswahl der Kartenempfänger verantwortlich waren, sprach der Landrat den Ehrenamtlichen mehrfach Anerkennung aus. „Die Welt lebt von Menschen, die mehr tun als ihre Pflicht“, brachte er den Sinn ehrenamtlichen Engagements auf den Punkt.

Die Einführung einer Ehrenamtskarte hat der Oberallgäuer Kreistag im März 2010 beschlossen. Die auf der Allgäu-Walser-Card basierende Karte beinhaltet ein beachtliches Leistungspaket von meist kostenlosen Eintritten bei über 50 Leistungsträgern, die von den Partnerunternehmen gratis zur Verfügung gestellt wurden. Dafür zollte Landrat Kaiser den anwesenden Vertretern der Freizeiteinrichtungen seinen Dank: „Sie haben diese Karte erst möglich gemacht!“

Genutzt werden können so Bergbahnen, Schwimmbäder, Museen und sogar der Öffentliche Personen-Nahverkehr. Das ganze Leistungsspektrum wurde in einer Broschüre zusammengefasst, die mit der Ehrenamtskarte überreicht wurde. „Dieses werthaltige Leistungspaket macht unsere Oberallgäuer Karte einmalig in Bayern und hebt sie deutlich ab von bereits existierenden Karten anderer Kommunen“, so Landrat Kaiser sichtlich stolz in seiner Festrede. Die Ehrenamtskarte ist einem Kreis von 750 Personen im Landkreis vorbehalten, die sich in herausragender Weise für das Gemeinwohl engagieren.

Unser Bild zeigt Landrat Gebhard Kaiser (links) mit den Ehrenamtlichen von Bad Hindelang und dem 2. Bürgermeister des Marktes Bad Hindelang, Hans Heim (hintere Reihe, Mitte). □

Trauer um Georg Hillermeier

Im Alter von 96 Jahren starb der Wallmersbacher Altbürgermeister Georg Hillermeier. Seit 1972 war er CSU-Mitglied und 45 Jahre lang Kommunalpolitiker. 20 Jahre bis zur Eingliederung von Wallmersbach nach Uffenheim im Jahr 1978 fungierte er als 1. Bürgermeister seiner Heimatgemeinde.

Die gesamte Region kannte ihn als überaus freundlichen Mitstreiter, als Förderer der Vereine und „Kämpfer für Wallmersbach“, wo er trotz kriegsbedingter Behinderung beim Aufbau nach 1945 vor allem durch die Organisation von Hand- und Spanndiensten Vorbildliches bewerkstelligte.

Seine großartigen Leistungen wurden mit dem Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland, der Kommunalen Verdienstmedaille des Freistaates und weiteren Auszeichnungen gewürdigt.

Die Mandatsträger des CSU-Kreisverbandes Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim zum Tod von Georg Hillermeier: „Mit dem Verstorbenen verlieren wir eine herausragende Persönlichkeit und einen treuen Weggefährten, der sich durch jahrzehntelanges Engagement um seine Heimat verdient gemacht hat. Dankbar erinnern wir uns an seine Arbeit, die geprägt war vom Pflicht- und Verantwortungsbewusstsein für das Gemeinwohl in christlich-sozialer Überzeugung.“ p.m.

Landkreis Donau-Ries:

Erfolgreiche Familienpolitik

Die kürzlich vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden veröffentlichte Statistik über Elterngeld für Geburten 2008 nach Kreisen liefert den Beweis: der Landkreis Donau-Ries betreibt eine erfolgreiche Familienpolitik und ist dem allgemeinen Trend hin zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein gutes Stück voraus.

Laut den ermittelten Zahlen erreicht der Landkreis Donau-Ries bei den Vätern, die im Zeitraum von Januar 2008 bis März 2010 Elternzeit bzw. Elterngeld beanspruchten, einen Anteil von 34,7 Prozent und liegt damit in Bayern an der Spitze. Im deutschlandweiten Vergleich bedeutet dieser Anteil einen erfreulichen 3. Platz. Die Ergebnisse der Statistik wurden auf Bundes- und Länderebene sowie für die 412 Kreise der Bundesrepublik Deutschland ausgewertet.

Landrat Rößle hat im letzten Jahr zusammen mit dem Kreistag die drei Themen Familie, Bildung und Umwelt/Energie als die wesentlichen Säulen der künftigen Kreispolitik festgelegt und ist aus diesem Grund hoch erfreut über dieses Ergebnis. Es beweist, dass die praktizierte Familienpolitik des Landkreises weiter Früchte trägt und man auf dem richtigen Weg ist das gesteckte Ziel, ein familienfreundlicher Landkreis zu sein, zu erreichen.

Erst vor kurzem wurde in den Medien berichtet, dass Familie und Beruf noch immer schwer zu verbinden sind und Deutschland laut Aussage von Familienministerin Schröder von fairen Chancen für Mütter und Väter noch weit entfernt sei. Es ist unbestritten, dass hier – natürlich auch vom Landkreis Donau-Ries –

noch viele Anstrengungen erforderlich sind. Dass die Zahl der Väter, die aufgrund ihres neugeborenen Kindes Elternzeit in Anspruch nehmen, in unserem Landkreis bayernweit am höchsten ist, ist aber ein Hinweis dafür, dass der Landkreis Donau-Ries dem bundesweiten Trend hin zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bereits einen Schritt voraus ist. Dies unterstreicht auch die kürzlich veröffentlichte Nachricht, dass der Landkreis entgegen der allgemeinen rückläufigen Entwicklung einen Geburtenzuwachs verzeichnen kann.

Mit gutem Beispiel voran

Ein Grund für das nun neuerlich positive Ergebnis mag auch sein, dass Landrat Stefan Rößle im letzten Jahr mit gutem Beispiel vorangegangen ist und selbst zwei Monate Elternzeit genommen hat. Trotz kontroverser Diskussion hat er damals an seiner Entscheidung festgehalten und konnte so aus eigener Erfahrung die Väter dazu aufmuntern, Elternzeit zu nehmen.

Der Landkreis darf sich nun zwar nicht zurücklehnen und muss auch weiterhin offensive Familienpolitik betreiben. Im Hinblick auf das bisher Erreichte dürfen die politisch Verantwortlichen im Kreis aber durchaus auch ein klein wenig stolz sein.



Die Ministerpräsidentin des Freistaates Thüringen, Christine Lieberknecht (2. v. r.) im Gespräch mit Thalmässings Altbürgermeister Ernst Schuster und der früheren Bürgermeisterin Gisela Weber (l.) sowie dem früheren Bürgermeister Ehrhardt Blochberger (r.).

Führerschein mit 17 im Landkreis Aschaffenburg:

Bewährtes Modell

Anfang August hat das Bundeskabinett einem Änderungsentwurf des Straßenverkehrsgesetzes zugestimmt. Demnach soll das „Begleitete Fahren mit 17“ ab dem 1. Januar 2011 dauerhaft im Gesetz verankert werden.

Landrat Dr. Ulrich Reuter begrüßt diese Entscheidung, denn im Landkreis Aschaffenburg hat sich das „Begleitete Fahren mit 17“ bewährt. „Seit der Einführung des Modellversuchs in Bayern im September 2005 sind die Antragszahlen zum „Führerschein mit 17“ in unserem Landkreis stetig gestiegen. Da junge Fahranfänger ein höheres Unfallrisiko haben und ihr eigenes Fahrkönnen häufig überschätzen, bin ich sehr froh darüber, dass viele Fahranfänger die Chance nutzen, ein Jahr in Begleitung ihre Fahrpraxis zu vertiefen.“ so der Landrat.

Von allen im Landkreis Aschaffenburg erteilten Führerscheinen der Klasse B/BE seit September 2005 wurden bis Ende Juni 2010 über 4000 Führerscheine als Führerscheine mit 17 erteilt. Im Landkreis Aschaffenburg übertreffen die Anträge auf

einen Führerschein mit 17 mittlerweile sogar die Zahl der Anträge zur Erteilung einer „normalen“ Fahrerlaubnis der Klasse B oder BE mit 18 Jahren. Während im Jahr 2007 noch 60 % der Anträge einen Führerschein ab 18 Jahren betrafen, waren 2009 60 Prozent der im Landkreis Aschaffenburg erteilten Fahrerlaubnisse für einen Führerschein mit 17. Dieser Trend setzt sich fort: Von 1074 bis Ende Juni 2010 beantragten Fahrerlaubnissen waren bereits 614 für einen Führerschein mit 17.

Spitzenreiter

Im unterfränkischen Vergleich ist der Landkreis Aschaffenburg sogar Spitzenreiter, was die Anzahl der im Jahr 2009 neu erteilten Führerscheine mit 17 angeht. Auch die Steigerungsrate ist vergleichsweise hoch. So sind im

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt eine Beilage des Forums MedTech Pharma e.V., Nürnberg, bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

20 Jahre Deutsche Einheit

Thalmässing - In diesem Jahr wird vielerorts das 20-jährige Jubiläum der deutschen Einheit gefeiert. Ein ebensolches Jubiläum konnte der Thalmässinger Altbürgermeister Ernst Schuster vor wenigen Tagen in Thüringen begehen.

Im Jahr 1990 lud der Bayerische Gemeindetag Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus Thüringen und Sachsen nach Bayern ein. Rund 400 Mandatsträger aus den „neuen“ Bundesländern nahmen diese Einladung an. Wie zahlreiche andere bayerischen Kommunen hatte sich seinerzeit auch die Marktgemeinde Thalmässing bereit erklärt, die Gemeinden in Thüringen oder Sachsen in Verwaltungsfragen zu unterstützen.

So kamen im Juli 1990 die damalige Bürgermeisterin der Gemeinde Nirmsdorf, Gisela Weber, sowie die Bürgermeister Ehrhardt Blochberger aus Großromstedt und Stefan Müller aus Kleinromstedt (seinerzeit Gemeinden des Landkreises Apolda) nach Thalmässing und es entstanden regelmäßige Besuche zum Erfahrungsaustausch in Thalmässing und in Thüringen.

Die Kontakte zwischen Gisela

Weber und Ehrhardt Blochberger zu Ernst Schuster blieben bis heute erhalten, obwohl sie allesamt nicht mehr als Bürgermeister tätig sind. Nunmehr weilte Ernst Schuster für einige Tage in Willerstedt, dem Wohnort von Gisela Weber. Willerstedt feierte eine Woche lang das 900-jährige Ortsjubiläum. Bei diesem Jubiläum war auch die Ministerpräsidentin des Freistaates Thüringen, Christine Lieberknecht, zu Gast. Sie nahm die Gelegenheit wahr, um Ernst Schuster stellvertretend für alle damaligen bayerischen Bürgermeister ganz herzlich für die seinerzeit gewährte Verwaltungshilfe zu danken.

Die früheren Gemeinden Großromstedt und Kleinromstedt gehören heute der Gemeinde Saaleplatte an, während die Gemeinde Nirmsdorf noch besteht und der Verwaltungsgemeinschaft Ilmtal-Weinstraße (heute beide Landkreis Weimarer Land) angehört.

Landkreis Aschaffenburg die Anträge für Führerscheine ab 17 von 2007 bis zum Ende des Jahres 2009 um mehr als 30 Prozent angestiegen.

Schutz der Jugendlichen

Das begleitete Fahren ab 17 ist eine Maßnahme zum Schutz der Jugendlichen und zur Stärkung der Verkehrssicherheit. Die 17-Jährigen dürfen nach entsprechender Ausbildung in der Fahrschule und Führerscheinprüfung bis zu ihrem 18. Geburtstag in Begleitung eines erfahrenen

Führerscheininhabers hinter Steuer. In dieser Zeit können die Fahranfänger unter Beratung Erfahrungen im Straßenverkehr sammeln. Nach Angaben der Bundesanstalt für Straßenwesen, die die Statistik der Unfälle und Verstöße gegen die Straßenverkehrsordnung von Modellversuchsteilnehmern mit der von unbegleiteten Fahrern ab 18 Jahren verglichen hat, ist die Bilanz des „Begleiteten Fahrens mit 17“ äußerst positiv: Es wurden 22 Prozent weniger Unfälle verursacht und es gab 20 Prozent weniger Verkehrstote.

Vorschau auf GZ 18

In unserer Ausgabe Nr. 18, die am 23. September erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- EDV, Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- Kommunale Bibliotheken

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
 FAHNEN KOCH GMBH
 Querstraße 8 · Abteilung GZ
 9 6 4 0 6 C O B U R G
 Tel. 09561/55270 · Fax 552723
 eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
 Briefmarkenauctionshaus Schulz
 Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung

BECK
 • Abfallbehälter
 • Absperrpfosten
 • Fahrradständer
 • Sitzbänke u.a.
 Möblierung für Aussen
 Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 winnenden
 Telefon 071 95/69 33 00 · Fax 071 95/69 33 33
 www.beck-aussenmoeblierung.de

Berufskleidung

hardusch
 Textil-Mietdienste
 Bardusch GmbH & Co. KG · Textil-Mietdienste · Bundesweit
 www.bardusch.de · Tel.: 01801 - BARDUSCH (22 73 87 24)

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
 FAHNEN KOCH GMBH
 Querstraße 8 · Abteilung GZ
 9 6 4 0 6 C O B U R G
 Tel. 09561/55270 · Fax 552723
 eMail info@fahnen-koch.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Geschenke für Neugeborene

kerler
 Alles in Textil bestickt — gewoben — bedruckt — bestrast — individuell gefertigt!
 z. B. bestickte Baby-Handtücher mit dem Logo Ihrer Stadt als Begrüßungsgeschenk des Bürgermeisters.
 z. B. BW-Tragetaschen 500 St. einfarbig bedruckt
 €360,00 + MwSt. + Film.
 Kerler GmbH
 Schwanthaler Straße 100, 80336 München
 Tel.: 0049(0)89 / 543 29 890, Fax: (0)89 / 543 43 587
 post@kerler.de www.kerler.de

Hausmeisterservice

Biete
Hausmeisterservice
 im Großraum München
 Chiffre: GZ-17252

Kindergarteneinrichtungen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
 Industriestraße 1 · D-97285 Röttingen
 Tel. (0 93 38) 89-0 · Fax (0 93 38) 89-199
 E-Mail eibe@eibe.de · www.eibe.net
 Entdecke die Welt des Spielens

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (0 81 71) 93 07-13

Schacht-Ausrüstungen

Hailo
 Schachtabdeckungen, Schachtleitern
 Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
 Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
 Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
 Postfach 1262 · D-35702 Haiger
 Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
 Industriestraße 1 · D-97285 Röttingen
 Tel. (0 93 38) 89-0 · Fax (0 93 38) 89-199
 E-Mail eibe@eibe.de · www.eibe.net
 Entdecke die Welt des Spielens

Sportgeräte

www.benz-sport.de
 ORIGINAL
BENZ
 SPORT
 Tel. 07195/6905-0 · Fax: 07195/69 05-77 · info@benz-sport.de

Streutautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Gmeiner
 a BUCHER company
 Gmeiner GmbH
 Winterdiensttechnik · Germany
 Daimlerstraße 18 · 92533 Wernberg-Köblitz
 Telefon: +49 (9604) 93267-0
 Internet: www.gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
 ☎ 05326/502-0
 Wartehallen
 38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
 Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum
 weihnachtsbeleuchtung
 beratung · planung · vertrieb
 grünware · lichtschlauch · led
 gerasmühlstr. 23
 90547 stein
 telefon: 0911/69 39 65
 telefax: 0911/69 59 63
 deko-jochum@t-online.de
 www.deko-jochum.de
 Vertragspartner für **Subtle Star**
 Wir liefern in 8-14 Tagen -
 und das bis kurz vor Weihnachten!